

ezra  
MOBIT  
KomRex  
IDZ  
(Hrsg.)

FAKTEN UND ANALYSEN

# THÜRINGER ZUSTÄNDE 2025

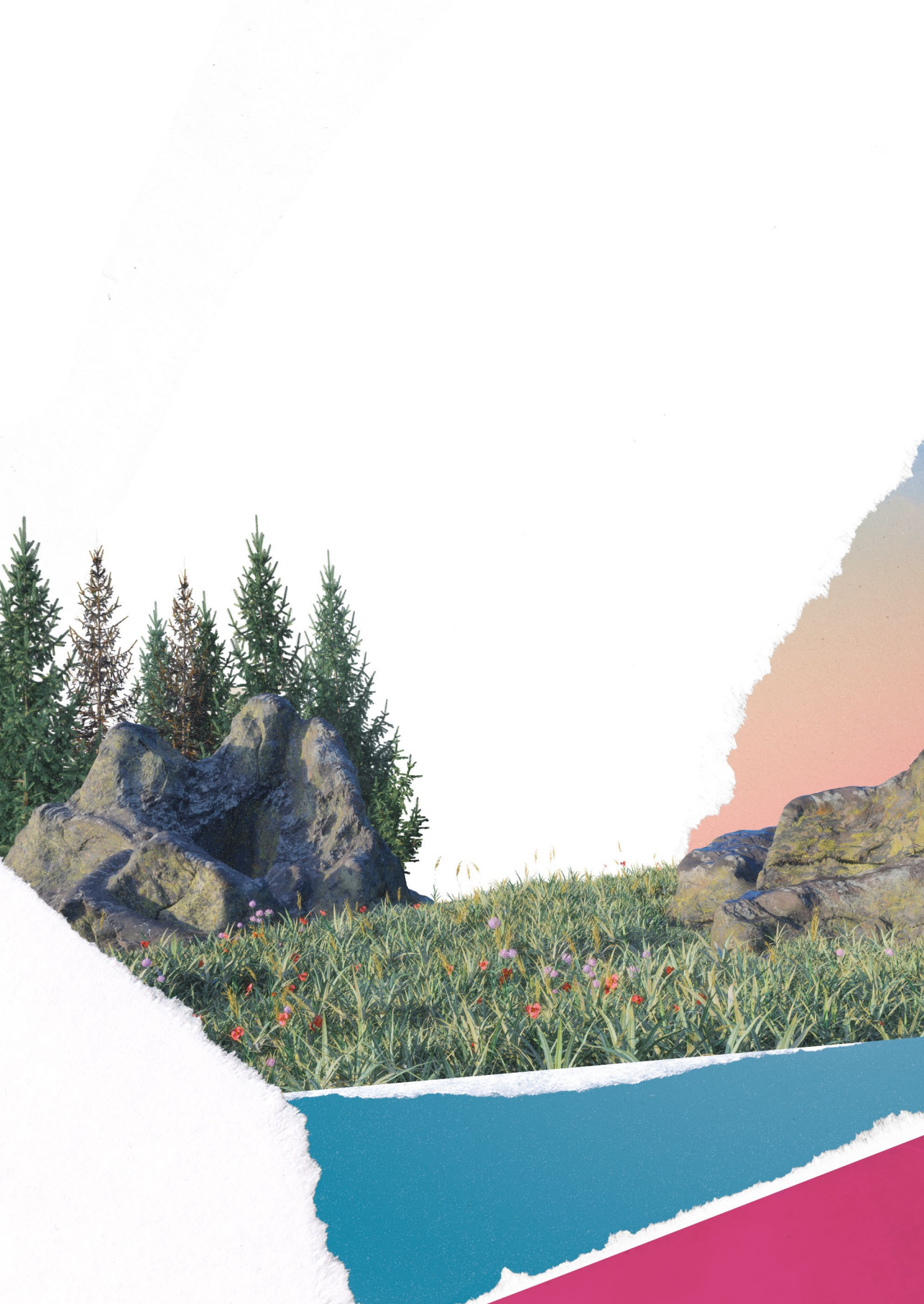
Rechtsextremismus  
und gruppenbezogene  
Menschenfeindlichkeit  
im Freistaat Thüringen



FAKTEN UND ANALYSEN

# THÜRINGER ZUSTÄNDE 2025

Rechtsextremismus  
und gruppenbezogene  
Menschenfeindlichkeit  
im Freistaat Thüringen



# Inhalt

<b>Executive Summary</b>	S. 5	<b>Wenn die „schwarze Sonne“ im Klassenzimmer Schatten wirft – Herausforderungen und Umgang mit der extremen Rechten im Kontext Schule</b>	Pea Doubek & Sarah Dressler	S. 33
<b>Grußwort der Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie</b>	S. 8	<b>When „the ground is vibrating“: Perspektiven internationaler Studierender und Fachkräfte auf den Aufstieg der AfD in Thüringen</b>	Laura Dellagiacoma & Luisa Conti	S. 40
<b>Vorwort der Herausgeber*innen</b>	S. 10	<b>Ort der Widersprüche: Ilmenau nach dem rassistischen Angriff an der TU Ilmenau am 10. April 2025</b>	Sabina Idrisova & Johanna Schäfer	S. 46
<b>Mehr als nur Druck Die demokratische Zivilgesellschaft Thüringens zwischen rechtsextremen Angriffen und Delegitimierungsversuchen aus dem demokratischen Lager</b>	S. 12	<b>Völkische Untergangsrhetorik und antisemitische Weltbilder bei „Freies Thüringen“</b>	RIAS Thüringen-Autor*innenteam	S. 51
Cornelius Helmert, Lisa Wagenschwanz & Axel Salheiser		<b>Zehn Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen: Wissenschaft unterstützt zivilgesellschaftliche Forderung nach Anerkennung</b>	Franziska Schestak-Haase & Stefanie Schreiber	S. 57
<b>Die emotionale Anziehungskraft der AfD und zivilgesellschaftliche Gegenimpulse</b>	S. 19			
Hannah Merkle & Christian Nöth				
<b>Im digitalen Umfeld der AfD in Thüringen – Populistische Kommunikation auf Telegram im Bundestagswahljahr 2025</b>	S. 25			
Julius Weiske, Vladimir Bojarskich & Julian Kauk				

**Was heißt es, Thüringer\*in  
zu sein? Regionale Zugehörigkeit  
zwischen Offenheit  
und Ausgrenzung**

Helene Franke, Robin Graichen  
& Marion Reiser

S. 65

**Rechte, rassistische und  
antisemitische Gewalt bleibt 2025 in  
Thüringen alarmierend hoch**

Theresa Lauß & Stefanie Schreiber

S. 72

**Jahresrückblick 2025 – Thüringen als  
Aktionsraum und Wegbereiter  
bundesweiter Entwicklungen**

Team Mobile Beratung in  
Thüringen (MOBIT)

S. 79

**Spannungsfelder  
diversitätsorientierter  
Demokratiearbeit im ländlichen  
Raum Thüringens**

Friederike Hobein & Johanna Treidl

S. 85

**Autor\*inneninformationen** S. 92

**Impressum** S. 96

# Executive Summary

**Im Jahr 2025 haben sich die Angriffe und Bedrohungen gegen die demokratische Zivilgesellschaft Thüringens durch rechtsextreme Akteur\*innen intensiviert.** Zugleich haben demokratische Akteur\*innen deren Narrative und Delegitimationsversuche übernommen und z. T. in Regierungs- und Verwaltungshandeln integriert.

**Extrem rechte Metapolitik ist immer auch „Gefühlsarbeit“.** Vor allem die AfD macht sich das zunutze. Diese Tatsache erfordert eine entschlossene Reaktion durch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen im Kampf gegen die extreme Rechte.

**Im Bundestagswahljahr 2025 zeigte sich in der Telegram-Kommunikation der AfD ein anderes Bild als oft angenommen:** Statt einer zunehmenden Zuspitzung populistischer Sprache traten offizielle Parteikanäle im heißen Wahlkampf vergleichsweise moderater auf, während das parteinahe Unterstützerumfeld konstant und ungefiltert kommunizierte. Diese Arbeitsteilung verweist auf unterschiedliche Rollen und Funktionen innerhalb des digitalen Kommunikationsraums der Partei. Gleichzeitig deutet die überproportionale Erwähnung kleinerer und mittlerer Städte in offiziellen und parteinahen AfD-Telegramkanälen auf eine langfristige regionale Verankerung hin.

**Für Schulen sind die Herausforderungen im Umgang mit der extremen Rechten immens.** Die Qualität und Quantität von Vorfällen haben massiv zugenommen. Aus der Beratungspraxis von MOBIT wird dieser Befund verdeutlicht und es werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

**Der Aufstieg der AfD verstärkt bei internationalen Studierenden in Thüringen spürbar Verunsicherung, insbesondere durch auch offene rassistische Erfahrungen im Alltag.** Dies ergibt sich aus den ARAPiS-Interviews mit internationalen Studierenden und Absolvent\*innen der Uni Jena. Diese Wahrnehmungen beeinflussen ihre Zukunftspläne und können Abwanderung fördern. Gleichzeitig wirkt Jena als vergleichsweise offener Standort stabilisierend – insbesondere durch seine Internationalität und eine sichtbare, aktive Zivilgesellschaft, die als zentraler Haltfaktor fungiert.

**Am 10. April 2025 wurden auf dem Campus der TU Ilmenau internationale Studierende aus einem fahrenden Auto mit Hartgummigeschossen beschossen, mehrere Personen wurden verletzt.** Betroffene bewerten die Tat nicht als Einzelfall, sondern als Ausdruck eines rassistischen Klimas und alltäglicher Anfeindungen. Die institutionelle Kommunikation wurde teils als verharmlosend und unempathisch wahrgenommen, während zivilgesellschaftliche Solidarität wichtige Unterstützung bot. Der Angriff wirkte als Brennglas für bestehende Unsicherheiten und verdeutlichte den Bedarf an klarer Positionierung, Schutz und strukturellen Konsequenzen.

**Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen erfasst und dokumentiert antisemitische Vorfälle in Thüringen auf wissenschaftlicher Basis.** Insbesondere aus dem rechtsextremen Spektrum lassen sich ideologische Verschränkungen von modernem Antisemitismus, völkischer Untergangsideologie und Antijudaismus beobachten, die auch in die AfD hineinragen.

**2025 kommt das unabhängige Gutachten „Todesfälle mutmaßlich rechter Gewalt in Thüringen seit 1990“ zu dem Ergebnis, dass mindestens zehn Menschen im Freistaat infolge rechter Tatmotivation starben.** Die Forscher\*innen empfehlen die offizielle Anerkennung der Todesfälle sowie eine Reform des polizeilichen Meldesystems. Damit bestätigt die Studie weitgehend die Einschätzungen zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen, welche seit Jahren davon ausgehen, dass es in Thüringen mehr Todesopfer rechter Gewalt gibt als den bislang einzig anerkannten Ermordeten Karl Sidon.

**Wer gilt als Thüringer\*in? Auf Basis des Thüringen-Monitors 2025 wird untersucht, welche Zugehörigkeitskriterien die Bevölkerung für relevant hält und wie diese mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen zusammenhängen.** Die Ergebnisse zeigen: Erwerbbarer, partizipativer und emotionaler Kriterien dominieren das Zugehörigkeitsverständnis. Dennoch halten 47 % der Befragten die Geburt in Thüringen für wichtig. Dieses exklusive, herkunftsbasierte Zugehörigkeitsverständnis geht häufig mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen einher. Regionale Identität kann je nach Verständnis integrativ oder ausgrenzend wirken.

**Im Jahr 2025 hat die Opferberatung ezra im Rahmen ihres unabhängigen Monitorings zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen 181 Angriffe erfasst, bei denen mindestens 292 Menschen direkt betroffen oder mit angegriffen wurden.** Damit fanden in Thüringen mehr als drei rechte Ge-

walttaten pro Woche statt. Folglich bewegen sich die Fallzahlen weiterhin auf dem sehr hohen Niveau der letzten Jahre. Von einer nachhaltigen Deeskalation kann angesichts der Bedrohungslage für (potenziell) Betroffene rechter Gewalt nicht die Rede sein. Vielmehr wird eine Gewöhnung an rechte Gewalttaten beobachtet.

**Thüringen bleibt ein zentraler Raum für rechtsextreme Entwicklungen.** Die elektoralen Erfolge der AfD sowie die mannigfaltigen Aktivitäten der gesamten antidemokratischen Bewegung mit all ihren Ausprägungen setzten sich auf sehr hohem Niveau fort. Thüringen steht bei diesen Entwicklungen im Zentrum als Aktionsraum und Wegbereiter bundesweiter Entwicklungen.

**Als zentrale Akteur\*innen der Demokratiewerkstatt stehen Selbstorganisationen und Selbstvertretungsstrukturen marginalisierter Communities, insbesondere im ländlichen Raum Thüringens, vor vielfältigen Herausforderungen.** Trotz zunehmend widriger Bedingungen ermöglichen sie gesellschaftliche Teilhabe und verdeutlichen einmal mehr die Notwendigkeit einer auf Vielfalt und Inklusion bedachten Engagementpraxis.



# **Grußwort der Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie**

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, dass die Thüringer Zustände nun bereits zum sechsten Mal vorliegen. Sie sind ein gemeinsames Produkt von Institutionen und Organisationen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, deren wichtige Arbeit durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit DenkBunt ermöglicht wird. Damit steht die Publikation beispielhaft für eine erfolgreiche Zusammenarbeit, die Wirkung entfaltet. Als faktenbasierter Seismograf machen die Thüringer Zustände Jahr für Jahr sichtbar, wie es um die Demokratie in Thüringen steht. Zugleich geben sie Impulse für staatliches wie zivilgesellschaftliches Handeln, um das respektvolle Miteinander ohne Diskriminierung zu stärken und zu schützen. Dafür möchte ich den Herausgeberinnen und Herausgebern sowie Autorinnen und Autoren herzlich danken.

Die aktuellen Beiträge zeigen, wie Menschen und Vereine zunehmend unter Druck geraten, wenn sie sich im Alltag – sei es in der Schule, in der Feuerwehr oder in der Straßenbahn – für Menschenwürde und Demokratie einsetzen. Sie sehen sich Anfeindungen, Diskreditierungskampagnen und gar gewaltsamen Angriffen aus dem rechtsextremen Spektrum ausgesetzt. Wer jeden Tag Mut beweist, sich einmischt und Zivilcourage zeigt, verdient unsere Unterstützung. Unsere offene Gesellschaft braucht den Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten gegen Hass und Hetze.

Antisemitismus, Rassismus, autoritäre Sehnsüchte und Populismus sind keine Randphänomene, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme. Das zeigen die aktuellen Thüringer Zustände erneut sehr deutlich. Umso wichtiger sind Initiativen, die demokratische Werte und das respektvolle Miteinander stärken.

Hier setzt das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit DenkBunt an. Es verbindet politische Bildung, Prävention, Teilhabe und Beratung. Die durch das Programm geförderten Projekte und Maßnahmen richten sich an Bürgerinnen und Bürger im gesamten Freistaat, in den Städten wie auch im ländlichen Raum. Sie unterstützen Betroffene rechter Gewalt, stärken demokratische Kompetenzen und schaffen flächendeckend Räume für Begegnung, Dialog und Beteiligung.



**Bildquelle:**

Paul-Philipp Braun

Das breite Qualifizierungsangebot richtet sich auch an Mitarbeitende in Schule, Verwaltung, Polizei und Justiz. Damit verfolgt das Landesprogramm einen ganzheitlichen Ansatz zur Stärkung der Demokratie sowie zur Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratiefeindlichkeit.

Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung, wachsender Demokratieunzufriedenheit und eines erstarkenden Rechtsextremismus leisten diese vielfältigen Initiativen einen wichtigen Beitrag zum demokratischen Zusammenhalt. Sie unterstützen Menschen dabei, Verantwortung zu übernehmen, sich in demokratische Prozesse einzubringen und Konflikte konstruktiv zu lösen. So tragen sie dazu bei, Menschenrechte, Solidarität und Respekt im Alltag zu verankern und das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens zu stärken.

Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit DenkBunt schafft dafür einen verlässlichen Rahmen. Gemeinsam mit den vielen engagierten Menschen, die sich tagtäglich für Demokratie, Vielfalt und ein respektvolles Miteinander einsetzen, leistet es einen unverzichtbaren Beitrag zu einem vielfältigen, lebenswerten und zukunftsfähigen Thüringen.

An dieser Stelle gilt mein Dank allen, die sich für das zivilgesellschaftliche Leben in Thüringen engagieren, das Zusammenleben stärken und sich besonders für unsere gemeinsamen Werte und unsere Demokratie einsetzen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Schenk', written in a cursive style.

**Katharina Schenk**

Thüringer Ministerin für Soziales,  
Gesundheit, Arbeit und Familie

# Vorwort der Herausgeber\*innen

Mit der vorliegenden sechsten Ausgabe der Thüringer Zustände setzen wir ein Projekt fort, das sich in den vergangenen Jahren als wichtiger Bestandteil der kritischen Beobachtung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen im Freistaat Thüringen etabliert hat. Ziel der Publikation ist es, Erscheinungsformen und Dynamiken von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sowie von Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt faktenbasiert darzustellen und kritisch einzuordnen. Die Beiträge dieser Ausgabe richten den Blick auf die Entwicklungen des Jahres 2025 und ergänzen damit behördliche Darstellungen, die diese Phänomenbereiche häufig nur unzureichend abbilden.

Die Thüringer Zustände verbinden unterschiedliche Perspektiven: wissenschaftliche Analysen, Erfahrungen aus der zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Unterstützungsarbeit sowie Stimmen und Perspektiven von Betroffenen. Dieser multiperspektivische Ansatz ermöglicht eine differenzierte Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklungen. Denn rechtsextreme Einstellungen und Strukturen, antisemitische und rassistische Ideologien sowie unterschiedliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen sich nicht nur in einzelnen Gewalttaten oder öffentlich sichtbaren Ereignissen. Sie entfalten ihre Wirkung auch im Alltag, in politischen Debatten und im gesellschaftlichen Klima.

Die Analysen dieser Ausgabe zeigen deutlich, dass sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Jahr 2025 in mehrfacher Hinsicht verschoben haben. Die extreme Rechte konnte ihre Position weiter stärken. Wahlerfolge der AfD, eine zunehmend brüchige Abgrenzung demokratischer Akteur\*innen nach rechtsaußen sowie öffentliche Debatten über das Ende der „Brandmauer“ haben zu einer politischen Situation beigetragen, in der sich rechtsextreme Positionen stärker normalisieren konnten. Zugleich weisen verschiedene Beiträge auf ein gesellschaftliches Klima hin, in dem rassistische, antisemitische und andere abwertende Einstellungen sichtbarer und artikulierbarer werden.

Parallel dazu haben sich die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Vielfalt verschlechtert. Organisationen, Initiativen und Beratungsstellen geraten zunehmend unter politischen und öffentlichen Druck. Debatten über einen angeblichen „NGO-Komplex“ sowie gezielte parlamentarische und politische Angriffe auf staatlich geförderte zivilgesellschaftliche Organisationen – u. a. durch AfD und Onlineportale wie NIUS – tragen zu einer Delegitimierung demokratischer Engagementstrukturen bei. Auch Einschüchterungsversuche gegenüber Engagierten sowie wachsende Unsicherheiten im Umgang mit rechten Positionierungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, z. B. an Schulen, tragen zu dieser Entwicklung bei.

Gleichzeitig zeigen konkrete Ereignisse, wie sich ein verschärftes Klima auch in Bedrohungen und Gewalt niederschlagen kann. Dazu zählen etwa die Schüsse auf internationale Studierende in Ilmenau. Solche Vorfälle verdeutlichen, wie eng gesellschaftliche Diskurse, lokale Konfliktlagen und konkrete Gewaltdynamiken miteinander verbunden sein können.

### **Ziele der „Thüringer Zustände“ sind**

1. Faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der aktuellen Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen
2. Kompakte Analysen und Überblicke aus den Perspektiven der herausgebenden Institutionen unter Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Perspektiven bzw. Betroffenenperspektiven sowie gegebenenfalls relevanter regionaler und lokaler Schwerpunktsetzungen
3. Bereitstellung einer soliden Informations- und Dokumentationsgrundlage für landesweite, regionale und kommunale politisch Verantwortliche, Mitarbeiter\*innen in Behörden, Bildungsinstitutionen, Akteur\*innen der Zivilgesellschaft sowie Journalist\*innen

Unser Dank gilt allen Autor\*innen dieser Ausgabe sowie den zahlreichen Initiativen, Beratungsstellen und Engagierten, deren Arbeit eine unverzichtbare Grundlage für die hier versammelten Analysen darstellt.

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (DenkBunt) finanziert. Die vier herausgebenden Institutionen werden als Strukturprojekte des Landesprogramms vom Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie (TMSGAF) gefördert.

Besonderer Dank gilt Susanne Haldrich für das Lektorat und Felix Hille für den Satz und das Layout.

Für die Herausgeber\*innen  
Romy Arnold – MOBIT  
Theresa Lauß – ezra  
Vladimir Bojarskich – KomRex  
Cornelius Helmert – IDZ



**KEIN  
BOCK  
AUF  
HASS**

# Mehr als nur Druck – Die demokratische Zivilgesellschaft Thüringens zwischen rechtsextremen Angriffen und Delegitimierungsversuchen aus dem demokratischen Lager

Cornelius Helmert, Lisa Wagenschwanz & Axel Salheiser

## **Kernelement rechtsextremer Hegemoniebestrebungen**

Dass rechtsextreme Akteur\*innen wie die AfD aktiv gegen die demokratische Zivilgesellschaft vorgehen, um diese auszubremsen, zu blockieren und mittelfristig abzuschaffen, ist nicht neu, sondern gehört zu den Fundamenten rechtsextremer Hegemoniebestrebungen (vgl. MOBIT-Beitrag in diesem Band). In Björn Höckes (AfD, MdL) „5-Punkte-Plan“ aus dem Jahr 2023 war die Bekämpfung der demokratischen Zivilgesellschaft prioritäre Agenda für den Fall einer Regierungsbeteiligung in Thüringen. Bereits nach dem Einzug in den Thüringer Landtag 2014 hatte die AfD-Fraktion Kleine Anfragen genutzt, um zivilgesellschaftliche Akteur\*innen sowie das Landesprogramm DenkBunt zu delegitimieren und zu bekämpfen (vgl. Miehlke 2021). Diese Strategie wurde frühzeitig auch für andere AfD-Landtagsfraktionen beschrieben (z. B. Schroeder et al. 2017). Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus stellt eine wesentliche Säule der wehrhaften Demokratie dar, was der AfD für den Machtgewinn im Weg steht. Deshalb wird die demokratische Zivilgesellschaft als Feind markiert und ihr Engagement als „antidemokratisch“ umgedeutet.

## **Professionalisierung der Angriffe durch gesteigerte Ressourcen**

Das parlamentarische Agieren der AfD gegen die demokratische Zivilgesellschaft hat sich vor allem infolge des „Superwahljahres“ 2024 in Thüringen intensiviert. Die stark erhöhten finanziellen und personellen Ressourcen, die insbesondere durch Sitzgewinne im Landtag und im Bundestag entstanden sind, werden offenbar auch für den Kampf gegen die demokratische Zivilgesellschaft eingesetzt. So hat die AfD-Bundes-

tagsfraktion etwa eine dezidierte Referentenstelle im „Bereich NGO-Aufklärung“ geschaffen. Eine Professionalisierung zeigt sich für uns wesentlich an vier Merkmalen:

1. Strategischeres Vorgehen
2. Höhere Quantität und Qualität von Anfragen
3. Stärkere Zusammenarbeit der politischen Ebenen (Bund/Land/Kreis/Kommune)
4. Ausweitung des kampagnenförmigen Zusammenwirkens mit dem „politischen Vorfeld“

Praktisch deutlich werden die Merkmale anhand einer Reihe von Beispielen: Uwe Thrum (AfD, MdL) verkündete im Interview für den Funke-Podcast „Vereinnahmt“, dass die Thüringer AfD Listen von ihnen unliebsamen Vereinen und Initiativen anfertige, z. B. Omas gegen Rechts, die dann an Finanzämter zur Überprüfung der Gemeinnützigkeit weitergeleitet werden sollten (vgl. Klaus 2025a). Bereits 2024 gab das rechtsextreme Aktionsbündnis Ein Prozent einen entsprechenden Leitfaden heraus. Mittlerweile wird dieses Vorgehen auch öffentlich durch die Thüringer AfD-Fraktion getragen.

Die erhöhte Quantität und veränderte Qualität von Kleinen Anfragen lässt sich am Beispiel der Anfragen gegen das Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk Thadine e.V. nachvollziehen. Thadine ist seit längerem Gegenstand parlamentarischer Angriffe durch die Thüringer AfD und wird u. a. in Haushaltsverhandlungen als Organisation abgelehnt, die die „Diffamierung politisch Andersdenkender“ (Drs. 7/4170) betreibt. Björn Höcke bezeichnete Thadine wiederholt als „linksextremen“ Verein oder Netzwerk. Eine erste Kleine Anfrage im Thüringer Landtag zu Thadine von Ringo Mühlmann (AfD, MdL) im November 2024 war noch übersichtlich und allgemein gehalten. Mühlmann wollte Auskunft über die Förderung und der Landesregierung bekannte „Unregelmäßigkeiten“ erhalten (Drs. 8/138). Das rechtsextreme österreichische Freilich Magazin griff diese Thematik im April 2025 in einem Beitrag – unter direktem Bezug auf Björn Höcke – auf, ging jedoch in den Diffamierungen sehr viel weiter und griff den Verein auch persönlich an. Bspw. wurde der Handelsregisterauszug mit den Namen der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder und mit ihren privaten Wohnadressen abgebildet. Hier zeigte sich die bekannte Strategie des „Doxings“, die Engagierte einschüchtern soll.

Im Juli 2025 folgten vier Kleine Anfragen der AfD-Fraktion mit 25 detailreichen Einzelanfragen zu bspw. „Governance- und Compliancemechanismen“, „Auditberichten“ etc. (Drs. 8/1118; 8/1119; 8/1120/ 8/1121). Obwohl hierbei schon die Vergabe von Bundesmitteln an Thadine erfragt wurde, trug der Thüringer Bundestagsabgeordnete

Robert Teske (AfD) die Anfrage auch auf die Ebene des Bundestags und stellte im Dezember 2025 eine entsprechende schriftliche Anfrage an die zuständige Staatssekretärin (Drs. 21/3373).

Das Beispiel zeigt neben der Intensivierung der parlamentarischen Angriffe, dass diese durch rechtspopulistische und rechtsextreme Plattformen und selbst ernannte „Alternativmedien“ aufgegriffen oder ausgelöst werden. Über dieses Zusammenwirken mit dem politischen Vorfeld entsteht eine Kampagnenförmigkeit, die das gemeinsame Narrativ verstärkt und die Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft entscheidend verschärft. Zum Teil greift die AfD direkt auf, was in der skandalisierenden und verzerrenden Berichterstattung von bspw. „Tichys Einblick“, „Nius“ oder „Apollo News“ vorbereitet wird. Letztere lösten mit einer Reihe von Beiträgen zu „Linksextremismus“ in Jena und einer angeblichen Förderung durch staatliche Förderprogramme eine Zuspitzung und Erweiterung des Narratives durch die Thüringer AfD aus: Am 29.10.2025 fand das Sonderplenium des Landtags zu den AfD-Anträgen „Rechtsstaat verteidigen, Linksextremismus in Thüringen entschieden bekämpfen, Linksterrorismus verhindern“ und „Militante ‚Antifa‘ in Thüringen auflösen – linksideologischer Gewalt unverzüglich einen Riegel vorschieben“ statt. In diesem beschworen die AfD-Beiträge eine ausufernde linksextreme Gewalt in Thüringen, die angeblich durch die staatlich geförderten Vereine und Initiativen unterstützt und vom Innenminister Georg Maier (SPD) und von den ihm unterstellten Sicherheitsbehörden durch „Wegsehen“ toleriert werde. In Redebeiträgen der anderen Landtagsfraktionen und der Landesregierung wurden diese Vorwürfe zurückgewiesen und als strategische Mittel der AfD eingeordnet. Bei der namentlichen Abstimmung „enthielten sich [vier CDU-Abgeordnete] und dokumentierten damit, dass sie in den AfD-Anträgen wohl doch einige Punkte finden würden, die sie begrüßen“ (Klaus 2025b).

## **551 Fragen und die Ausweitung der Delegitimierungsstrategie**

Die Bekämpfung der demokratischen Zivilgesellschaft durch rechtsextreme Akteur\*innen ist bei Weitem kein neues Phänomen. Seit Anfang 2025 kommt verstärkend hinzu, dass das Narrativ und die Feindbildkonstruktion eines „linken“ und missliebigen Aktivismus zunehmend – vor allem auf Bundesebene – von demokratischen Parteien übernommen und sogar in Regierungs- und Verwaltungshandeln übertragen werden. Der wohl deutlichste Ausdruck dieser Entwicklung war eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 24.02.2025 mit 551 Einzelfragen, die das Narrativ einer homogenen Zivilgesellschaft („NGO-Komplex“) nährte und eine anhaltende Debatte über die staatliche Finanzierung der demokratischen Zivilgesell-

schaft auslöste. In dieser Kleinen Anfrage ging die Fraktion der CDU/CSU wiederholt auf Beiträge aus der Tageszeitung „Welt“ ein, die 2025 verstärkt als Stichwortgeber der Kampagne gegen den angeblichen „Deep State der NGOs“ diente. Seit der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU wurden insbesondere die Förderpraktik des Bundesprogramms Demokratie leben! kritisiert und dessen Reformbedarf moniert, mit dem Ziel einer deutlichen Umstrukturierung des Programms. Mediales Aufsehen und Irritation bei vielen bisher geförderten Projekten und Organisationen erregte in diesem Zusammenhang die öffentliche Aussage der zuständigen Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) im September 2025: „Man kann Rechtsextremismus nicht über linke Aktivisten bekämpfen“ (Deutschlandfunk 2025). Stand jetzt, Anfang 2026, wurden die Förderbestimmungen des Bundesprogramms angepasst und es wurde angekündigt, die Verfassungstreue der Mittelempfänger\*innen, ihres Umfeldes und sogar der Teilnehmer\*innen der von ihnen durchgeführten öffentlichen Veranstaltungen durch den Verfassungsschutz zu überprüfen. Außerdem sollen Mittelempfänger\*innen stärker als bisher im sogenannten „Haber-Verfahren“ durch den Verfassungsschutz überprüft werden (vgl. Jaschinski/Müller 2026). Die Projekte und Initiativen sehen sich entsprechend unter einen Generalverdacht gestellt, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu unterstützen. Im Zuge der Debatte wurde im Programmbereich der Partnerschaften für Demokratie (PfD) die Fördermittelvergabe mit höheren Hürden verknüpft. So braucht es seit diesem Jahr zusätzlich zur Unterstützung durch Landrät\*innen und Oberbürgermeister\*innen einen Mehrheitsbeschluss in den Kommunalparlamenten oder in den zuständigen Fachausschüssen. Das könnte vor dem Hintergrund der „massiven rechtsextremen Landnahme“ (Kamuf/Helmert 2024) in Thüringen zum Aus für einige PfD führen. Der Landkreis Greiz hat aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen bereits die Konsequenzen gezogen und die PfD beendet.

Demokratische Akteur\*innen übernehmen zunehmend Narrative der extremen Rechten und übertragen diese teilweise in Verwaltungshandeln. Dies geschieht nicht aus derselben Motivation wie bei rechtsextremen Akteur\*innen, stützt aber de facto deren Narrative und Ziele und wirkt sich erheblich auf demokratisch Engagierte aus.

## **Auswirkung auf Engagierte**

Engagierte sehen sich seit jeher unterschiedlichsten Angriffen durch rechtsextreme Akteur\*innen ausgesetzt. In jüngerer Vergangenheit haben diese Angriffe noch einmal merklich zugenommen (vgl. den Beitrag von Lauß/Schreiber in diesem Band; für Deutschland außerdem Weiberg/Schöll 2025). Gerade im ländlichen Raum Thüringens, wo es weniger Anonymität als in größeren Städten gibt, erschwert dies das

demokratische Engagement ungemein (vgl. Beitrag von Hobein/Treidl in diesem Band). Wo politisch Engagierten bereits in der Vergangenheit Anerkennung und Rückhalt durch Verwaltung und Politik fehlten (vgl. Helmert et al. 2025: 60), kann die Übernahme rechtsextremer Narrative zum „NGO-Komplex“ durch demokratische Akteur\*innen und innerhalb von Förderprogrammen weiter demotivieren. Diese Entwicklung ist fatal und birgt mittel- und langfristig die Gefahr, dass sich demokratisch Engagierte zunehmend zurückziehen, ihr Engagement gegen rechtsextreme Positionen und Strukturen einstellen oder sogar Thüringen verlassen. Demokratisches Engagement, das als Säule der wehrhaften Demokratie durch staatliche und politische Akteur\*innen zu schützen ist, droht einzubrechen. Die extreme Rechte käme in ihrem Kampf um kulturelle Hegemonie und politische Macht einen großen Schritt weiter.

## Literatur

**Deutschlandfunk (2025):** Fördermittel – „Man kann Rechtsextremismus nicht über linke Aktivisten bekämpfen“ – Prien kündigt Überprüfung von Förderprogramm „Demokratie leben!“ an.

**Online:** <https://www.deutschlandfunk.de/man-kann-rechtsextremismus-nicht-ueberlinke-aktivisten-bekaempfen-prien-kuendigt-ueberpruefung-von--106.html>.

**Helmert, Cornelius/Sondermann, Rosa/Wagenschwanz, Lisa/**

**Böhme, Tom (2025):** Eine breite Zivilgesellschaft unter Druck. Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Erfurt/ Partnerschaft für Demokratie (PfD). Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt: Erfurt.

**Jaschinski, Jannik/Müller, Klaas (2026):** Fördertheorie und Förderpraxis.

**Online:** <https://verfassungsblog.de/demokratieforderung-top-down-zivilgesellschaft>.

**Kamuf, Viktoria/Helmert, Cornelius (2024):** Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen. Kurzanalyse zur Thüringer Landtagswahl am 1. September 2024.

**Online:** [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/Wahlen\\_2024/\\_8\\_Kurzanalyse\\_Landtagswahlen\\_Thueringen\\_2024.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/_8_Kurzanalyse_Landtagswahlen_Thueringen_2024.pdf).

**Klaus, Fabian (2025a):** Thüringer AfD will gemeinnützige Vereine bei Finanzämtern anschwärzen. In: Thüringer Allgemeine, 21.08.2025.

Mehr als nur Druck – Die demokratische Zivilgesellschaft Thüringens zwischen rechtsextremen Angriffen und Delegitimierungsversuchen aus dem demokratischen Lager

**Klaus, Fabian (2025b):** „Schauspiel“, „Horrorszenario“, „Fake News“: Thüringer Landtag debattiert über Anträge der AfD. In: Thüringer Allgemeine, 29.10.2025.

**Miehlke, Marius (2021):** Kleine Anfragen der AfD im Thüringer Landtag: zwischen rechten Identitätsthemen, Protestthemen-Piraterie und autoritären Gegenangriffen auf die Zivilgesellschaft und Demokratie. In: IDZ [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Bd. 10. Schwerpunkt: Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus. IDZ: Jena, S. 64–77.

**Online:** [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WsD10/Beitrag\\_Marius\\_Miehlke.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD10/Beitrag_Marius_Miehlke.pdf).

**Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard/Neusser, Christian/**

**Berzel, Alexander (2017):** Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten.

**Online:** <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf>.

**Weiberg, Mirjam/Schöll, Anja (2025):** Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird.

**Online:** [https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/fis/publikation\\_pdf/FA-6264.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/fis/publikation_pdf/FA-6264.pdf).



# Die emotionale Anziehungskraft der AfD und zivilgesellschaftliche Gegenimpulse

Hannah Merkle & Christian Nöth

In aktuellen Mediendebatten wird die AfD teilweise noch immer als demokratisch und rational handelnde Akteurin dargestellt. Häufig wird argumentiert, man müsse ihr im politischen Diskurs mit Sachargumenten begegnen und mit vermeintlich gemäßigeren Anhänger\*innen einen rationalen Austausch führen. Gleichzeitig sind sich Akteur\*innen der demokratischen Zivilgesellschaft bewusst, dass die AfD vor allem Politik auf einer primär emotionalen Ebene betreibt.

Emotionen sind stets Teil des Politischen: Menschen knüpfen an politische Vorstellungen immer auch individuelle, teils unbewusste emotionale Bedürfnisse. Durch die Verbindung mit emotionalen Motiven erhalten politische Vorstellungen für Menschen erst eine persönliche Relevanz. Gerade autoritäre Parteien wie die AfD mobilisieren jedoch aktiv „Unsicherheiten, Ängste und Befürchtungen“ (IRGAC/kollektiv orangotango 2024: 12). Angst, aber auch Wut sind dabei nicht per se schlechte oder demokratiefeindliche Emotionen. Sie können ein wichtiger Motivationsfaktor sein und finden sich in allen politischen Lagern wieder.<sup>1</sup> Wie aber erreicht die AfD ihre Anhänger\*innen auf emotionaler Ebene und wie kann dem aus zivilgesellschaftlicher Sicht adäquat begegnet werden?

## Emotionen als Teil der AfD-Metapolitik

Das Bespielen von Emotionen seitens der AfD ist Teil einer umfassenden Strategie, der sogenannten *Metapolitik*. Ziel ist die Herstellung *kultureller Hegemonie* – ein Konzept, das auf den kommunistischen Philosophen Antonio Gramsci zurückgeht und die Dominanz bestimmter Begriffe, Narrative und Werte in der Alltagskultur meint. Die Neue Rechte macht sich diese Theorie im Rahmen ihrer metapolitischen Strategie zunutze: Sie versucht, im *vorpolitischen Raum* – also abseits von Wahlen und Parteipolitik – liberale und progressive Einflüsse auf Kultur durch extrem rechte

1 Wie Emotionen allgemein in lokalen konfliktiven Situationen – z. B. beim Bau neuer Windkraftanlagen – wirken und bearbeitbar werden können, untersucht beispielsweise das Projekt LoKoNet: <https://www.lokonet.de/> insbesondere: <https://www.lokonet.de/ungleiche-waffen-interview-zu-emotionen-in-planungs-konflikten/>.

Werte sowie sprachliche (Schilk 2024: 9), aber zugleich auch emotionale Bilder und Narrative zu ersetzen. Extrem rechte Metapolitik ist dahingehend immer auch „Gefühlsarbeit“ (Spissinger 2024: 15), indem es ihr um den Abbau einer „emotionale[n] Barriere“ (Kubitschek 2017, zit. nach Spissinger 2024: 11) gegenüber autoritärer, völkisch-nationalistischer Politik geht.

Die Metapolitik der AfD bespielt eine Vielzahl an teils widersprüchlichen Gefühlen – Neid, Hass, Angst und Wut, aber auch Hoffnung, Geborgenheit und Anerkennung – und lässt sich nicht auf eine *Politik des Hasses* oder *Politik der Angst* reduzieren. Im Kern bietet die AfD ihren Anhänger\*innen ein apokalyptisches Weltbild an, in welchem sie sich selbst als einzige Rettung vor einem vermeintlich drohenden Untergang des ‚deutschen Volkes‘ darstellt. Gefühle wie Wut, Angst, Verunsicherung, vermisse Anerkennung und Ohnmacht finden darin genauso ihren Platz wie Bedürfnisse nach Gemeinschaft, Hoffnung, Ermächtigung, Größe und Überlegenheit.

In diesem Weltbild werden negative Gefühle angesichts gesellschaftlicher Veränderungen im Rahmen der Globalisierung und damit einhergehendem kulturellem Wandel durch teils antisemitische, verschwörungsideologische (Krisen-)Erzählungen, wie vom ‚Großen Austausch‘ oder ‚Genderismus‘, aufgegriffen oder aktiv kreiert. Björn Höcke sprach 2025 etwa beim AfD-Sommerfest in Wutha-Farnroda in einer Rede über Migration, Coronapandemie, Genderdebatte, Digitalisierung sowie Klimaschutzpolitik von einem „große[n] Experiment“, gesteuert von Akteur\*innen der IT- und Finanzwirtschaft („Globalisten“) als „mächtige Strippenzieher im Hintergrund“, deren Ziel eine „Weltregierung“ sei. Er warnt, dass „nicht mehr viel Zeit bleibt. Wir sind gerade dabei, liebe Freunde, unsere Heimat zu verlieren, unsere Identität zu verlieren, unser Land zu verlieren und das dürfen wir nicht zulassen.“ Solche Untergangserzählungen mobilisieren auch Menschen, die kein gefestigtes, extrem rechtes Weltbild vertreten, indem zur emotionalen Bewältigung der empfundenen Ohnmacht psychische Krisenmechanismen aktiviert werden, etwa Freund-Feind-Denken und (nationale) Größenfantasien. Die komplexe Welt erscheint dann emotional erleichternd aufgeteilt in ‚Gut‘ und ‚Böse‘. Jegliche Ereignisse lassen sich durch die Brille der Verschwörungsnarrative neu interpretieren: CSD-Veranstaltungen, der Bau neuer Windkraftanlagen, Terroranschläge. Alles erscheint zusammenhängend und als Beleg für die vermeintlich geplante Zerstörung ‚deutscher Identität‘. Angeregt wird eine Spurensuche nach weiteren ‚Beweisen‘ im persönlichen Alltag, wodurch sich das Weltbild verfestigt und sich ein Gefühl der Selbstermächtigung und Überlegenheit einstellt: Man selbst ist im Gegensatz zu den Personen außerhalb der ‚AfD-Gemeinschaft‘ (Spissinger 2024: 8) in der Lage, ‚verborgene Zusammenhänge‘

zu erkennen. Das Selbstverständnis, sowohl Opfer einer Verschwörung als auch „mutiger Aufklärer“ (ebd.: 158) zu sein, wechselt sich ab.

Als Rettung vor der vermeintlich drohenden Katastrophe beschwört die AfD die Wiedergeburt einer wehrhaften ‚Volksgemeinschaft‘, die stark genug ist, sich den fantasierten Verschwörungen zu widersetzen. Sich als Teil einer solchen imaginierten ‚Volksgemeinschaft‘ zu sehen, ist ein positives Identifikationsangebot: Anhänger\*innen der AfD finden in diesem Versprechen einen Zuwachs an Gefühlen von Halt und Geborgenheit, aber auch Größe, Überlegenheit und Macht, ungeachtet, ob die realpolitischen Vorhaben der AfD die Lebenssituation der Einzelnen besser oder schlechter machen würden. Das Gefühl von Zusammengehörigkeit in der ersehnten ‚Volksgemeinschaft‘ wird bereits jetzt alltäglich und im Kleinen erfahrbar gemacht, beispielsweise bei Kneipenabenden, Bürgerdialogen und Demonstrationen. Hier inszenieren sich AfD-Anhänger\*innen als breite ‚Volksbewegung‘ und ‚Gleichgesinnte unter sich‘.

Diese lokalen Zusammenkünfte bieten, neben dem Verbreiten rechter Ideologie, ein zentrales strategisches Element: Sie erfüllen das grundlegende Bedürfnis nach einem Gemeinschaftsgefühl, das nicht nur durch ideologische Übereinstimmung erzeugt wird, sondern auch durch Spaß und Unbeschwertheit. In dieser geschützten Gemeinschaft kann grenzüberschreitender und erniedrigender Humor<sup>2</sup>, verbunden mit Wut, Aggression und einem „erregende[n] Dominanzgefühl“ (Herzog 2025: 8) ungehemmt ausgelebt werden. Grölendes Lachen aus dem Publikum über teils ins pubertär-vulgäre abgleitende Bemerkungen ist ein ständiger Begleiter bei AfD-Veranstaltungen. Derartiger ‚Humor‘ ist ein wichtiges strategisches Element der Neuen Rechten, um eine „Gegenkultur der Enthemmung massentauglich zu etablieren“ (Doğru 2021: 16).

Die in der emotional-metapolitischen Strategie der AfD bespielten Gefühle und Fantasien erweisen sich als vielfältig und teils widersprüchlich: von Angst, Ohnmacht und dem Gefühl, unterdrückt zu sein über Allmachts- und Dominanzfantasien bis hin zur enthemmten Lust an der Demütigung politischer Gegner\*innen bei gleichzeitigem Selbstverständnis ‚anständiger Bürgerlichkeit‘. Diese emotionale Ebene gilt es anzuerkennen, um einen Umgang in den eigenen politischen Zusammenhängen finden und mögliche Gegenstrategien entwickeln zu können.

2 Zum Motiv des erniedrigenden Lachens s. auch Theweleit (2015).

## **Impulse für demokratische Arbeit mit politischen Emotionen**

Angesichts dieser Tatsache reicht es nicht, sich im Kampf gegen die extreme Rechte „auf die Illusion des überzeugendsten Arguments“ (IRGAC/kollektiv orangotango 2024: 12) zu stützen. Das AfD-Weltbild wirkt im Alltag derart selbstbestätigend und der emotionale Sog ist so stark, dass AfDler\*innen besonders loyal gegenüber ihrer Partei sind (Spissinger 2024: 259 f.).<sup>3</sup>

Antifaschistische politische Arbeit, die die emotionale Ebene berücksichtigt, kann einerseits innerhalb der eigenen Strukturen stattfinden, um die eigenen emotionalen Beweggründe zu verstehen und ihnen gerecht zu werden. Emotionen innerhalb einer Gruppe von Engagierten gilt es wahrzunehmen und anzuerkennen sowie ihnen aktiv Raum und Zeit zuzugestehen, ohne dabei die eigentliche politische Agenda zu vernachlässigen. Auf den ersten Blick sind Emotionen wie Angst, Müdigkeit, das Gefühl, allein gelassen zu werden, Überforderung, Entsetzen, Sorge und Unverständnis vordergründig. Dabei sollten aber Erinnerungen an gelungene Aktionen, das Gefühl von Handlungsfähigkeit, Stolz auf die eigene Leistung, Spaß sowie freundschaftliche und solidarische Verbundenheit mit anderen Engagierten nicht in den Hintergrund geraten. Für die Stabilität und emotionale Resilienz einer Gruppe tragen Aktivitäten bei, in denen Zeit eingeräumt wird, um das Wohlbefinden in der Gruppe zu pflegen und Emotionen zu kanalisieren, z. B. gemeinsames Kochen, Wandern, Sport etc. Gegen erdrückende Ohnmachtsgefühle kann helfen, in kleinen Schritten zu denken und für etwas ‚Kleines‘ die Verantwortung zu übernehmen, um ein Gefühl von Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen.

Antifaschistische Gegenstrategien auf einer emotionalen Ebene, die nach außen gerichtet sind, können vielfältig sein: Demonstrationen, bei denen zivilgesellschaftlich Engagierte ihre Wut und ihren Frust laut und kämpferisch artikulieren, beobachten wir hierbei genauso wie Formate, die bewusst auf Humor setzen. Sich über Nazis lustig zu machen, kann nicht nur im Sinne des ‚Dampf ablassen‘ befriedigend sein, sondern auch die Selbstinszenierungen der extremen Rechten von ‚Überlegenheit‘ und „aggressive[r] Autorität“ (TTRex 2026: 12) aufbrechen: So parodierten beispielsweise 2025 als Clowns verkleidete Gegendemonstrant\*innen einen „Reichsbürger“-Aufmarsch in Weimar.

Symbolische Aktionen können politische Zusammenhänge konkret und emotional nachvollziehbar machen: Beispielsweise stellten 2018 Engagierte eines lokalen Bündnisses vor dem Gelände eines RechtsRock-Festivals in Thamar weiße Kreuze mit

3 Dass die AfD die treuesten Stammwähler\*innen im Vergleich zu anderen Parteien hat, zeigt etwa KomRex (2024).



**Abbildung 1:** Humoristischer Protest: als Clowns verkleidete Gegendemonstrant\*innen am Rand eines Reichsbürger-Aufmarsches 2025 in Weimar (Quelle: MOBIT)

den Namen von 193 Todesopfern rechter Gewalt auf, um den Zusammenhang von extrem rechter Szenekultur und deren tödlicher Gewalt sichtbar zu machen. Auch lokale Vereine und Initiativen sind wichtig, um Möglichkeiten zu schaffen, wo Menschen auf alltäglicher Ebene demokratisch partizipieren und Gesellschaft mitgestalten können. Nachbarschaftstreffs, die sich explizit pro-demokratisch und antifaschistisch positionieren, etwa die Nachbarschaftsstube ‚Kahrola‘ in Kahla, schaffen sichere Räume auch in ländlichen Gegenden, wo Menschen Vereinzelung überwinden und beim Kaffeetrinken niedrigschwellig zusammenkommen und solidarisches Zusammensein erfahren können. Auch Formate wie die ‚Küche für Alle‘, Kulturveranstaltungen (Konzerte, Lesungen, Filme), der solidarische Gutscheintausch oder Wanderungen mit Geflüchteten bringen nicht nur Menschen zusammen, sondern stärken auch eine demokratische, solidarische Kultur, indem sie diese alltäglich erfahrbar machen. Wenn die Öffnung von Räumen und die Ausweitung des eigenen Wirkungsraums gewünscht wird, können auch Projekte wie „Thüringen zusammen: Brückenbau im ländlichen Raum“<sup>4</sup> helfen und unterschiedliche Menschen ins Sprechen über geteilte biografische und alltägliche Erfahrungen bringen. All dies sind Formate, in denen gemeinsame Gefühlsarbeit stattfindet und die eine solidarische Infrastruktur fördern: Die Sorge füreinander ist eine antifaschistische Gegenstrategie, um Ohnmacht entgegenzuwirken sowie Alternativen für die Freund-Feind-Schemata und Verschwörungsnarrative der politischen Rechten zu schaffen.

4 Das Projekt „Thüringen Zusammen“ ist mit verschiedenen Formaten im ländlichen Raum in Thüringen unterwegs, um mit unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen. Weitere Informationen: <https://www.thuringenzusammen.de/>.

## Literatur

**Doğru, Bekir Ismail (2021):** „For the lulz, mein Fuehrer.“ Humor als strategisches Element der Enthemmung in der „Neuen Rechten“. In: Freie Assoziation, 23, 1+2, S. 15–34.

**Herzog, Dagmar (2025):** Der neue faschistische Körper. Wirklichkeit Books: Berlin.

**KomRex (2024):** „Die Ergebnisse der Landtagswahlen 2024 in Ostdeutschland als Herausforderung für Politik und Demokratie. Erkenntnisse aus einer Bevölkerungsbefragung in Thüringen, Sachsen und Brandenburg“. KomRex, Friedrich-Schiller-Universität Jena: Jena.

**Spissinger, Florian (2024):** Die Gefühlsgemeinschaft der AfD: Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen. Verlag Barbara Budrich: Opladen/Berlin/Toronto.

**Schilk, Felix (2024):** Einführung: Kultur als Trainingslager.  
**Online:** <https://libmod.de/nc-popkultur-kultur-als-trainingslager/> [12.02.2026].

**The International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies (IRGAC)/kollektiv orangotango [Hrsg.] (2024):** Beyond Molotovs: A Visual Handbook of Anti-Authoritarian Strategies. Transcript: Bielefeld.

**Theweleit, Klaus (2015):** Das Lachen der Täter: Breivik u.a.: Psychogramm der Tötungslust. Residenz Verlag: St. Pölten/Salzburg/Wien.

**ThinkTank Rechtsextremismus (TTRex) (2026):** Engagement unter autoritären Bedingungen: Lehren aus Europa und den USA, Working Paper 1.

**Online:** <https://thinktank-rechtsextremismus.campact.de/publikationen/> [12.02.2026].

# Im digitalen Umfeld der AfD in Thüringen – Populistische Kommunikation auf Telegram im Bundestagswahljahr 2025

Julius Weiske, Vladimir Bojarskich & Julian Kauk

## Kontext und Fragestellung

Wahlkämpfe gelten als Phasen politischer Zuspitzung. Insbesondere populistischen Akteur\*innen wird häufig zugeschrieben, ihre Kommunikation im heißen Wahlkampf strategisch zu verschärfen und populistische Deutungsmuster zu intensivieren. Digitale Plattformen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Die Thüringer Zustände 2024 setzten sich intensiv mit den Thüringer Wahlkämpfen und den Auswirkungen auf die politische Kultur des Freistaats auseinander. Dieser Beitrag knüpft an bisherige Erkenntnisse an und setzt sie im Kontext der Bundestagswahl 2025 und mit Blick auf populistische Sprachmuster in AfD-Telegramkanälen fort.

Die AfD bindet soziale Netzwerke und Messengerdienste wie Instagram oder Telegram gezielt in ihre Kommunikation ein. Telegram bietet dabei besondere Möglichkeiten: Inhalte werden ohne algorithmische oder journalistische Filterung direkt an Abonnent\*innen ausgespielt, eine inhaltliche Moderation findet kaum statt und die Plattform ermöglicht gleichzeitig den Aufbau öffentlicher Kanäle und geschlossener Gruppen. Telegram umfasst sowohl offizielle Parteikanäle und -funktionär\*innen als auch ein breites parteinahes Umfeld: von regionalen Initiativen, welche spezifische Ziele der AfD teilen, bis hin zu ideologisch nahestehenden Gruppen, die jedoch nicht offiziell zur Partei gehören. Somit ermöglicht Telegram eine direkte, kaum moderierte Ansprache unterschiedlicher Unterstützer\*innengruppen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich populistische Sprache im digitalen Raum während des Wahlkampfs tatsächlich verändert: Führt der Wahlkampf zu einer generellen Eskalation populistischer Rahmungen? Oder zeigen sich differenzierte Muster zwischen offiziellen Parteikanälen und dem Unterstützernumfeld?

Der Beitrag analysiert die digitale Wahlkampfkommunikation zur Bundestagswahl

2025 als Zusammenspiel unterschiedlicher Rollen im parteinahen AfD-Telegram-Ökosystem in Thüringen. Während das Unterstützernumfeld im Wahlkampf eine Annäherung an das populistische Niveau der Parteikanäle erkennen lässt, zeigen offizielle Parteikanäle in der heißen Wahlkampfphase ein Muster, das auf strategische Mäßigung hindeutet. Dieses Muster deutet darauf hin, dass Partei und Umfeld unterschiedliche Rollen übernehmen. Ergänzt wird dieser Befund durch eine stabile regionale Schwerpunktsetzung jenseits von Wahlkampfzyklen.

## **Datengrundlage und Vorgehen**

Für den Beitrag wurden Telegram-Nachrichten offizieller AfD-Kanäle sowie ausgewählter Unterstützer- und Umfeldkanäle im Zeitraum vom 24.07.2024 bis zum 08.06.2025 (15 Wochen vor dem Bruch der Ampelkoalition bis 15 Wochen nach der Bundestagswahl) analysiert. Aufgrund der vorgezogenen Wahl wurde ein angepasstes Vier-Phasen-Modell für die rund 45 Wochen entwickelt: 15 Wochen Vorwahlkampf zur Baseline-Bildung, eine Vorbereitungsphase ab dem Bruch der Ampelregierung, der heiße Wahlkampf (sechs Wochen vor dem Wahltag) sowie 15 Wochen Nachwahlkampf zur Einordnung der Ergebnisse.

Ausgehend von einer Basisliste wurden mittels eines Schneeballverfahrens weitere Kanäle identifiziert, die häufig von Mitgliedern der Chatgruppen verlinkt wurden. Insgesamt wurden 101 Telegram-Kanäle, von denen sich 24 Kanäle eindeutig Ortsgruppen oder Abgeordneten der AfD zuweisen ließen, vollständig heruntergeladen. Welche Kanäle zum parteinahen Umfeld zählen, ergibt sich nicht aus einer inhaltlichen Bewertung, sondern daraus, dass sie innerhalb des AfD-nahen Netzwerks zirkulierten, also von Mitgliedern oder Ortsgruppen regelmäßig geteilt oder verlinkt wurden. Der Korpus umfasst rund 80.000 einzelne Nachrichten über den gesamten Beobachtungszeitraum von 45 Wochen. Die Erfassung der vier etablierten Dimensionen populistischer Sprachmuster – Anti-Elitismus, Volkszentrismus sowie links- und rechtskodierte ideologische Bezugnahmen (Mudde 2017) – erfolgte mithilfe eines trainierten Sprachmodells, das auf Satzebene erkennt, ob typische populistische Sprachmuster vorkommen (PopBERT; siehe Erhard et al. 2025). Zur Analyse wurden außerdem weitere statistische Verfahren eingesetzt, die sowohl zeitliche Dynamiken als auch Unterschiede zwischen Kanaltypen statistisch berücksichtigen können.

## **Woran erkennen wir populistische Sprachmuster?**

Untersucht wurde, ob einzelne Sätze typische populistische Deutungsmuster enthalten. Die folgenden Beispiele sind stilisierte Formulierungen und keine Originalzitate aus dem Datensatz.

### **Anti-Elitismus**

Politische, mediale oder gesellschaftliche Eliten werden als abgehoben, schädlich oder verantwortungslos dargestellt.

Beispiel: „Die da oben entscheiden schon wieder gegen die Interessen der normalen Bürger\*innen.“

### **Volkszentrismus**

„Das Volk“, die Bürger\*innen oder „die Menschen“ werden als die eigentliche und einzig legitime Stimme des Landes dargestellt.

Beispiel: „Die Bürger wissen längst besser, was dieses Land braucht.“

### **Rechtskodierte Bezugnahmen**

Politische Konflikte werden entlang von Nation, kultureller Zugehörigkeit, Migration oder dem Schutz der „eigenen“ Lebensweise gerahmt und zugespitzt.

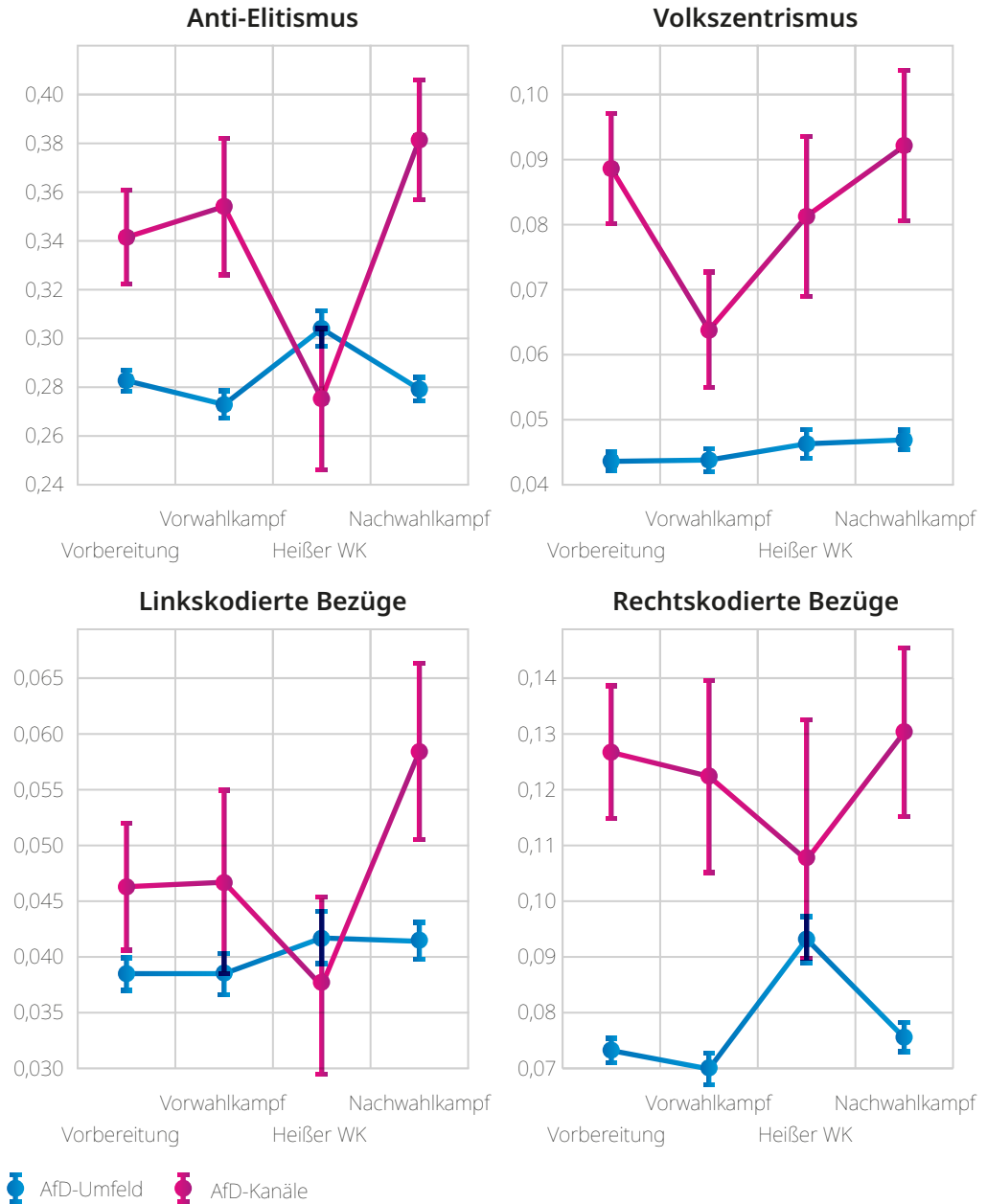
Beispiel: „Unsere Heimat muss vor fremden Einflüssen geschützt werden.“

### **Linkskodierte Bezugnahmen**

Politische Konflikte werden entlang von sozialer Ungleichheit, Klassenverhältnissen, Kapitalinteressen oder Ausbeutung gerahmt und zugespitzt.

Beispiel: „Die Reichen profitieren, während arbeitende Menschen die Kosten tragen.“

### Populistische Sprache nach Wahlkampfphase und Kanaltyp



**Abbildung 1:** Mittlere Ausprägung populistischer Sprachmuster in offiziellen AfD-Kanälen und im parteinahen Umfeld über vier Wahlkampfphasen. Höhere Werte entsprechen einem höheren Anteil populistischer Sprache. Balken zeigen 95 %-Konfidenzintervalle.

## 1. Keine Eskalation im heißen Wahlkampf

Zunächst zeigt sich: Die Aktivität aller Kanäle verbleibt in den beobachteten Phasen, inklusive des Wahlkampfs, auf einem bereits seit mehreren Jahren hohen Niveau von durchschnittlich etwa 250 Nachrichten pro Tag. Gleichzeitig steigt die Intensität populistischer Sprache, vor allem Anti-Elitismus, im Langzeittrend.

Mit Blick auf die Wahlphasen führt sich dieser Trend nicht eindeutig fort. Im Gegenteil: In offiziellen Parteikanälen sinken die populistischen Marker im heißen Wahlkampf signifikant. Sowohl Anti-Elitismus als auch rechtsideologische Äußerungen gehen temporär zurück, um im Nachwahlkampf wieder anzusteigen.

Dieses Muster zeigt keine generelle Mäßigung, sondern eine zeitlich begrenzte Abweichung in der politischen Kommunikation. Die Annahme, Wahlkampf – insbesondere im Hinblick auf die sogenannte „heiße Wahlkampfphase“ – führe zwangsläufig zu rhetorischer Eskalation, findet hier keine empirische Bestätigung.

## 2. Partei und Umfeld reagieren verschieden

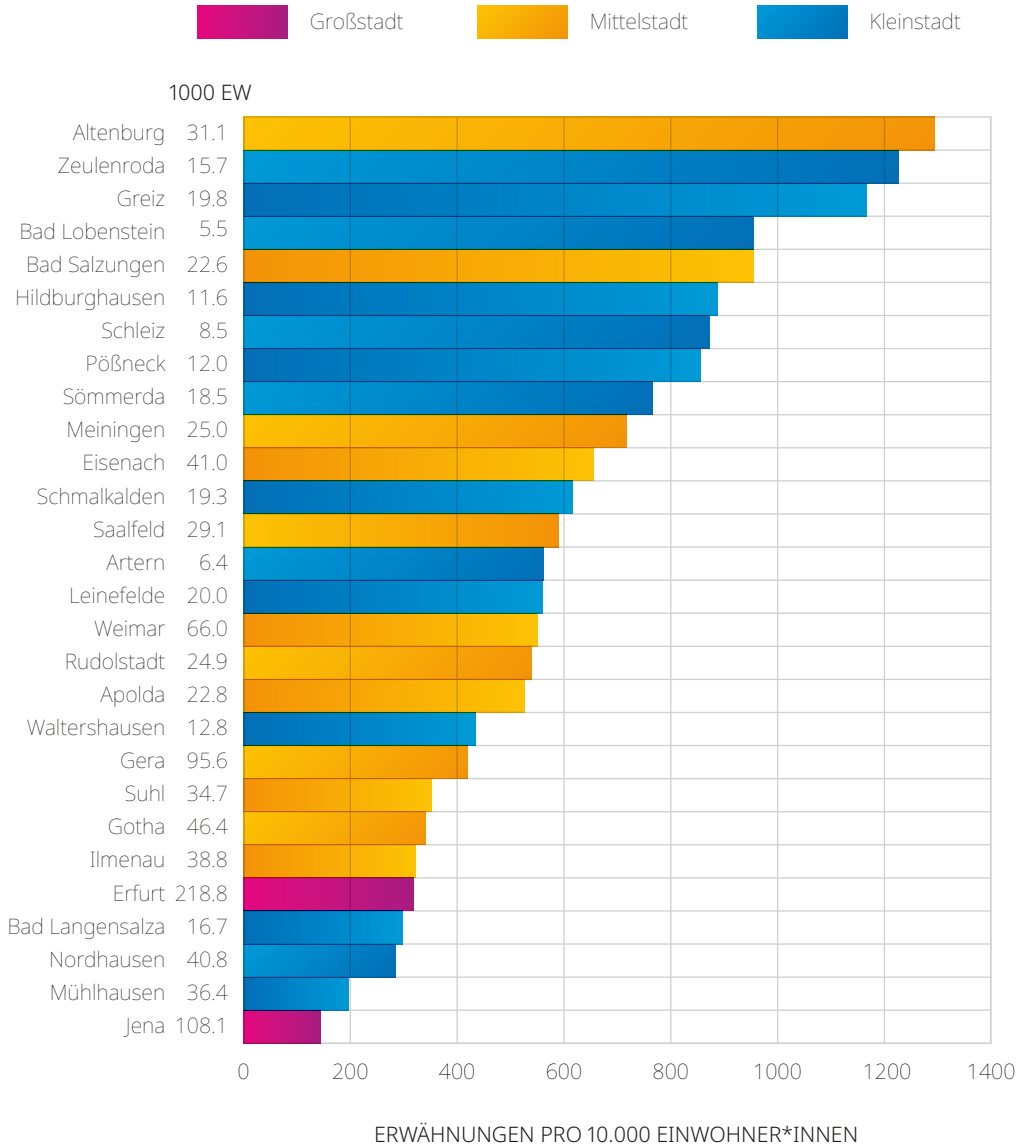
Die Daten zeigen, dass populistische Kommunikation auf Telegram vor allem von offiziellen AfD-Kanälen ausgeht. Auch im zeitlichen Verlauf bleibt das Umfeld eher stabil und weist nicht dieselbe temporäre Mäßigung auf.

Gerade Anti-Elitismus und rechtskodierte Bezüge steigen in der Kommunikation des Umfelds im heißen Wahlkampf leicht an und nähern sich dadurch den populistischen Dimensionen der Parteikommunikation an. Zwischen Vorwahlkampf und heißem Wahlkampf sinkt der Anti-Elitismus-Wert offizieller Kanäle um rund 7,7 %-Punkte, während er im Unterstützernumfeld um 3,1 %-Punkte steigt. Der Abstand zwischen beiden Gruppen reduziert sich damit um etwa 11 %-Punkte. Damit zeigt das Unterstützernumfeld im heißen Wahlkampf einen leichten Anstieg populistischer Sprache.

Diese Verschiebung könnte auf einen Unterschied in der Professionalisierung innerhalb des digitalen Kommunikationsraums der Partei hinweisen. Offizielle Kanäle reagieren sensibler auf Wahlkampfphasen, während das Umfeld in seiner Tonlage stabiler, aber ungefilterter bleibt. Ob dies strategisch intendiert ist oder strukturell aus unterschiedlichen Zielgruppen resultiert, lässt sich nicht abschließend klären. Insgesamt zeigt sich damit eine klare Asymmetrie zwischen Partei und Umfeld.

### ÜBERPROPORTIONAL ERWÄHNT E ORTE

Normalisiert für Bevölkerungsgröße



**Abbildung 2:** Erwähnungshäufigkeit thüringischer Orte in den analysierten Telegram-Kanälen, normalisiert auf 10.000 Einwohner\*innen. Kleinere Städte mit hohen Werten werden gemessen an ihrer Bevölkerungsgröße überproportional häufig thematisiert.

### **3. Räumliche Schwerpunktsetzung: überproportionale Bezugnahme auf kleinere Städte**

Neben der zeitlichen Dynamik wurde untersucht, auf welche Orte sich die Telegram-Kommunikation besonders häufig bezieht. Hierzu wurden Ortsnennungen aus allen Beiträgen extrahiert und sowohl absolut als auch relativ zur Bevölkerungsgröße der jeweiligen Stadt ausgewertet.

Absolut dominieren erwartungsgemäß die größeren Städte Thüringens, insbesondere Erfurt und Gera. Diese Städte fungieren als politische Zentren Thüringens und sind entsprechend häufig Gegenstand parteipolitischer Kommunikation. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Reichweite und Aktivität einzelner Kanäle substantiell variiert, sodass einzelne Akteur\*innen die absoluten Erwähnungszahlen bestimmter Orte erheblich beeinflussen können.

Im Vergleich zu den absoluten Zahlen von Ortserwähnungen ergibt sich jedoch ein anderes Bild, wenn man die Bevölkerungsgröße berücksichtigt. Pro 10.000 Einwohner\*innen werden kleinere und mittlere Städte überproportional häufig erwähnt. Orte wie Altenburg oder Zeulenroda erreichen damit relativ höhere Erwähnungsraten als die Großstädte.

Die relative Überrepräsentation kleinerer und mittlerer Städte bleibt über alle Phasen hinweg stabil. Sie ist kein spezifischer Wahlkampfeffekt. Dies spricht gegen eine ausschließlich auf kurzfristige Wahlmobilisierung ausgerichtete Kommunikationsstrategie. Vielmehr deutet das Muster auf eine langfristige regionale Verankerung der digitalen Parteikommunikation in weniger urbanisierten Räumen hin, wo die AfD auch schon durch vorherige Wahlerfolge Fuß fassen konnte.

### **Schluss: Wahlkampf als Phase kommunikativer Mäßigung**

Die Ergebnisse sprechen gegen die verbreitete Annahme, dass digitale Wahlkampfkommunikation automatisch schärfer und populistischer wird. Im heißen Wahlkampf reduzieren offizielle AfD-Kanäle bestimmte konfliktbetonte Sprachmuster, während das parteinahe Umfeld weitgehend kontinuierlich weiterkommuniziert. Wahlkampf erscheint damit nicht als Phase pauschaler Zuspitzung, sondern als Phase unterschiedlicher Rollen im digitalen Kommunikationsraum der Partei. Zugleich verweist die stabile starke Bezugnahme auf kleinere und mittlere Städte auf eine längerfristige regionale Verankerung, die über kurzfristige Wahlmobilisierung hinausgeht. Auffällig ist vor allem die unterschiedliche Dynamik zwischen offiziellen Parteikanälen und dem parteinahen Umfeld: Während offizielle Kanäle konfliktorientierte Elemente

im heißen Wahlkampf zurückfahren, kommuniziert das Umfeld kontinuierlicher und ungefilterter. Wahlkampf erscheint so weniger als Phase pauschaler Zuspitzung, sondern als Zeitraum selektiver Anpassungen innerhalb eines bereits etablierten Kommunikationsraums, in dem unterschiedliche Akteursgruppen unterschiedliche Rollen übernehmen. Die stabile überproportionale Präsenz kleinerer und mittlerer Städte in der Telegram-Kommunikation in Thüringen verweist auf eine langfristige regionale Verankerung, auch dort, wo zivilgesellschaftliche Gegenstrukturen oft am schwächsten ausgeprägt sind. Gerade das macht deutlich, dass die Antwort nicht allein bei lokalen Initiativen liegen kann. Die Befunde sprechen dafür, zivilgesellschaftliches Engagement in der Fläche auch jenseits von Wahlkampfzyklen strukturell zu stärken.

Mehrere Einschränkungen sind dabei zu berücksichtigen. Die automatisierte Klassifikation populistischer Muster ist insbesondere für Anti-Elitismus und rechte ideologische Bezugnahmen zuverlässig; andere Dimensionen, wie etwa Volkszentrismus, sind vorsichtiger zu interpretieren. Auch ereignisspezifische Muster und Koordinationseffekte innerhalb des Netzwerks, etwa durch Reposts oder thematische Synchronisierung zwischen Partei und Umfeld, konnten im Rahmen dieses Beitrags nicht untersucht werden.

Insgesamt zeigt sich: Digitale Wahlkampfkommunikation ist kein einheitlicher Verstärker politischer Zuspitzung. Sie ist vielmehr ein vielschichtiger Raum, in dem zeitliche Dynamiken, unterschiedliche Akteursrollen und regionale Bezugnahmen zusammenwirken.

## Literatur

**Erhard, Lukas/Hanke, Sara/Remer, Uwe/Falenska, Agnieszka/Heiberger, Raphael H. (2025):** PopBERT. Detecting Populism and Its Host Ideologies in the German Bundestag. In: Political Analysis, 33, Heft 1, S. 1–17. <https://doi.org/10.1017/pan.2024.12>.

**Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017):** Populism. A Very Short Introduction. Oxford University Press: Oxford. <https://doi.org/10.1093/actra-de/9780190234874.001.0001>.

# Wenn die „schwarze Sonne“ im Klassenzimmer Schatten wirft – Herausforderungen und Umgang mit der extremen Rechten im Kontext Schule

Pea Doubek & Sarah Dressler

Das Thema Rechtsextremismus an Schulen ist nicht nur in Thüringen virulent. Neben dem hohen Problemdruck herrscht große Verunsicherung bei Akteur\*innen im Kontext Schule, wie ein zielführender Umgang damit gestaltet werden kann und ob bzw. wie die Vorgabe der „politischen Neutralität“ einem adäquaten Umgang im Wege steht. Dieser Beitrag zeigt einige Herausforderungen für Fachkräfte an Schulen auf und legt Handlungsmöglichkeiten aus der Beratungspraxis von MOBIT dar.

## **Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe von pädagogischem Fachpersonal an Bildungseinrichtungen**

Vorfälle mit extrem rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund an Thüringer Schulen haben sich im Vergleich zu 2023 (insg. 73) im Jahr 2024 fast verdoppelt (120) und einen Höchststand erreicht (Thüringer Landtag, Drs. 8/2269). In einer Umfrage des Thüringer Lehrerverbands aus dem Januar 2025 haben 50 % der Befragten (Lehrkräfte, Schulleiter\*innen, pädagogische Fachkräfte) seit Beginn des Schuljahres selbst Gewalt erlitten. Neben körperlicher Gewalt wurde auch seelische Gewalt in Form massiver (z. T. extrem rechter) Beleidigungen und Bedrohungen angeführt (Thüringer Lehrerverband 2025).

Vor dem Hintergrund der Erhebung fordert der Thüringer Lehrerverband mehr Unterstützung und Rückhalt für Lehrkräfte und Schulpersonal, zu der auch Aufklärung im Themenfeld Rechtsextremismus und Handlungsleitfäden bei rechten Vorkommnissen zählen. Einzelne Aussagen in den Umfrageergebnissen weisen zudem auf ein mangelndes Wahrnehmungs- und Problembewusstsein sowie fehlende Rückendeckung durch Schulleitungen und Schulaufsichtsbehörden hin. Das Bildungsministerium wurde vereinzelt mit den Worten kritisiert, es habe sich der Vorfälle in den Schu-

len nicht ausreichend angenommen.<sup>1</sup> In einer bundesweiten Onlineumfrage der GEW von 1.000 Lehrkräften (Sept. 2025) wünschen sich 57 % mehr Unterstützung bei extrem rechten Angriffen und 64 % gaben an, noch nie eine Schulung oder Fortbildung im Themenfeld Rechtsextremismus gehabt zu haben (GEW 2025).

Der starke quantitative Anstieg schlägt sich in der Beratungspraxis bei der Mobilen Beratung nieder. Aus Berater\*innenperspektive geht mit dieser Entwicklung auch eine qualitative Veränderung der Anfragen einher. Waren es in der Vergangenheit extrem rechte Vorfälle bei einzelnen Schüler\*innen im Klassenverband, sieht sich eine Lehrkraft heute mit ganzen Gruppen extrem rechts agierender Schüler\*innen oder mit massiven Anfeindungen und Aggressionen konfrontiert, die zu einem wachsenden Teil auch von Eltern und Kolleg\*innen ausgehen. Die Bandbreite extrem rechter Vorkommnisse im Kontext Schule reicht vom Tragen oder Anbringen verfassungswidriger Symbolik und Codes im Schulhaus über rassistische, antisemitische und menschenverachtende Herabwürdigungen bis hin zur Bedrohung und Einschüchterung demokratisch engagierter Schüler\*innen und Lehrkräfte. Schüler\*innen tragen Kleidung mit dem Logo einer mutmaßlich rechtsterroristischen

1 Pressemitteilung des Thüringer Lehrerverband (24.01.2025): Detaillierte Ergebnisse und Aussagen wurden MOBIT zur Verfügung gestellt und in Absprache mit TLV verwendet.

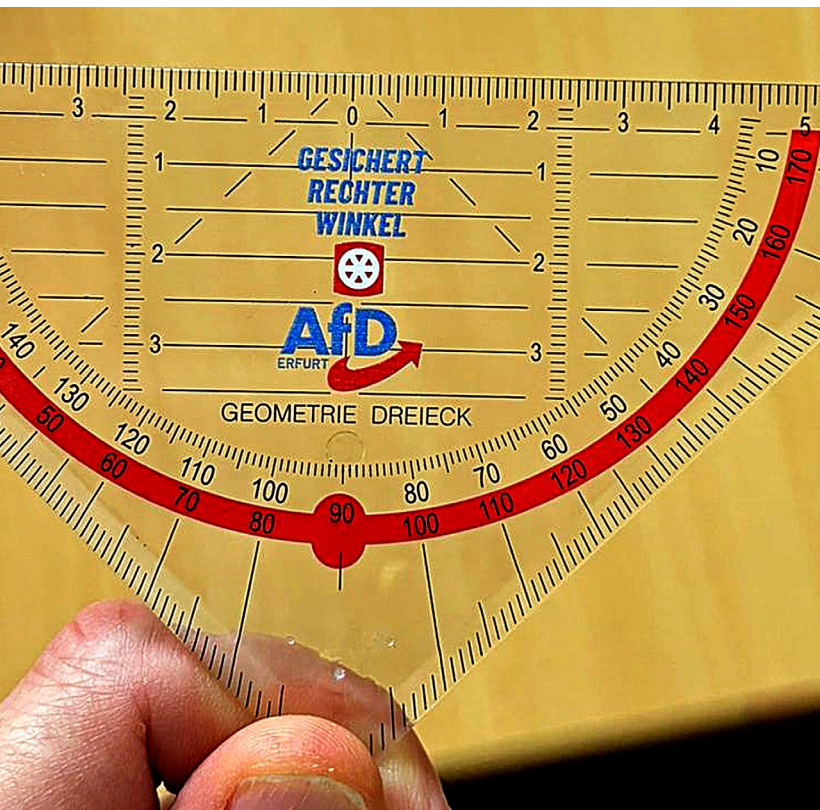


Abbildung 1: Schulmaterial der afD Erfurt (Quelle: MOBIT)

Jugendgruppierung, zahlreiche Schüler\*innen zeigen das White-Power-Zeichen auf dem Klassenfoto, migrantische Kinder werden massiv bedroht und sogar angegriffen, manche Lehrer\*innen berichten von einer rechten Hegemonie an der Schule.

### **Schule als Aktionsraum extrem rechter Einflussnahme**

In den Jahren 2018/19 initiierte die AfD in mehreren Bundesländern sogenannte Meldeportale („Neutrale Schule“) im Netz. Vermeintliche Verstöße von Lehrkräften gegen ein „Neutralitätsgebot“ sollten der AfD hier von Schüler\*innen, Eltern und Kolleg\*innen gemeldet werden. Mit diesem Aufruf sollten Lehrer\*innen gezielt eingeschüchert, verunsichert und schließlich davon abgehalten werden, Haltung gegen rechts zu zeigen und Position für die Demokratie zu beziehen. Zusätzlich erfragt die AfD deutschlandweit regelmäßig in Kleinen parlamentarischen Anfragen, wie es um die „Neutralitätspflicht an Schulen“ (vgl. Hafener et al. 2021) bestellt sei. In Thüringen erkundigte sich die AfD bereits 2018 danach, an welchen Schulen Projekte aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ stattgefunden haben und wie dort die „Einhaltung der politischen Neutralität“ durch die Landesregierung sichergestellt werden könne (Thüringer Landtag, Drs. 6/5403). Die AfD beabsichtigt mittels dieser Anfragen Druck auszuüben und demokratische Haltung an Schulen in Misskredit zu bringen. Mit dem Kampfbegriff „Neutralität“ verfolgt die extreme Rechte seit jeher das Ziel, eine kritische Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen, verschwörungsideologischen und menschenrechtsverachtenden Inhalten zu unterbinden. Diesem Narrativ folgend, würde gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter das Spektrum der demokratischen Meinungspluralität fallen, während sämtliche Kritik daran zum Schweigen gebracht würde. Die geforderte „neutrale“ Haltung hieße in der Konsequenz, sich nicht gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit zu positionieren, in Konfliktsituationen nicht einzuschreiten oder wegzusehen.

Obwohl die Arbeitsgrundlagen für in der Bildung arbeitende Fachkräfte den unbedingten Einsatz für menschenrechtsorientierte Werte in der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtend zur Maxime erheben, ist die Verunsicherung von Lehrer\*innen groß. In der zuvor zitierten bundesweiten Umfrage über die GEW stellte sich heraus, dass jede sechste befragte Lehrkraft für ihren Einsatz für demokratische Grundrechte schon einmal gerügt bzw. auf die Einhaltung des „Neutralitätsgebots“ hingewiesen worden sei (GEW 2025). Die Arbeit von Lehrkräften fußt auf zahlreichen gesetzlichen Grundlagen sowie pädagogischen Standards, die eine menschenrechtsorientierte und demokratische Bildungs- und Erziehungsarbeit garantieren – seien es die Beamten-gesetze oder die Schulgesetze und Bildungspläne

der Länder. Sie alle eint das Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung, womit Schüler\*innen ein wertebasiertes Lernen und Miteinander ermöglicht werden soll. Der Beutelsbacher Konsens als ergänzendes Regularium dient dazu, Schüler\*innen vor einseitiger Faktendarstellung und parteipolitischer Beeinflussung zu schützen, indem gesellschaftliche Gegebenheiten ausgewogen diskutiert werden, um sie zur selbstständigen Positionierung zu befähigen. Die extreme Rechte deutet den Beutelsbacher Konsens bewusst so um, dass daraus ein vermeintliches Tabu wird, menschenfeindliche Positionen offen zu benennen. Die AfD beschwert sich folglich regelmäßig, ihr werde im Sinne des Beutelsbacher Konsenses keine faire Auseinandersetzung zuteil. Dabei gilt ein einfacher Grundsatz: Was sich in der Gesellschaft als kontrovers darstellt, muss auch in der Schule kontrovers diskutiert werden. Verstößen politische Positionen gegen zentrale Werte der Verfassung und Demokratie, erlaubt der Beutelsbacher Konsens ausdrücklich die Ausübung von Kritik (vgl. Hufen 2021: 31). Die Pflicht der Lehrkräfte zur ausgewogenen Darstellung schützt extrem rechte Akteur\*innen weder vor Widerspruch noch vor Kritik. Mehr noch: Würden sie sich im Verständnis der extremen Rechten „neutral“ verhalten, so handelten sie entgegen ihrem Auftrag.

### **Handlungsempfehlungen für Schulen und Forderungen an Entscheidungsträger\*innen**

Der Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft macht keinen Halt an der Tür des Schulgebäudes. Demzufolge empfiehlt MOBIT eine Gesamtstrategie im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus im Kontext Schule. Um Handlungssicherheit zu generieren, sollten zunächst die Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden. Neben der Klarheit über die bestehenden rechtlichen Grundlagen können das Leitbild und die Hausordnung der Schule einen ersten wichtigen Bezugspunkt darstellen. Erfolgt hier bereits ein Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten und eine Abgrenzung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit? Gibt es Festlegungen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus oder anderem antidemokratischem Verhalten an der Schule? Bietet sich hier die Möglichkeit, die Schüler\*innen an der Erarbeitung teilhaben zu lassen? Des Weiteren bedarf es neben pädagogischen Maßnahmen der professionellen Wachsamkeit der Fachkräfte. Sind die Leitung, das Kollegium und andere Fachkräfte kollektiv für das Thema sensibilisiert? Was sind teaminterne Grenzen, Regeln und Sanktionen? Es muss Einigkeit darüber bestehen, wie und wann gehandelt wird, wenn beispielsweise ein\*e Schüler\*in oder ein Eltern teil mit extrem rechter Symbolik die Einrichtung betritt oder eine rassistische Äußerung im Unterricht fällt. Auch die Beziehungsarbeit und Vorbildfunktion der Lehr-

kräfte spielt eine fundamentale Rolle, um die demokratische Bildung und Erziehung von Schüler\*innen zu fördern. Indem Schulen und Lehrer\*innen aktiv eine demokratische und menschenrechtsbasierte Haltung vorleben und einfordern, können Kinder und Jugendliche nachhaltig sensibilisiert werden.

Um all diesen Dimensionen gerecht werden zu können, benötigen Schulen und Lehrkräfte zuverlässige Unterstützungsstrukturen. Es braucht Wissen, Zeit und allem voran die politische Rückendeckung der schulbehördlichen Instanzen und des Bildungsministeriums. Das bedeutet konkret: Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte, Schulungsangebote für Entscheidungsträger\*innen an den Schulen sowie der Verwaltung in den Behörden und leicht zugängliche Informationen zu Unterstützungs- und Beratungsangeboten innerhalb der jeweiligen Bundesländer. Dafür benötigt es die Entlastung der Lehrkräfte, um ihnen die Kapazitäten zur Umsetzung überhaupt zu ermöglichen. Gleiches gilt für kollegiale Fallberatungen, Teambesprechungen und die Implementierung der fachlichen Inhalte in den Unterricht. Wichtig ist, dass derartige Maßnahmen allein nicht ausreichen, sondern immer nur einen Baustein in einer langfristigen und umfänglichen Gesamtstrategie darstellen sollten. Diese Form der Problemlösung muss als nachhaltige Auseinandersetzung verstanden und realisiert werden, nicht als Einzelmaßnahme. Um dem Thema Rechtsextremismus und Demokratiebildung ganzheitlich zu begegnen, benötigt es das konsequente Handeln der politischen Akteur\*innen und zuständigen Ministerien. Denn sie sind diejenigen, die inhaltliche und administrative Vorgaben zur Demokratiebildung veranlassen und durchsetzen können, die Lehrkräften von Grund auf Rückhalt sowie Entlastung bieten sollten und die Rahmenbedingungen für Partizipation und einen menschenrechtsbasierten und demokratiebewussten Lernraum schaffen.

## **Fazit**

Der fortschreitende Rechtsruck ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und stellt Schulen spürbar vor enorme Herausforderungen. Der Arbeitsalltag von Lehrkräften ist unabhängig davon bereits durch komplexe Aufgaben wie Bildung und Erziehung sowie zahlreiche administrative Prozesse überstrapaziert. Trotzdem müssen Schulen und Lehrkräfte qua ihres Arbeitsauftrages für eine klare, wertegebundene und menschenrechtsbasierte Haltung eintreten. Dafür braucht es die konsequente Rückendeckung für alle schulischen Akteur\*innen und die beständige Unterstützung durch schulpolitische Entscheidungsträger\*innen auf allen Ebenen. Diese stärkt nicht nur die Handlungssicherheit von Lehrkräften, sondern liefert überhaupt erst die Gewähr

dafür, dass Demokratie und Menschenrechte grundlegend in den Strukturen von Bildungsinstitutionen implementiert werden können.

## Literatur

**GEW (2025):** Engagement für Demokratie. Lehrkräfte befürchten rechtsextreme Reaktionen. Lehrkräfte befürchten rechtsextreme Reaktionen | GEW – Die Bildungsgewerkschaft. **Online:** <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/lehrkraefte-befuerchten-rechtsextreme-reaktionen> [19.01.2026].

**Hafeneger, B./Jestädt, H. (2021):** Jugend- und bildungspolitische Aktivitäten der AfD in 16 Landesparlamenten und im Bundestag. In: Hafeneger, B./Jestädt, H./Schwerthelm, M./Schuhmacher, N./Zimmermann, G. [Hrsg.]: Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Wochenschau: Frankfurt/M., S. 14–108.

**Hufen, Friedhelm (2021):** Das Neutralitätsgebot: Ein rechtlicher Maulkorb für die politische Bildung? Thesen zu einem aktuellen Problem. **Online:** [https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user\\_upload/FORUM\\_2021/Hufen\\_FORUM\\_1-2021.pdf](https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user_upload/FORUM_2021/Hufen_FORUM_1-2021.pdf) [16.02.2026].

**Thüringer Landtag (2018):** Drucksache 6/5403. Projekte des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ an Thüringer Schulen. **Online:** [https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/66378/6\\_5403\\_projekte\\_des\\_bundesprogramms\\_demokratie\\_leben\\_aktiv\\_gegen\\_rechtsextremismus\\_gewalt\\_und\\_menschenfeindlichkeit\\_an\\_thueringer\\_schulen#navpanes=0](https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/66378/6_5403_projekte_des_bundesprogramms_demokratie_leben_aktiv_gegen_rechtsextremismus_gewalt_und_menschenfeindlichkeit_an_thueringer_schulen#navpanes=0) [12.01.2026].

**Thüringer Landtag (2025):** Drucksache 8/2269. Vorfälle mit extrem rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund an Schulen in Thüringen in den Jahren 2023 und 2024. **Online:** [https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/104480/8\\_2269\\_vorfaelle\\_mit\\_extrem\\_rechtem\\_rassistischem\\_oder\\_antisemitischem\\_hintergrund\\_an\\_schulen\\_in\\_thueringen\\_in\\_den\\_jahren\\_2023\\_und\\_2024#navpanes=0](https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/104480/8_2269_vorfaelle_mit_extrem_rechtem_rassistischem_oder_antisemitischem_hintergrund_an_schulen_in_thueringen_in_den_jahren_2023_und_2024#navpanes=0) [12.01.2026].

**Thüringer Lehrerverband (2025):** Schulische Gewalt: Thüringer Schulpersonal nach wie vor stark betroffen. **Online:** [www.tlv.de/pressemitteilungen/schulische-gewalt-thueringer-schulpersonal-nach-wie-vor-stark-betroffen/](http://www.tlv.de/pressemitteilungen/schulische-gewalt-thueringer-schulpersonal-nach-wie-vor-stark-betroffen/) [16.02.2026].

Wenn die „schwarze Sonne“ im Klassenzimmer Schatten wirft –  
Herausforderungen und Umgang mit der extremen Rechten im Kontext Schule



# When „the ground is vibrating“: Perspektiven internationaler Studierender und Fachkräfte auf den Aufstieg der AfD in Thüringen

Laura Dellagiacoma & Luisa Conti

Der politische Aufstieg der AfD – besonders sichtbar bei den Landtagswahlen 2024 und der Bundestagswahl 2025 (vgl. Thüringer Zustände 2024) – kam nicht überraschend, wie die Daten des Thüringen-Monitors der letzten Jahre zeigen (vgl. Thüringer Monitor 2024: 24–26). Die Wahlergebnisse haben dennoch die Verunsicherung verstärkt, besonders unter jungen Menschen mit internationaler Biografie. Internationale Studierende sind für Thüringen sowohl gesellschaftlich als auch arbeitsmarktpolitisch bedeutsam. Aufgrund des bis 2035 erwarteten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung um 10 bis 15 % (Bernardt et al. 2023) betonen die Leitlinien zur Hochschulentwicklung in Thüringen 2026 bis 2030, internationale Studierende durch konkrete Angebote zur sozialen Integration in den Alltag sowie durch studienbegleitende Qualifizierungs- und Karriereangebote und Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft gezielt zu unterstützen (TMWWDG 2024: 29). Vor diesem Hintergrund förderte das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG) das Projekt ARAPIS (Analyse der Rolle und des Arbeitsmarktpotenzials internationaler Studierender). Das Projekt wurde als Kooperation vom KomRex, der Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeografie, vom Internationalen Büro und vom Career Point der Universität Jena umgesetzt.<sup>1</sup> Zwischen Januar und Mai 2025 konnten im Rahmen eines Teilprojekts Interviews mit internationalen Studierenden (n = 17) sowie mit Absolvent\*innen der FSU Jena verwirklicht werden, die zum Zeitpunkt der Erhebung in Thüringen (n = 11) bzw. außerhalb Thüringens (n = 9) berufstätig waren. Sieben Interviews fanden in zeitlicher Nähe zur Thüringer Landtagswahl und rund um die Bundestagswahl statt.<sup>2</sup>

1 Für weitere Informationen: <https://www.career.uni-jena.de/en/5214/arapis>.

2 Die Stichprobe war überwiegend männlich (60 %) und fachlich vor allem im MINT-Bereich verortet (57 %); weitere Teilnehmende kamen aus den Sozialwissenschaften (24 %) und der Wirtschaft (19 %). Häufig vertretene Herkunftsregionen waren der Nahe Osten (24 %), Südostasien (22 %), Afrika (16 %) und Osteuropa (16 %). Die Interviews fanden auf Deutsch und auf Englisch statt.

Untersucht wurden Erfahrungen in der Arbeitssuche und am Arbeitsplatz sowie die Frage, ob und inwiefern der politische Kontext die Bleibeperspektiven der Befragten beeinflusst. Im Folgenden werden die zentralen Befunde zur letztgenannten Fragestellung präsentiert und anschließend diskutiert. Sie beruhen auf einer qualitativ-inhaltsanalytischen Auswertung nach Schreier (2008). Auffällig ist, dass die Mehrheit der Interviewten den politischen Kontext ohne explizite Nachfrage selbst thematisierte.

### **„The ground is vibrating“**

Die Antworten zeigen eine ausgeprägte Verunsicherung der Interviewten im Kontext des AfD-Aufstiegs, der als besorgniserregend bewertet wurde. Mehrere Befragte berichteten von einer Zunahme sowohl subtiler rassistischer Handlungen – etwa Mikroaggressionen wie übergriffige Blicke oder unfreundliches Verhalten – als auch manifester rassistischer Vorfälle. Diese ereigneten sich nach Angaben der Interviewten vor allem im öffentlichen Raum, insbesondere in öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Befragter berichtete, im Zug trotz gültigen Tickets rassistisch beleidigt worden zu sein.

Einige reflektierten, dass sie selten angefeindet würden, solange sie nicht als migrantisch gelesen werden. Anfeindungen träten vor allem dann auf, wenn sie im öffentlichen Raum sichtbar werden. So wurde geschildert, dass eine Gruppe beim Spazieren im Zentrum Jena von Jugendlichen angeschrien und rassistisch beleidigt wurde, weil sie sich nicht auf Deutsch unterhielt.

Mehrere Befragte hoben hervor, dass Betroffene weder in beobachteten noch in selbst erlebten Vorfällen Unterstützung durch unbeteiligte Dritte erhielten. In diesem Zusammenhang formulierten insbesondere jene Interviewten, die zum Zeitpunkt der Erhebung bereits seit längerer Zeit in der Region lebten, die Einschätzung, dass Rassismus in Thüringen zunehmend offener artikuliert werde. Rassismus gewinne gesellschaftlich an Akzeptanz.

***„Maybe four years ago that people were hiding their racism... Now they are not hiding it anymore because they saw that AfD is the strongest party. They are so frankly talking about everything.“*** (Interviewte 1)<sup>3</sup>

Viele Interviewte berichteten von internationalen Freund\*innen, die Thüringen angesichts des steigenden Rassismus verlassen möchten. Mehrere Teilnehmende for-

3 Übersetzung: „Vor vielleicht vier Jahren haben die Leute ihren Rassismus noch versteckt [...] Jetzt verbergen sie ihn nicht mehr, weil sie gesehen haben, dass die AfD die stärkste Partei ist. Sie sprechen ganz offen über alles.“ (Interviewte 1).

mulierten zudem, dass auch sie selbst Thüringen – oder sogar Deutschland – verlassen würden, falls sich die politische Lage künftig weiter verschärfe. Die damit verbundene Zukunftsangst und die Markierung einer möglichen ‚Kippunkt‘-Situation kommen im folgenden Zitat zum Ausdruck:

**„At the moment it's still acceptable, but it's already a feeling like the ground is vibrating and I'm afraid that with the next elections it's going to be worse. And then, then I'm sure I'm leaving, whatever. No matter what I'm leaving, I don't want to be in the place where people want to send back other people and take away their citizenship.“** (Interviewte 7)<sup>4</sup>

Unsicherheit wird nicht nur als diffuse Zukunftsorientierung artikuliert, sondern als individuelle, alltagsnahe Angst um die eigene Sicherheit.

**„The situation doesn't look very good. If the racism starts to increase over here, then obviously you're not safe. You don't feel safe over here. So, there is no point in living here. So, I would just quickly find some other place where it's safer, where people are more accepting of other nationalities as well.“** (Interviewte 13)<sup>5</sup>

Einige Befragte problematisierten den AfD-Zuwachs, weil er in Thüringen die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten, eine Arbeitsstelle zu finden und beruflich voranzukommen, weiter verschärfen könnte.

**„If I have the opportunity or the privilege to work, I'm not really concerned about the political affiliation of the people around me or things of that sort. But if their political aspiration is hindering me from making progress, then maybe I might start here, but later on decide to move to another place, considering the unfriendliness or the hindrance that I'm facing here.“** (Interviewte 12)<sup>6</sup>

4 Übersetzung: „Im Moment ist es noch erträglich, aber man hat schon das Gefühl, als würde der Boden beben, und ich befürchte, dass es bei den nächsten Wahlen noch schlimmer wird. Und dann, dann gehe ich ganz sicher weg, egal was passiert. Egal was kommt, ich gehe weg; ich will nicht an einem Ort sein, an dem Menschen andere Menschen zurückschicken und ihnen die Staatsbürgerschaft entziehen wollen.“ (Interviewte 7).

5 Übersetzung: „Die Lage sieht nicht besonders gut aus. Wenn der Rassismus hier zunimmt, ist man hier offensichtlich nicht sicher. Man fühlt sich hier nicht sicher. Es macht also keinen Sinn, hier zu leben. Ich würde mir daher schnell einen anderen Ort suchen, an dem es sicherer ist und wo die Menschen anderen Nationalitäten gegenüber aufgeschlossener sind.“ (Interviewte 13).

6 Übersetzung: „Wenn ich die Möglichkeit oder das Privileg habe zu arbeiten, mache ich mir keine großen Gedanken über die politische Zugehörigkeit der Menschen in meinem Umfeld oder Ähnliches. Wenn mich ihre politischen Bestrebungen jedoch daran hindern voranzukommen, dann fange ich vielleicht hier an, entscheide mich aber später, an einen anderen Ort zu wechseln, angesichts der Feindseligkeit oder der Hindernisse, denen ich hier begegne.“ (Interviewte 12).

Im Kontrast zu diesen Erfahrungen und Zukunftssorgen verglichen einige Befragte Thüringen mit westdeutschen Städten oder Regionen, die sie als offener gegenüber internationalen Menschen beschrieben. Internationalität sei dort insgesamt sichtbarer und stärker wertgeschätzt, was sich u. a. in niedrigeren Erwartungen an sprachliche Anpassung widerspiegele. Auch Jenas Internationalität wurde positiv hervorgehoben: Diese stelle für einige einen zentralen Bleibe- bzw. Haltfaktor dar.

***„[The] reason why I am still here is because Jena is a little bit international. What makes Jena a little bit attractive to people like us is because of the Internationality... there are a lot of international students and the lecturers have international experience.“*** (Interviewte 11)<sup>7</sup>

Neben den Sorgen und Überlegungen, künftig wegziehen zu müssen, wurde Jena mehrfach als Ausnahme innerhalb der politischen Landschaft Thüringens beschrieben. Für viele sei die Stadt eine „Insel im blauen Meer“ (Interviewte 4) und damit ein zentraler Grund zu bleiben. Diese Wahrnehmung wurde mit den Wahlergebnissen verknüpft:

***„Thankfully, Jena is one of the cities that voted for the left party and that's really nice. It was the purple spot in the whole blue map. So, it's something good that tells you that the people in Jena are aware that this path is not really the good path for Germany.“*** (Interviewte 6)<sup>8</sup>

Zugleich verwiesen einige Interviewte auf Initiativen und Projekte, die sich aktiv gegen rechtsextreme Positionen und Mobilisierungen stellen. Die Sichtbarkeit solcher Gegenbewegungen erzeugte bei den Befragten Sicherheitsgefühle und Hoffnung und wurde als konkreter Haltfaktor beschrieben:

***„When I see such a project, such a movement, it also gives us hope that there is a hope for Thüringen, there are some people who are against such [far-right-wing] movement, that is what makes some of us want to stay back.“*** (Interviewte 11)<sup>9</sup>

7 Übersetzung: „Der Grund, warum ich immer noch hier bin, ist, dass Jena ein bisschen international ist. Was Jena für Leute wie uns ein bisschen attraktiv macht, ist eben diese Internationalität [...]. Es gibt viele internationale Studierende und die Dozenten verfügen über internationale Erfahrung.“ (Interviewte 11).

8 Übersetzung: „Zum Glück gehört Jena zu den Städten, die für die Partei Die Linke gestimmt haben, und das ist wirklich schön. Es war der violette Fleck auf der ganzen blauen Landkarte. Das ist also etwas Positives, das zeigt, dass die Menschen in Jena sich bewusst sind, dass dieser Weg nicht wirklich der richtige Weg für Deutschland ist.“ (Interviewte 6).

9 Übersetzung: „Wenn ich ein solches Projekt, eine solche Bewegung sehe, gibt uns das auch Hoffnung, dass es Hoffnung für Thüringen gibt, dass es Menschen gibt, die sich gegen eine solche [rechtsextreme] Bewegung stellen – das ist es, was einige von uns dazu bewegt, hier zu bleiben.“ (Interviewte 11).

Insbesondere für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ist die sichtbare Präsenz einer starken Zivilgesellschaft bedeutsam, weil sie als Gegenpol zu rechten Mobilisierungen wahrgenommen wird und (zumindest teilweise) Sicherheitsgefühle sowie Bleibemotivation stützen kann. Dies bringt Interviewte 18 zum Ausdruck:

*„Wegen AfD würde ich nicht aus Jena ausziehen. Ich bin deutscher Staatsbürger jetzt, aber Leute, die keinen festen Aufenthalt haben [...] machen sich viele Gedanken wegen AfD. Aber Thüringen hat eine starke Zivilgesellschaft. Es gibt auch viele NGO, Parteien, Interessen gegen AfD [...] AfD ist da, wir sind auch da.“* (Interviewte 18)

### **Angegriffene Zivilgesellschaft**

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass sich die gegenwärtige politische Lage unmittelbar auf internationale Studierende und Absolvent\*innen auswirkt: Zunehmende rassistische Anfeindungen, Mikroaggressionen und Einschüchterungen – insbesondere im öffentlichen Raum – erzeugen Verunsicherung und können Rückzugs- oder Wegzugsabsichten verstärken. Internationale Studierende und Absolvent\*innen sind jedoch selbst Teil der lokalen Gemeinschaft und damit auch der Zivilgesellschaft. Wenn sie sich zurückziehen oder die Stadt verlassen, betrifft dies deshalb nicht nur individuelle Lebensentscheidungen, sondern auch die Zusammensetzung, Diversität und Zukunft der lokalen Zivilgesellschaft. Von einer „angegriffenen Zivilgesellschaft“ kann in diesem Zusammenhang in doppelter Hinsicht gesprochen werden: zum einen, weil ihre Mitglieder direkt von rassistischen Praktiken betroffen sind; zum anderen, weil mit der Normalisierung von Rassismus jene geteilten Erwartungen an Anerkennung, Vertrauen und wechselseitige Reziprozität untergraben werden, auf denen zivilgesellschaftliches Zusammenleben beruht. Bleibt Unterstützung durch Dritte aus, verliert der Alltag an sozialem Halt. Geschwächt werden damit auch jene Beziehungen und Beteiligungsformen, die eine demokratische und nachhaltige lokale Öffentlichkeit tragen. Vor diesem Hintergrund müssen Vertrauen und Reziprozität in der (Zivil-)Gesellschaft aktiv hergestellt und sichtbar verteidigt werden, damit ein Zuhause als vertrauter „intersubjektiver Raum der Geborgenheit“ (Conti 2024) entstehen und sich durch Resonanz Erfahrungen, also durch erfahrene Anerkennung, Solidarität und Verbundenheit, festigen kann. Die sichtbare und aktive Präsenz zivilgesellschaftlicher Initiativen, NGOs und Gegenmobilisierungen ist dabei eine lebenswichtige Ressource – nicht nur für von Rassismus betroffene Menschen, sondern für die Zivilgesellschaft insgesamt.

## Literatur

**Bernardt, Florian/Wolter, Marc Ingo/Glückner, Ernst/Knoll, Stefanie/Ragnitz, Joachim (2023):** Herausforderungen und Chancen im demografischen Wandel. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung in Thüringen – Projektion bis 2035 (Studie). **Online:** [https://www.tmasgff.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/FK-22.06.2023-verkl..pdf](https://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/FK-22.06.2023-verkl..pdf) [26.03.2026].

**Conti, Luisa (2024):** Heimat als Netzwerk. Wie sie erlebt wird und imaginiert werden kann. In: Lietz, Roman/Mendes de Oliveira, Milene/Conti, Luisa/Lenehan, Fergal [Hrsg.]: Sprache und Interkulturalität in der digitalen Welt. Buchreihe FAL. Peter Lang Verlag: Frankfurt a. M., S. 271–303.

**Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebenstreit, Jörg/Vogel, Lars/Zissel, Pierre (2025):** Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2024. Universität Jena & KomRex: Jena.

**TMWWDG (2024):** Leitlinien für die Hochschulentwicklung in Thüringen 2026–2030. TMWWDG: Erfurt.

**Thüringer Zustände (2024):** Rechtsextremismus und Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2024. **Online:** [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Thueringer\\_Zustaende/ThueringerZustaende2024-web.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Thueringer_Zustaende/ThueringerZustaende2024-web.pdf) [26.03.2026].

# Ort der Widersprüche: Ilmenau nach dem rassistischen Angriff an der TU Ilmenau am 10. April 2025

Sabina Idrisova & Johanna Schäfer

Ilmenau ist eine kleine Universitätsstadt, umgeben von Wald, mit kurzen Wegen, vertrauten Gesichtern und dem Gefühl, dass man sich kennt. Viele Studierende beschreiben sie als ruhig, überschaubar, fast geschützt. Doch seit dem 10. April 2025 ist dieses Gefühl für einige nicht mehr dasselbe. An diesem Tag wurden internationale Studierende auf dem Campus der Technischen Universität (TU) Ilmenau mit Hartgummigeschossen angegriffen.

Für manche kam der Angriff überraschend, für andere war er erschreckend erwartbar. *„Ich hatte innerlich schon das Gefühl, dass irgendwann etwas passieren wird“*, sagt J. rückblickend. J. lebt seit vielen Jahren in Ilmenau und ist in der Vergangenheit von einigen rassistischen Anfeindungen und einem rassistischen Angriff betroffen gewesen. Sie berichtet, dass sich die politische Stimmung seit einigen Jahren verändert habe, sie sei rauer geworden. Was man lange nicht wahrhaben wollte, habe sich an diesem Tag brutal manifestiert.

Der Text basiert auf einem Interview, das zwei Beraterinnen der fachspezifischen Gewaltopferberatung ezra mit den Betroffenen F. und J. geführt haben. F. und J. leben seit vielen Jahren in Ilmenau, sind beruflich und über ihr Studium mit der TU verbunden und in der Stadtgesellschaft engagiert. F. war selbst von den Angriffen am 10. April 2025 betroffen.

## Was ist am 10. April 2025 passiert?

Am 10. April 2025 wurden über mehrere Stunden Passant\*innen, vor allem ausländische Studierende, auf dem Campus der TU Ilmenau aus einem Auto heraus mit Hartgummigeschossen beschossen. Mehrere Personen wurden verletzt. Zwischen 19 und 22 Uhr fuhren die Täter mehrmals ihre Runden, hielten an, suchten sich Ziele aus und feuerten Schüsse ab. Zuvor sollen sie bereits in der Altstadt einen Passanten verletzt haben. Laut Polizei wurden mindestens acht Personen verletzt, weitere Betroffene berichteten von Beschuss ohne Verletzungen. Die Polizei traf teilweise erst

eineinhalb Stunden nach den Notrufen ein. Die Tatverdächtigen müssen sich im März 2026 vor Gericht verantworten.

F. war von dem Schusswaffenangriff direkt betroffen. **„Ich habe mir selbst Kugeln eingefangen“**, sagt er. Zuerst sei alles surreal gewesen, keine sofortige Angst, sondern ein Zustand zwischen Unglauben und Leere. Erst nach und nach sei die Realität eingesickert. Während sie auf die Polizei warteten, versuchten die Betroffenen, füreinander da zu sein. **„Wir haben versucht, irgendwie eine Art Schutzraum zu bieten“**, beschreibt F. In diesem Moment war Solidarität nicht organisiert, sondern instinktiv. Menschen hielten zusammen, weil sie sonst nichts hatten.

Schnell mischte sich zur Angst eine politische Dimension. Das Kennzeichen des Täterfahrzeugs weckte den Verdacht auf einen rechtsextremen Hintergrund, da die Zahlenkombination eine Lesart als etablierter Code aus rechtsextremen Kontexten nahelegt. Zudem wurde schnell klar, dass insbesondere internationale Studierende zur Zielscheibe wurden. Ein *weißer* Studierender berichtet, dass er verschont blieb, während migrantisch gelesene Personen in seiner Nähe beschossen wurden. **„Da ist es uns kalt den Rücken runtergelaufen“**, sagt F. Der Angriff erschien nicht zufällig, sondern eingebettet in ein gesellschaftliches Klima, das solche Taten möglich macht.

## Gegen das Wegsehen

Für F. war klar, dass Schweigen keine Option ist: **„Für mich war entscheidend, dass wir an die Öffentlichkeit gehen, damit klar wird, was passiert ist – und dass es nicht runtergespielt wird.“** Genau dieses Herunterspielen erlebten die Betroffenen in den Tagen danach. Besonders schmerzhaft war für viele die Reaktion der Universität. Eine interne Mail sprach von einem „Einzelfall“. Der Campus wurde als „sicher“ beschrieben. Für F. war das ein Schlag ins Gesicht: **„Das war einfach schwer verständlich, so eine völlig kalte, unempathische Reaktion.“** Die Universität war kein zufälliger Tatort, sondern Schutz- und Wohnraum für Studierende. Internationale Studierende hätten sich keine Beschwichtigung gewünscht, sondern Anerkennung des Erlebten, Schutz und klare Solidarität für Betroffene. **„Keine Person, mit der ich gesprochen habe, fand diese Nachricht angemessen“**, sagt F. Worte der Empathie hätten gefehlt. Ein klares Signal, dass die Universität hinter den Betroffenen steht, ebenfalls.

Auf kommunaler Ebene wurde jedoch ein öffentliches Zeichen der Solidarität gesetzt: Der Stadtrat Ilmenau verabschiedete eine Resolution, in der der Angriff verurteilt wurde. Mit großer Mehrheit positionierte sich das Gremium damit öffentlich an der Seite der Betroffenen und setzte ein Zeichen gegen rassistische Gewalt.

## „Das ist kein Einzelfall“

J. kritisiert, dass der Angriff aus dem gesellschaftlichen Kontext herausgelöst wurde. *„Ausländische Studis haben täglich mit Alltagsrassismus zu tun“*, sagt sie als Ansprechpartnerin für viele internationale Studierende, mit denen sie eng im Austausch steht. Einen solchen Angriff als Einzelfall zu deklarieren, mache all diese Erfahrungen unsichtbar. Sie berichtet von Beschimpfungen und Bedrohungen im Zug und auf der Straße – Teil eines Alltags, den viele nicht sehen wollen.

## Internationale Studierende: Angst, Unsichtbarkeit und Selbstschutz

Für viele internationale Studierende verschärfte der Angriff den ohnehin prekären Alltag. J. beschreibt, dass viele Angst haben, Anzeige zu erstatten. Nicht aus Gleichgültigkeit, sondern aus Angst vor Konsequenzen für ihr Visum. Außerdem fragen sie sich: *„Was ist, wenn ich Probleme mit der Ausländerbehörde bekomme?“* Das sei eine häufige Sorge. Diese Abhängigkeit mache Betroffene still, die Dunkelziffer rassistischer Übergriffe hoch. Viele sagten sich: *„Hauptsache, nichts passiert. Hauptsache, ich kann mein Studium beenden. Hauptsache, ich falle nicht auf.“* Für viele internationale Studierende fehlten sprachliche und soziale Ressourcen sowie Orientierung im neuen System, um ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Probleme sichtbar zu machen. Manche würden allein die Straße meiden, andere überlegen, ihren Körper „stärker“ zu machen, um sich verteidigen zu können. Eine bittere Logik: Sicherheit wird zur individuellen Aufgabe, Schutz zur Selbstverantwortung.

## Berichterstattung

Für viele Betroffene war es zusätzlich verletzend, wie über den Angriff berichtet wurde. In ersten Meldungen war von einer „spielzeugähnlichen Waffe“ die Rede, was das Geschehen verharmloste. F. beschreibt, wie schwer es war, dagegen anzukämpfen: *„Ich habe versucht mitzuteilen, dass es keine Spielzeugwaffe war.“* Solche Darstellungen hatten reale Konsequenzen, boten Raum für Zweifel und Negierung der Betroffenenberichte. Besonders schmerzhaft: Relativierungen geschahen auch offen mit Klarnamen. In sozialen Netzwerken meldeten sich Menschen, die ihre Erlebnisse infrage stellten oder kleinredeten. *„Die Erfahrungsberichte der Betroffenen wurden komplett negiert“*, sagt F. Was blieb, war das Gefühl, sich nicht nur rechtfertigen zu müssen, sondern auch beweisen zu müssen, dass das eigene Leid real ist.

## **Solidarität von unten**

Gleichzeitig zeigte sich aber auch eine andere Seite von Ilmenau: Menschen widersprachen, stellten sich schützend vor die Betroffenen. Die spontane Kundgebung, die von *BUNTnis Ilmenau*, einem lokalen Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Gruppen und engagierten Bürger\*innen, organisiert wurde, entwickelte sich nach dem Angriff für viele Menschen zu einem wichtigen Moment des gemeinsamen Zusammenkommens. *„Da war sofort klar: Wir müssen Solidarität zeigen“*, sagt J. Unterstützung durch Beratungsstellen wie ezra war zentral. F. beschreibt diese Hilfe als tragend: *„Das hat wirklich Kraft gegeben, damit umzugehen.“* Einzelgespräche, Begleitung und das Gefühl, ernst genommen zu werden, standen im Kontrast zur Kälte, die viele von institutioneller Seite wahrnahmen. Solidarität kam aus Netzwerken, Freundschaften und zivilgesellschaftlichem Engagement – persönlich, konkret und emotional.

## **Die unsichtbare Grenze: Wo fühle ich mich heimisch?**

Ilmenau ist für viele ein Ort der Widersprüche: Nähe, Alltag, Freundschaft und zugleich ein Ort, an dem man plötzlich spürt, dass Zugehörigkeit brüchig ist. J. sagt: *„Man denkt, man hat Wurzeln geschlagen. Und dann merkt man, vielleicht ist das doch nicht sicher.“* Sie sagt offen, dass sie vorbereitet sein will. Nicht aus Panik, sondern aus Verantwortung für ihre Familie. F. beschreibt Ilmenau als Heimat auf gepackten Koffern. Lange war es ein sicherer Ort. Dieses Gefühl ist brüchig geworden.

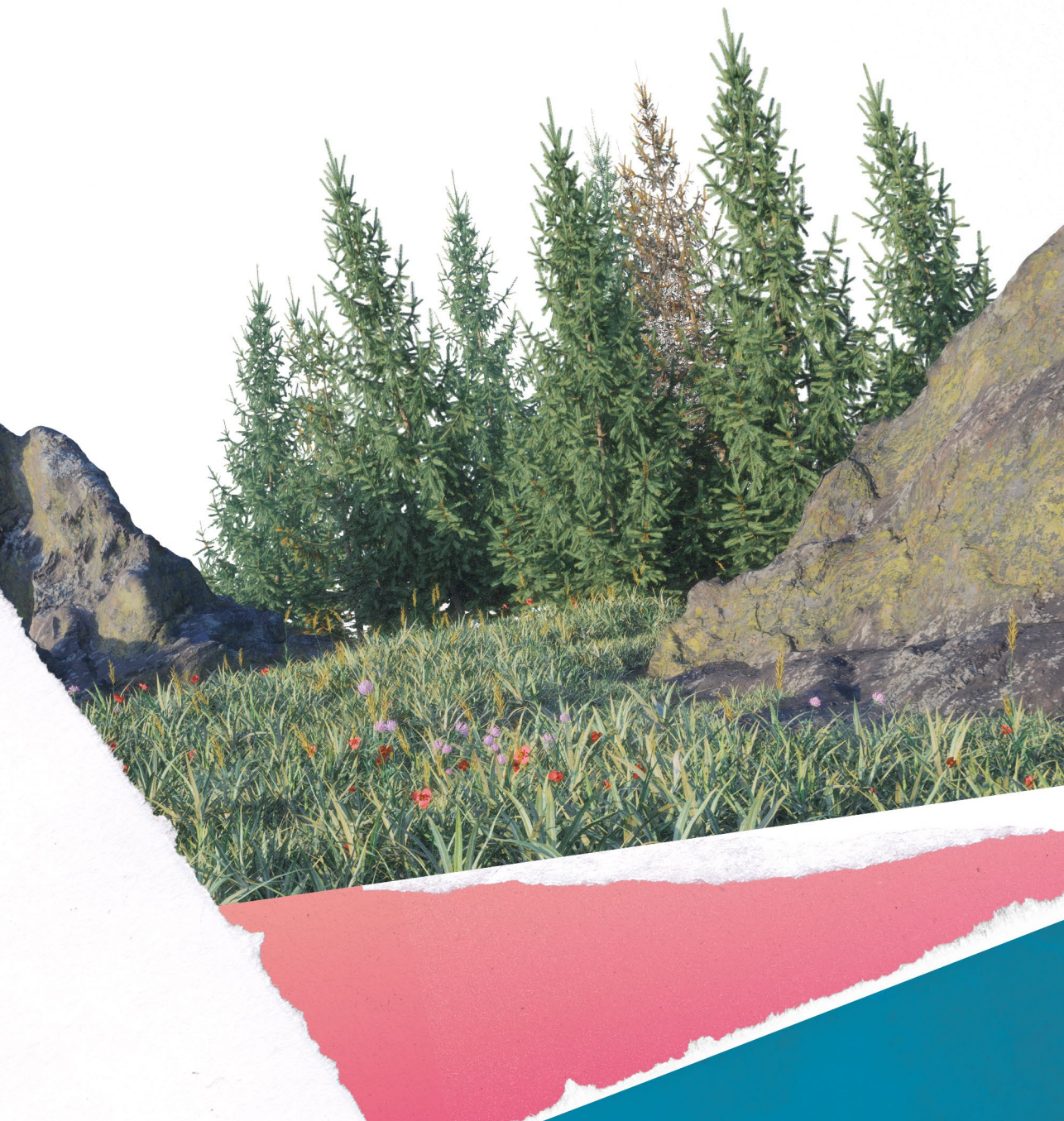
## **Kein Schlussstrich – Was jetzt passieren muss**

J. und F. sprechen nicht nur über Kritik, sondern über mögliche positive Konsequenzen. Sie fordern offene, niederschwellige Begegnungsräume zwischen Stadt und Universität, mehr psychologische Beratung, kulturelle Angebote und klare Verantwortungsübernahme durch Stadt, Studierendenwerk und Hochschule. Der Angriff war kein Einzelfall, sondern ein Brennglas: Er zeigt, dass Sicherheit nicht selbstverständlich ist, Anerkennung erkämpft werden muss und Schweigen gefährlich ist. Was sie eint, ist der Wunsch nach Haltung: Rassismus darf nicht verwaltet werden, er muss benannt und bekämpft werden. Ilmenau steht damit nicht allein. Aber die Frage, die bleibt, ist lokal und konkret: Welche Stadt will Ilmenau sein? Eine, die beruhigt und relativiert? Oder eine, die zuhört, schützt und Verantwortung über-

Ort der Widersprüche:

Ilmenau nach dem rassistischen Angriff an der TU Ilmenau am 10. April 2025

nimmt? Die Betroffenen haben ihre Antwort gegeben – mit Worten, Mut und Öffentlichkeit. Nun liegt es an Stadt, Universität und Gesellschaft zuzuhören, zu schützen und Verantwortung zu übernehmen.



# Völkische Untergangsrhetorik und antisemitische Weltbilder bei „Freies Thüringen“

RIAS Thüringen-Autor\*innenteam

Antisemitismus in Thüringen blieb auch im Jahr 2025 eine konstante und vielschichtige Bedrohung. Jüdinnen\*Juden sind weiterhin mit unterschiedlichen Formen antisemitischer Anfeindungen konfrontiert. Diese reichen von gezielten Sachbeschädigungen und Schmierereien über Bedrohungen bis hin zu öffentlichen antisemitischen Äußerungen, etwa im Rahmen von Demonstrationen. Eine ausführliche Aufschlüsselung antisemitischer Vorfälle in Thüringen im Jahr 2025 wird der Jahresbericht der RIAS Thüringen im Frühsommer 2026 bereitstellen. Die vorläufige Datenlage verdeutlicht schon jetzt, dass antisemitische Vorfälle in unterschiedlichen ideologischen Zusammenhängen auftreten. Dazu zählen etwa linke und antiimperialistische, antiisraelische, verschwörungsideologische, rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Kontexte. Antisemitismus aus dem rechtsextremen Spektrum bleibt in Thüringen verbreitet und wird vor allem im Zusammenhang mit den sogenannten „Montagsspaziergängen“ sichtbar. Dabei verbinden sich rechtsextreme und christlich-fundamentalistische Inhalte zu Mischformen, die erkennbar von antisemitischen Weltbildern gerahmt sind. Das wird im Folgenden anhand inhaltlicher Analysen von Reden von „Freies Thüringen“ aufgezeigt, die im Rahmen des RIAS-Monitorings durchgeführt wurden.

## Das Netzwerk „Freies Thüringen“ im Protestgeschehen

Im Dickicht der Thüringer „Montagsspaziergänge“ sticht ein Akteur hervor: das rechtsextreme Netzwerk „Freies Thüringen“, das insbesondere in Ostthüringen auf einschlägigen Demonstrationen vertreten ist (Koch et al. 2023: 43 ff.). Der inoffizielle Kopf des Netzwerks ist der Rechtsextremist Frank Haußner. Er ist nicht nur im verschwörungsideologischen Spektrum der „Montagsdemos“ bekannt, sondern pflegt auch gute Kontakte in die deutsche Neonazi- und Reichsbürger-Szene. Sich selbst und „Freies Thüringen“ versteht Haußner als politisches Vorfeld der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD). Auf den „Montagsdemos“ in seinem Heimatort Zeulenroda ge-

hören Fahnen der Partei zur Standardbeflaggung und mit AfD-Landeschef Björn Höcke pflegt Haußner einen freundschaftlichen Umgang (Lenze 2024).

## **Antisemitisches Grundrauschen**

In den Redebeiträgen auf Kundgebungen des Netzwerks verdichten sich zentrale ideologische Deutungen, die das politische Selbstverständnis prägen. In den Reden wird wiederholt Bezug auf globale sowie nationale politische Krisen genommen. Zentrale Themen sind der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der israelisch-palästinensische Konflikt und die Corona-Pandemie. Der Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland sowie die deutsche Aufrüstungspolitik werden als von „Globalisten“ und „Zionisten“ gesteuertes Projekt dargestellt. Auch der sogenannte Nahostkonflikt wird verschwörungsideologisch aufgeladen. Israel gilt dabei nicht als souveräner Staat mit eigenen politischen und ökonomischen Interessen, sondern als Teil „verborgener Strukturen“ oder eines „tiefen Staates“, in dem das „auserwählte Volk“ auf eine „neue Weltordnung“ hinarbeite. Die Corona-Pandemie wird ebenfalls in diese Deutungsmuster eingebettet. Impfungen erscheinen dabei als ein Plan „finsterner Mächte“, gegen die es sich zu wehren gilt. Dabei strukturieren völkische und religiöse Motive das Weltbild: Politik wird als geistlicher Kampf gegen teuflische „Mächte und Gewalten“ verstanden. So verschmelzen die realen gesellschaftlichen Krisen zu einer umfassenden Erzählung vom existenziellen Abwehrkampf des „deutschen Volkes“ gegen einen antisemitisch markierten Feind.

## **Völkische Ideologie**

Diese Zuspitzung knüpft an zentrale Elemente völkischer Ideologie an. Ein integraler Bestandteil dieser Ideologie ist die Vorstellung, der Untergang oder der Tod des Volkes seien absehbar oder stehen sogar unmittelbar bevor. Sowohl die Dringlichkeit als auch die Radikalität, mit der politisch gehandelt werden müsse, wird so von rechtsextremen Akteur\*innen hervorgehoben. Diese Erzählstruktur wurzelt im deutschen Konservatismus der Zwischenkriegszeit und gelangte über die publizistischen Tätigkeiten der sogenannten Neuen Rechten in das Standardrepertoire der gegenwärtigen extremen Rechten (Weiß 2015). Oswald Spengler, zentrale Inspirationsquelle der Neuen Rechten, stellt den kulturellen Verfall und den Untergang von Völkern ins Zentrum seines antiliberalen und antidemokratischen Denkens. Bevor ein Volk untergehe, trete es aus einem Zustand der Kultur in einen Zustand der Zivilisation, welcher von Materialismus und Künstlichkeit geprägt sei (Groß 2022: 52 f.). Individualismus führt in diesem Denken zur Selbstentfremdung des Volkes und dann zu seinem Untergang.

Aus Frank Haußners Reden geht hervor, dass für ihn heute ähnliche Mechanismen am Werk sein sollen. Am 07. April 2025 sprach er auf dem Marktplatz in Zeulenroda von einem bevorstehenden Untergang des Volkes, der nicht abgewendet werden könne, „wenn das Volk der Deutschen nicht endlich aufsteht und sich von den Marionetten der globalen Machtstrukturen befreit“. Die Befreiung bleibe jedoch unwahrscheinlich, denn das Volk befinde sich „in Dekadenz und medialer Verblödung“ und sei deshalb „nicht fähig, die Gefahren der globalistischen Pläne zu erkennen“. Die Schwäche des Volkes erklärt sich auch Haußner aus jenen „Zivilisationskrankheiten“, die Spengler vor Augen hatte. Doch er personifiziert das ohnehin antisemitisch grundierte Unbehagen an der Moderne, das bei Spengler die Namen „Materialismus“ und „Künstlichkeit“ trägt: Schuld sind die „Globalisten“.

Haußner reproduziert damit eine typische Konstellation antisemitischer Ideologien: Ein imaginiertes Volk, welches als Gemeinschaft mit vermeintlich natürlicher Zusammengehörigkeit und Harmonie gezeichnet ist, wird wahlweise bedroht, zersetzt, manipuliert, ausgebeutet oder unterdrückt durch böartige und im Verborgenen agierende Mächte. Diese handeln im antisemitischen Bild konspirativ, einzig sichtbar sind ihre ‚Machenschaften‘, in denen sich ihr Handeln ausdrückt. Statt bspw. bei einer Gesellschaftsdiagnose des Verfalls durch „Dekadenz und mediale Verblödung“ stehen zu bleiben, personifiziert Haußner die Ursache dieses Verfalls mit der antisemitischen Chiffre „Globalisten“. Wahlweise ersetzt er diese durch andere antisemitische Chiffren oder erspart sich den kommunikativen Umweg, indem er direkt von „Zionisten“, „Israel“ oder einer „alttestamentarischen Sekte“ redet.

In dem Bild einer finsternen Macht, die ein vermeintlich einheitliches Volk zersetzt, verschränken sich also Antisemitismus und völkische (Untergangs-)Ideologie. Oft werden diese vermeintlichen Verschwörungen nicht nur für den „Tod eines Volkes“ verantwortlich gemacht. Immer wieder hat die heraufbeschworene Bedrohung auch universellen Charakter. Dann ist die Verschwörerin z. B. eine „Weltuntergangssekte“, wie sie Haußner in einer Rede vom 16. Juli 2025 für einen möglichen „Weltbrand“ verantwortlich zeichnet. Interessant an dieser Rede ist ihr zusätzlicher antijudaistischer Gehalt. Jener „Weltuntergangssekte“ schreibt Haußner das Adjektiv „alttestamentarisch“ zu und bezeichnet sie immer wieder abwertend als „auserwähltes Volk“. Damit greift Haußner auf uralte Bilder christlichen Judenhasses zurück.

## **Biblische Bezüge**

Ein wiederkehrendes Motiv in den Reden auf Veranstaltungen von „Freies Thüringen“ ist das von „Licht“ und „Finsternis“. Besonders deutlich wurde dies auf einer Veranstaltung zum Volkstrauertag am 16. November 2025 in Gera. Zu Beginn erinnerte der Redner an die „Millionen Opfer“ mehrerer angeblich „aufgezwungener Kriege“. Als Einsicht aus dieser Darstellung formulierte der Redner, „Völker dürften sich nie wieder gegeneinander aufhetzen lassen.“ Die Verantwortung für Kriege sieht der Redner nicht bei Staaten oder politischen Entscheidungen, sondern bei „Mächtigen und Gewalten“ sowie bei „Herren der Welt, die über diese Finsternis herrschen“.

Der Redner hat diese Sätze direkt aus dem „Brief an die Epheser“ im Neuen Testament übernommen und sie auf das aktuelle politische Geschehen übertragen. Mit Hilfe dieser metaphorischen Zuspitzung reduziert er politische Komplexität nicht nur, sondern lädt sie durch direkte Bezüge auch mystisch-religiös auf. Ein Blick auf den ursprünglichen Kontext des Briefes zeigt jedoch, dass in den zitierten Stellen keine Auseinandersetzung zwischen konkreten politischen Akteur\*innen beschrieben wird. Vielmehr handelt es sich um eine religiöse Deutung innerer Konflikte und religiöse Selbstbehauptung der frühen Jesusbewegung; die „Mächtigen“ und „Herren der Welt“ bezeichnen dabei keine realen Personengruppen oder gar Jüdinnen\*Juden, sondern übermenschliche geistige Kräfte (Gese 2022: 165).

Der direkte Bezug in verschwörungsideologischen Reden auf diese Passagen knüpft an vertraute religiöse Bilder an. Auch in einer säkularer gewordenen, aber weiterhin christlich geprägten Gesellschaft wie Deutschland sind Bilder von „Licht“ und „Finsternis“ kulturell tief verankert. Gerade diese Vertrautheit erleichtert ihre politische Umdeutung. So wird die im Brief beschriebene Auseinandersetzung mit „Mächten und Gewalten“ aus ihrem theologischen Kontext gelöst und direkt auf aktuelle politische Verhältnisse übertragen. So dient die biblische Rhetorik als Vehikel zur Artikulation antisemitischer Verschwörungsideologien. Konflikte erscheinen so nicht als Ergebnis politischer Entscheidungen, sondern werden auf das Wirken diffuser und dunkler Kräfte im Hintergrund zurückgeführt.

## **Politik als existenzieller Abwehrkampf**

Am Ende der Rede wird dieses Motiv um ein antisemitisches Muster ergänzt: die Vorstellung von einer macht- und profitgetriebenen Elite, die Kriege im Hintergrund lenke und daraus Gewinn ziehe. Er fordert die Verweigerung des Kriegsdiensts, damit Menschen nicht länger von den „finsternen Herren dieses bösen Zeitlaufes“ für deren „Macht und Profitmaximierung“ missbraucht werden können.

In der Verbindung mit dem eingangs erwähnten völkischen Selbstbild erscheint Politik in dieser Logik als existenzieller Abwehrkampf. Auf der Seite des „Lichts“ stehen das „deutsche Volk“, die „Ahnen“ und eine vermeintlich reine christliche Wahrheit. Dabei dienen Bezüge zur politischen Verfolgung der Täuferbewegung im 16. Jahrhundert als historische Beispiele, um die eigene Haltung moralisch abzusichern (von Schlachta 2020). Dadurch wirkt die eigene politische Position wie die Fortsetzung eines früheren Glaubenskampfes. Auf diese Weise werden das „Freie Thüringen“ und sein Milieu als verfolgte, aber standhafte Gemeinschaft dargestellt, deren Positionen über politische Auseinandersetzungen hinaus religiös überhöht werden.

### **Kein Randphänomen: antisemitische Erzählungen im rechtsextremen Mainstream**

Die wiederkehrende Figur einer anonymen, im Verborgenen agierenden macht- und profitgetriebenen Instanz, die Völker zersetzt, Kriege steuert und auf einen umfassenden Umsturz hinarbeitet, entspricht zentralen Merkmalen antisemitischer Ideologie. Durch die Verbindung von völkischer Untergangsrhetorik, religiöser Bildsprache und personalisierter Schuldzuweisung werden gesellschaftliche Krisen in ein geschlossenes antisemitisches Weltbild überführt. Als Reaktion auf die dadurch erzeugte Angst vor dem vermeintlichen Untergang des Volks wird auf den Abwehrkampf eingeschworen. In letzter Konsequenz führt dieser zu antisemitischer Gewalt. Die ideologischen Erzählungen bleiben jedoch nicht auf das Milieu randständiger Protestakteur\*innen beschränkt. Ihre Anschlussfähigkeit an rechtsextreme Diskurse reicht bis in die AfD. Motive wie der „Volkstod“, die Beschwörung kultureller Dekadenz oder die Gegenüberstellung eines homogenen „Volkes“ und zerstörerischer, global agierender Kräfte finden sich in variiert Form auch bei führenden Vertreter\*innen wie Björn Höcke. Die ideologischen Schnittmengen zeigen, dass es sich nicht um isolierte rhetorische Entgleisungen handelt, sondern um ein gesellschaftlich anschlussfähiges Deutungsangebot von Rechtsextremen.

### **Literatur**

**Gese, Michael (2022):** Der Epheserbrief. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen.

**Groß, Robin (2022):** Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes. In: Meiering, David [Hrsg.]: Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Springer VS: Wiesbaden, S. 49–58.

**Koch, Matthias/Miehlke, Marius/Beelmann, Andreas (2024):** Topografie 2023: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. **Online:** <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/4994/topografie-2023.pdf> [24.03.2026].

**Lenze, Dominik (2024):** Per Du mit Björn Höcke. **Online:** <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-08/reichsbuerger-bjoern-hoecke-afd-frank-haussner> [24.03.2026].

**von Schlachta, A. (2020):** Täufer: von der Reformation ins 21. Jahrhundert. utb GmbH.

**Weiß, Volker (2015):** Die „Konservative Revolution“. In: Langebach, Martin/Strum, Michael [Hrsg.]: Erinnerungsorte der extremen Rechten. Springer VS: Wiesbaden, S. 101–120.



# Zehn Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen: Wissenschaft unterstützt zivilgesellschaftliche Forderung nach Anerkennung

Franziska Schestak-Haase & Stefanie Schreiber

Mindestens zehn Menschen starben in Thüringen infolge rechter Gewalt (vgl. MDR 2025). In den Orten der Taten erinnern selbstorganisierte Strukturen an die Verstorbenen und halten die Morde im kollektiven Gedächtnis. Doch auch diese Arbeit steht unter dem Druck des gesellschaftlichen Rechtsrucks. Mit dem Abschlussbericht der Forschungsgruppe um Christoph Kopke und Susanne Willems „Todesfälle mutmaßlich rechter Gewalt in Thüringen seit 1990“ wird die Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen gestärkt.

## Der Weg zur unabhängigen wissenschaftlichen Überprüfung

Im November 2018 beschloss der Thüringer Landtag die unabhängige Überprüfung von Todesfällen rechter Gewalt (vgl. Thüringer Landtag 2018). Hintergrund war die Diskrepanz zwischen nur einem staatlich anerkannten Todesfall (Karl Sidon, 1993, Arnstadt) und elf weiteren von Zivilgesellschaft und Journalist\*innen benannten Verdachtsfällen. Ziel dieser Überprüfung war es, politischer und moralischer Verantwortung gegenüber Opfern und Hinterbliebenen gerecht zu werden (vgl. ebd.). Mit der Untersuchungskoordination wurde das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMiK) betraut. Dieses beauftragte eine Forschungsgruppe, die vergleichbare Studien bereits für Berlin (2018) und Brandenburg (2015) vorgelegt hatte: Von 2022 bis 2024 arbeitet das Projekt am Institut für öffentliche und private Sicherheit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin in Kooperation mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e. V. in Potsdam unter Leitung von Prof. Dr. Christoph Kopke an der Überprüfung.

Ein Projektbeirat begleitete die Arbeit, bestehend aus Vertreter\*innen der Ministerien für Inneres und Justiz sowie zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen wie ezra, MOBIT, dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. So sollten neben der wissenschaftlichen Expertise auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachjournalist\*innen einbezogen werden (vgl. ebd.).

Mit dem Ergebnis der wissenschaftlichen Überprüfung soll die staatliche Anerkennung nachgeholt werden – um zum einem dem Bedürfnis der Hinterbliebenen nach Verarbeitung und Aufklärung der Taten nachzukommen, zum anderen aber auch um Fragen der Engagierten zu beantworten, die sich für das Gedenken an die Ermordeten einsetzen. Thüringen ist damit einen anderen Weg als Bundesländer mit rein behördeninterner Prüfung gegangen (z. B. Sachsen-Anhalt).

Ende 2025 wurde der Abschlussbericht von den Forscher\*innen an das TMIK übergeben (vgl. TMIK, 2025). Seitdem stehen die Veröffentlichung und Erörterung im auftraggebenden parlamentarischen Gremium, dem Thüringer Landtag, aus (Stand: Ende März 2026). Als nächster konkreter Schritt sollte die staatliche Anerkennung der eingeordneten Todesfälle durch die zuständigen Ministerien erfolgen.

### **Neubewertung der Todesfälle: zehn Todesopfer rechter Gewalt**

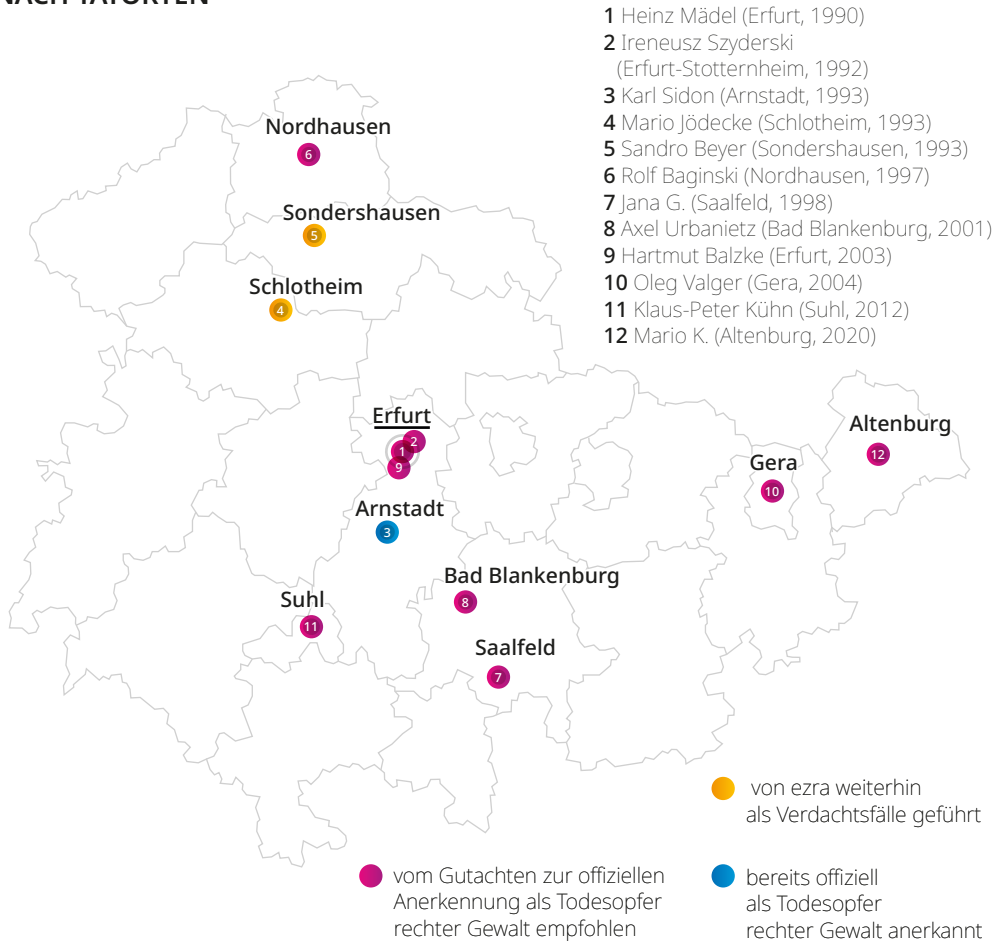
Für neun der zwölf untersuchten Todesfälle wird eine rechte Tatmotivation festgestellt. Fünf sollen auf Grundlage des aktuellen polizeilichen Meldesystems nacherfasst werden (Axel Urbanietz, 2001; Hartmut Balzke, 2003; Oleg Valger, 2004; Klaus-Peter Kühn, 2012; Mario K., 2020) (vgl. MDR 2025). Diese Todesfälle hätten bereits während der Ermittlungen oder mit Abschluss des Strafverfahrens eingeordnet werden können. Bei Todesfällen aus den 1990er-Jahren bestehen rechtliche Bedenken, so wird z. B. argumentiert, dass sich der Todesfall von Heinz Mädels 1990 (die einzige bekannte rechts motivierte Gewaltstraftat mit Todesfolge in den drei Thüringer Bezirken der DDR) nicht auf dem Staatsgebiet der BRD, sondern auf dem der DDR ereignete (vgl. ebd.).

Die Forschenden empfehlen festzustellen, dass vier weitere Personen Opfer rechts motivierter Gewalt wurden (vgl. ebd.). Dabei handelt es sich um Heinz Mädels 1990; Rolf Baginski, 1997; Ireneusz Szyderski, 1992 und Jana G., 1998. Aufgrund des vor 2001 gültigen polizeilichen Meldesystems konnten diese nicht erfasst werden, sie werden aufgrund der Anwendung des aktuellen polizeilichen Meldesystems zur Nacherfassung empfohlen.

Insgesamt empfiehlt die Forschungsgruppe damit, zehn der zwölf untersuchten Todesfälle anzuerkennen (vgl. ebd.). Der zehnte Fall ist Karl Sidon, der bereits offiziell anerkannt ist und als Vergleichsfall herangezogen wurde. Nicht empfohlen werden Mario Jödecke (1993, Schlotheim) und Sandro Beyer (1993, Sondershausen), die von ezra weiterhin als Verdachtsfälle geführt werden.

Die Untersuchung stützte sich auf Gerichts- und Ermittlungsakten, Archivmaterial und Medienberichte (vgl. Haak 2025). Dabei zeigt sich ein strukturelles Problem: Es kann nur bewertet werden, was durch Ermittler\*innen und Richter\*innen erfragt

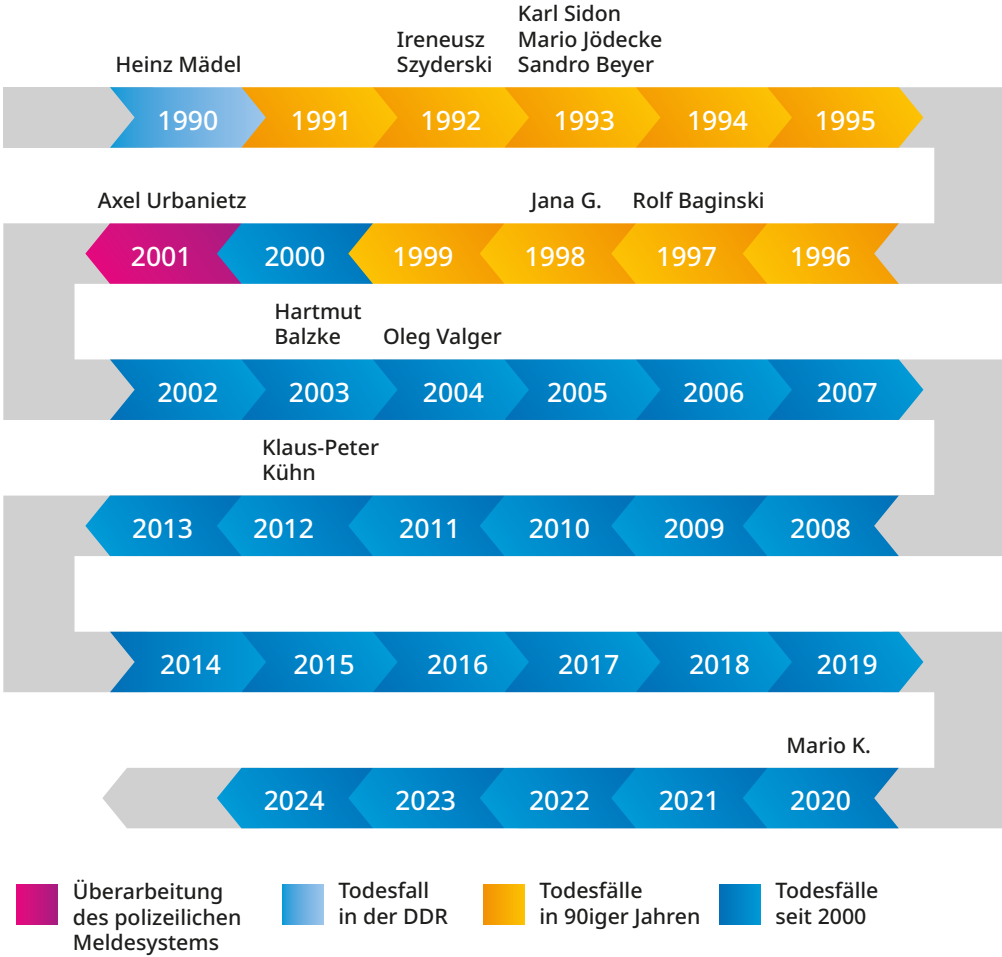
## TODESOPFER RECHTER GEWALT NACH TATORTEN



**Abbildung 1:** Übersichtsgrafik mit zehn Todesopfern rechter Gewalt in Thüringen seit 1990, dargestellt nach Ort und Zeitpunkt

bzw. dokumentiert wurde. In den 1990er-Jahren fehlten weiterhin oft das Verständnis von rechter Gewalt sowie die Sprache zu deren Benennung. Betroffene wurden in ihren Wahrnehmungen nicht ernst genommen. Dies spiegelt sich u. a. in Medienberichten, Urteilen und Zeug\*innenaussagen dieser Zeit wider. So kann im Fall Mario Jödecke beispielsweise nicht rekonstruiert werden, welchen politischen Hintergrund die sogenannte Ordnungsgruppe hatte, aus welcher der Täter gegen den Punk Mario Jödecke vorging. In diesem wie auch im Fall von Sandro Beyer kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um Todesfälle rechter Gewalt handelt.

**TODESOPFER RECHTER GEWALT  
IM ZEITSTRAHL**



**Abbildung 2:** Übersichtsgrafik mit zehn Todesopfern rechter Gewalt in Thüringen seit 1990, dargestellt im Zeitstrahl

Todesopfer können nicht berichten; ohne Zeug\*innen ist eine politische Tatmotivation schwer nachweisbar. Täter\*innenangaben sind selten verlässlich, Täter\*innen können schweigen, um sich nicht selbst zu belasten oder bringen Schutzbehauptungen vor. Auch in aktuellen Verfahren wegen Gewaltdelikten bleibt das „Warum“ (Motiv, Opferauswahl) für überlebende Betroffene eine wesentliche Frage, die häufig nicht beantwortet wird.

## Die ersten, die mahnen – ohne Zivilgesellschaft keine Aufklärung

Hier wird deutlich, welchen elementaren Beitrag Akteur\*innen der Zivilgesellschaft zur Aufklärung leisten, indem sie auf Verdachtsfälle aufmerksam machen, Prozesse beobachten und lokale Einschätzung zu Täter\*innen, deren (organisiertem) Umfeld und auch zur Opferauswahl geben. Damit stellen sie u. a. Wissenschaftler\*innen wichtige Informationen zur Verfügung. Ohne das Engagement von Akteur\*innen vor Ort blieben viele rechte Gewalttaten unsichtbar oder falsch eingeordnet, dies gilt insbesondere für sozialdarwinistisch motivierte Taten.

Dabei stehen diesen Einordnungen häufig staatlichen Stellen und Medien gegenüber, welche Taten entpolitisieren und Gedenkinitiativen mitunter diffamieren. Exemplarisch stellen wir das Gedenken an zwei Todesopfer rechter Gewalt vor.

## Gedenken an Axel Urbanietz – ermordet 2001 in Bad Blankenburg

Am 24. Mai 2001 gerät Axel U. in einer Gaststätte mit einem wegen rechts motivierter Gewalt vorbestraften Neonazi in Streit. Beide sind alkoholisiert. Der Täter beschuldigt ihn haltlos, seinen Hund vergiften zu wollen und Drogen an Kinder zu verkaufen, er schlägt Axel U. gegen den Kopf und tritt ihm gegen die Brust. Axel U. stirbt an einer Hirnblutung (vgl. Zeit Online 2020). Der Täter soll in der Neonaziszene aktiv gewesen sein und Verbindungen zum Thüringer Heimatschutz gehabt haben (vgl. Smendek 2019). Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien benannten ihn als „Rechten“, ordneten die Tat jedoch nicht politisch ein. Aktive vor Ort gingen schnell von einem sozialdarwinistischen Motiv aus: Axel U. hatte eine sichtbare Behinderung, war im Stadtbild bekannt und wurde durch den Täter abgewertet (vgl. ebd.). Sie organisierten wenige Tage nach der Tat eine Gedenkveranstaltung. Damit reagierten sie auch auf die Entpolitisierung durch den Bürgermeister und die Regionalmedien. Das Gedenken wurde medial als Veranstaltung von „Trinker[n] und Arbeitsscheue[n]“ diffamiert (ebd.) Das Gericht stellte kein politisches Tatmotiv fest. Der Täter wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt.



„Das  
blinde Auge“  
auf Youtube

Auf Initiative der *Filmpirat\*innen* entschieden sich Engagierte im Einverständnis mit Angehörigen und mit Unterstützung von ezra einen Film zur Rekonstruktion und Einordnung zu produzieren. Der Film „Das blinde Auge. Ein Todesfall in Thüringen“ wurde u. a. 2019 in Bad Blankenburg gezeigt, Anwesende reagierten teils mit Abwehr und Unmut über die Darstellung der Geschehnisse in ihrer Stadt. Dabei gerieten Zeitzeug\*innen in den Fokus und erfuhren Ablehnung für

ihr Engagement. Das Bündnis *Zum Gedenken an Axel U.* organisierte vereinzelt Gedenkveranstaltungen. Der Stadtrat lehnte eine sichtbare Erinnerung am Tatort ab.

### **Gedenken an Oleg Valger – ermordet 2004 in Gera**

In der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 2004 ermordeten Jugendlichen aus der Neonaziszene den ‚Spätaussiedler‘ Oleg Valger. Vorher hatten die Täter und er den Abend miteinander verbracht und Alkohol getrunken, dabei soll es laut den Tätern u. a. zum Streit um eine Katze gekommen sein. Daraufhin schlug einer der Täter vor, Oleg V. zu ermorden. Sie lockten ihn in ein Waldstück, traten und schlugen ihn u. a. mit einer Bierflasche. Den ersten Angriff überlebte Oleg V., die Täter gaben an, aus Angst vor der „Russenmafia“ zum Tatort zurückgekehrt zu sein, dort schlugen und stachen sie erneut mit einem Messer auf ihn ein. Nach der Tat waren sie gut gelaunt und rühmten sich, dass es nun „wenigstens eine Russensau weniger“ gebe (Jansen et al. 2015).

Bereits 2005 organisierten das Bündnis *break the silence* und *AufAndHalt e. V.* eine Gedenkveranstaltung und weihten eine hölzerne Gedenktafel ein, die bis heute Teil der jährlichen selbstorganisierten Erinnerungsveranstaltungen ist. Ziel war es, das rassistische Motiv zu benennen und die Tat in eine Zeit eskalierender rechter Gewalt einzuordnen und somit die Bedrohungslage für Menschen deutlich zu machen, die von (extrem) Rechten abgewertet und angegriffen wurden (vgl. AIB 2004). Die Stadt und die Polizei erschwerten dieses Gedenken massiv, Teilnehmende wurden kontrolliert und gefilmt, offizielle Vertreter\*innen riefen zum Fernbleiben auf (vgl. AAG 2026). Lokale Medien entpolitisierten die Tat und warfen Gruppen wie *AufAndHalt*, *AAG* und *Gera gegen Rechts* vor, sie mutwillig politisch zu deuten (ebd.).

Im Urteil wurde zwar eine „menschenverachtende Gesinnung“ der Täter festgestellt, Rassismus jedoch nicht als Motiv anerkannt (vgl. Jansen et al. 2015). Der Forderung von *AufAndHalt* nach einem offiziellen Gedenken kommt die Stadt bis heute nicht nach – die Engagierten vor Ort jedoch erinnern noch immer jedes Jahr an Oleg Valgers Ermordung.

### **Anerkennung – und wie weiter?**

Das Gutachten „Todesfälle mutmaßlich rechter Gewalt in Thüringen seit 1990“ von Christoph Kopke, Felix Lange, Susanne Willems und Sebastian Wöll bestätigt vielfach die zivilgesellschaftliche Einordnung und würdigt das Engagement vor Ort. Eine behördliche Anerkennung steht aus. Die Analyse des polizeilichen Erfassungssystems macht strukturelle Grenzen deutlich. Zugleich wird im Gutachten die Arbeit von

Beamt\*innen vor Ort gewürdigt, die keinesfalls blind gegenüber politischer Einordnung waren. Indizien dazu fanden sich in den Ermittlungsakten, die dann häufig nicht gerichtsfest festgestellt wurden. Deutlich wird: Es bedarf einer Überarbeitung und Reform des polizeilichen Meldesystems.

Im Sinne der Angehörigen der Toten sollte vor einer öffentlichen Diskussion um Ergebnisse des Gutachtens seitens der verantwortlichen Behörden proaktiv auf diese zugegangen und über materielle Entschädigungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeit von Beratung und Unterstützung durch ezra informiert werden. Auch die schmerzlichen Erfahrungen der Angehörigen mit Behörden sollten besprechbar gemacht werden. Die Verantwortung dafür sollte bei den Behörden liegen. Für eine angemessene und sensible Gestaltung eines solchen Raumes, bietet ezra Unterstützung an. Aus den persönlichen Erfahrungen muss für die Zukunft gelernt werden. Mindestens gegenüber einzelnen Angehörigen sollten die Behörden Entschuldigungen in Betracht ziehen.

Das Land Thüringen sollte mit der Veröffentlichung der Ergebnisse Verantwortung übernehmen und würdiges Gedenken ermöglichen – gemeinsam mit Angehörigen, Initiativen und betroffenen Communities. Zugleich braucht es für aktuelle rechts motivierte Gewalttaten einen transparenten, formalisierten Austausch zwischen Behörden, Politik und Zivilgesellschaft. In Bezug auf die Todesopfer ist bei Angehörigen, Zeitzeug\*innen und Engagierten Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen verloren gegangen. Nun hat der Freistaat die Chance, diese Erfahrungen anzuerkennen und die Perspektiven zu würdigen.

## Literatur

**Antifaschistische Aktion Gera (2026):** Redebeitrag zum 21. Gedenken an Oleg Valger vom 25.01.2026. **Online:** <https://aktionantifagera.noblogsorg/post/2026/01/26/redebeitrag-zum-21-gedenken-an-oleg-valger/> [04.02.2026].

**Antifaschistisches Infoblatt (2004):** Neonazis morden in Gera. **Online:** <https://antifainfoblatt.de/aib62/neonazis-morden-gera> [04.02.2026].

**Haak, Sebastian (2025):** Weitere Todesopfer rechter Gewalt: endlich Anerkennung. **Online:** <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1195837.thueringen-weitere-todesopfer-rechter-gewalt-endlich-erkennung.html> [20.02.2026].

Zehn Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen:  
Wissenschaft unterstützt zivilgesellschaftliche Forderung nach Anerkennung

**Jansen, Frank/Kleffner, Heike/Radke, Johannes/Staud, Toralf (2015):**  
156 Schicksale. **Online:** <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2010-09/todesopfer-rechte-gewalt/komplettansicht> [20.02.2026].

**MDR (2025):** Bericht identifiziert zehn Todesfälle als rechtsextreme Gewalt in Thüringen. **Online:** <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/rechte-gewalt-mord-extremismus-100.html> [20.02.2026].

**Smendek, Jan (2019):** Das blinde Auge. Ein Todesfall in Thüringen.  
**Online:** <https://www.youtube.com/watch?v=ZBXGKL56iYQ> [20.02.2026].

**Thüringer Landtag (2018):** Beschluss. Überprüfung von Todesfällen rechter Gewalt in Thüringen\*. **Online:** [https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/69168/6\\_6416\\_ueberpruefung\\_von\\_todesfaellen\\_rechter\\_gewalt\\_in\\_thueringen](https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/69168/6_6416_ueberpruefung_von_todesfaellen_rechter_gewalt_in_thueringen) [20.02.2026].

**Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung (2025):** Bericht zur Überprüfung von Todesfällen mutmaßlich rechter Gewalt in Thüringen übergeben. **Online:** <https://innen.thueringen.de/detailanzeige/60-2025> [20.02.2026].

**Zeit Online (2020):** Erstochen, erschlagen, verbrannt.  
**Online:** <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechtsxtremismus-todesopfer-gewalt-verdacht> [20.02.2026].



# Was heißt es, Thüringer\*in zu sein? Regionale Zugehörigkeit zwischen Offenheit und Ausgrenzung

Helene Franke, Robin Graichen & Marion Reiser

Die Thüringer\*innen identifizieren sich stark mit ihrem Bundesland. So geben im Thüringen-Monitor 2025 90 % der Befragten an, sich „eher“ oder „sehr stark“ mit Thüringen verbunden zu fühlen (Reiser et al. 2026: 18). Damit liegt das Verbundenheitsgefühl seit Jahren auf konstant hohem Niveau und gehört im Bundesländervergleich zu den stärksten in Deutschland (Boehnke et al. 2024: 62). Diese ausgeprägte regionale Identifikation verweist auf die zentrale Bedeutung des Bundeslandes für das soziale Selbstverständnis vieler Thüringer\*innen.

Eine hohe regionale Identifikation kann ein wichtiges soziales Bindemittel sein, da sie Zugehörigkeitsgefühl, Solidarität und Engagement stärkt (Arant/Boehnke 2016: 146). Allerdings wirkt regionale Identität nicht per se inklusiv. Sozialpsychologische Forschung zeigt, dass eine positive Identifikation mit der eigenen Gruppe – wie einer Region – mit Abwertungen und Ausgrenzungen von anderen Gruppen und Personen einhergehen kann (Tajfel 1982; Zick et al. 2011). Entscheidend ist daher, nach welchen Kriterien Zugehörigkeit zur regionalen Gemeinschaft definiert wird. Zugehörigkeitsvorstellungen können dabei offen und inklusiv ausgestaltet sein, aber auch durch hohe Zugangshürden exklusiv und ausgrenzend wirken.

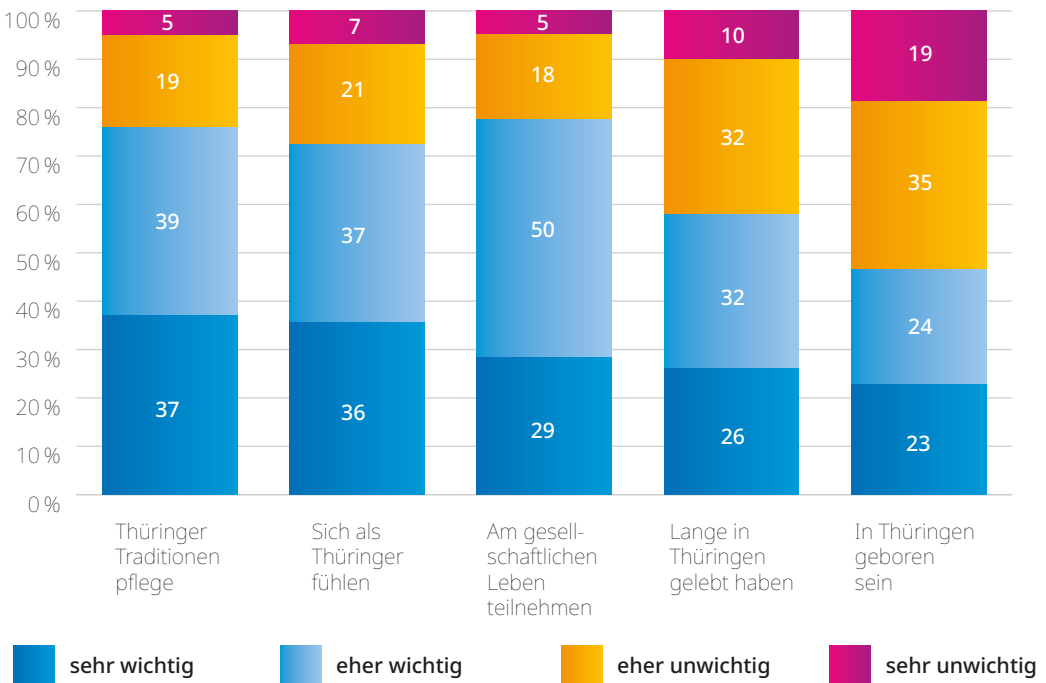
Vor dem Hintergrund verbreiteter rechtsextremer und migrationsfeindlicher Einstellungen (Reiser et al. 2026) sowie der Wahlerfolge der als gesichert rechtsextrem eingestuften Thüringer AfD (Richter et al. 2024: 11–17; Reiser/Küppers 2025) stellt sich die zentrale Frage, wer als Teil der Thüringer Gesellschaft gilt und wie inklusive bzw. exklusive Zugehörigkeitsvorstellungen mit migrationsfeindlichen Einstellungen zusammenhängen.

Empirische Grundlage ist der Thüringen-Monitor, eine seit 2000 durchgeführte repräsentative Bevölkerungsumfrage zur politischen Kultur Thüringens (Schmitt et al. 2025). Im aktuellen Thüringen-Monitor 2025 wurden 3.838 wahlberechtigte Thüringer\*innen ab 18 Jahren zu ihren politischen und gesellschaftlichen Einstellungen befragt. Die vorliegende Analyse basiert auf der Frage, welche Kriterien aus Sicht der Bevölkerung erfüllt sein müssen, um als Thüringer\*in zu gelten. Die abgefragten

Kriterien (vgl. Abb. 1) unterscheiden sich in ihrem Grad an Inklusivität und erlauben die Analyse, wie Zugehörigkeitsvorstellungen mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen (vgl. Abb. 2) zusammenhängen. Die Befragung knüpft an entsprechende Erhebungen aus den Jahren 2012 (vgl. Best/Salheiser 2012: 28ff.) und 2018 (vgl. Reiser et al. 2018: 47ff.) an und ermöglicht die Betrachtung der Entwicklung.

**Inklusive Zugehörigkeitsvorstellungen dominieren, exklusive Kriterien bleiben relevant**

Wie die Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2025 zeigen, definieren die Thüringer\*innen Zugehörigkeit zur Thüringer Gesellschaft vor allem über erwerbbar partizipative und emotionale Kriterien (vgl. Abb. 1). So halten 79 % der Befragten die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für „sehr“ oder „eher wichtig“, um Teil der Thüringer Gesellschaft zu sein, während nur gut ein Fünftel dieses Kriterium ablehnt.



**Abbildung 1:** Einschätzung der Wichtigkeit unterschiedlicher Zugehörigkeitskriterien für das Thüringer\*in-Sein unter den Befragten (in %). Antwortverweigerungen und „weiß nicht“-Angaben werden nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt (Quelle: Reiser et al. 2026).

Auch das Pflegen von Thüringer Traditionen sowie das subjektive Zugehörigkeitsgefühl (sich als Thüringer\*in zu fühlen) werden von jeweils rund Dreivierteln der Befragten als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ eingeschätzt. Diese Befunde sprechen dafür, dass Zugehörigkeit zur Thüringer Gesellschaft aus Sicht einer Mehrheit nicht primär an Herkunft gebunden ist, sondern an soziale Teilhabe und subjektive Identifikation. Zugleich misst jedoch ein bedeutender Anteil auch schwer bzw. nicht erwerbbarer Kriterien Bedeutung bei: Eine lange Wohndauer in Thüringen halten 58 % der Befragten für wichtig, während sie für 42 % keine wesentliche Rolle spielt. Am exklusivsten ist das Kriterium der Geburt in Thüringen, da es weder durch eigenes Handeln noch über Zeit erworben werden kann. Obwohl es im Vergleich zu allen anderen Kriterien die geringste Zustimmung erfährt, bewerten dennoch 47 % der Befragten dieses Merkmal als „wichtig“ oder „sehr wichtig“.

Der Vergleich mit den Ergebnissen des Thüringen-Monitors aus den Jahren 2012 und 2018 zeigt, dass das Verständnis von Zugehörigkeit zur Thüringer Gesellschaft im Zeitraum von 2012 bis 2025 weitgehend stabil geblieben ist. Eine konstant große Mehrheit der Bevölkerung nennt erwerbbarer emotionale und partizipative Kriterien als entscheidend. Dies weist auf ein grundsätzlich offenes und inklusives Verständnis der Thüringer Gemeinschaft gegenüber neu Zugezogenen hin. Zugleich hat das exklusivste Kriterium – die Geburt in Thüringen – im Zeitverlauf an Bedeutung verloren: Während 2021 noch 53 % dieses Merkmal nannten, sind es 2025 mit 47 % signifikant weniger. Dass dennoch weiterhin fast jede zweite befragte Person die Geburt in Thüringen als wichtiges Kriterium betrachtet, zeigt, dass herkunftsbezogene Vorstellungen von Zugehörigkeit weiterhin eine bedeutende Rolle spielen.

## **Zugehörigkeitsvorstellungen und migrant\*innenfeindliche Einstellungen**

Die Ergebnisse zeigen, dass exklusive Vorstellungen darüber, wer zur Thüringer Gesellschaft gehört, weiterhin von einem erheblichen Teil der Bevölkerung geteilt werden. Kriterien wie die Geburt oder eine lange Wohndauer in Thüringen sind nicht bzw. nur schwer erwerbbar. Aufgrund dessen wirken sie ausgrenzend, indem Migrant\*innen und neu Zugezogene nicht als Teil der Gesellschaft anerkannt werden. Daher wird im Folgenden untersucht, inwiefern exklusive bzw. inklusive Kriterien mit ausgrenzenden Einstellungen, konkret: mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen, zusammenhängen.

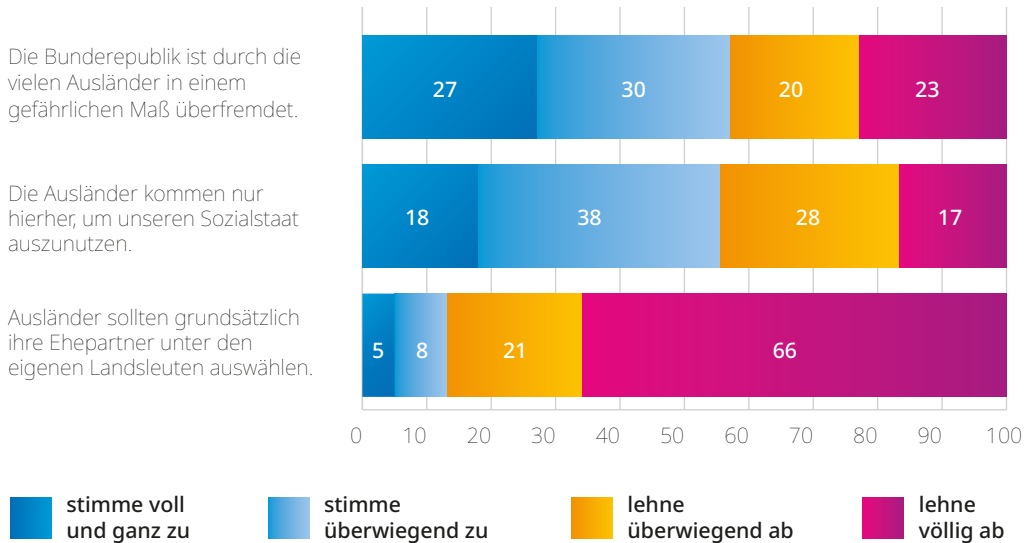
Um diesen möglichen Zusammenhang näher zu untersuchen, wird zunächst das Ausmaß migrant\*innenfeindlicher Einstellungen betrachtet. Die Daten des Thüringen-Monitors 2025 zeigen, dass migrant\*innenfeindliche Einstellungen in Thürin-

gen weit verbreitet sind (vgl. Abb. 2). Die höchste Zustimmung erhält die Aussage, dass Deutschland „in gefährlichem Maße überfremdet“ sei: 57 % der Befragten stimmen dieser zu, darunter 27 % sogar „voll und ganz“; lediglich 43 % lehnen sie ab. Auch der pauschalisierende Vorwurf, Migrant\*innen würden das Sozialsystem missbrauchen, findet breite Zustimmung und wird von 56 % der Befragten geteilt. Der offen völkische Aussage, Migrant\*innen sollten ausschließlich unter „den eigenen Landsleuten“ heiraten, wird von 13 % der Befragten zugestimmt.

Die Analyse des Zusammenhangs zwischen diesen migrant\*innenfeindlichen Einstellungen und den Zugehörigkeitsvorstellungen zur Thüringer Gesellschaft zeigt deutlich:<sup>1</sup> Wer meint, Thüringer\*in könne man nur durch die Geburt in Thüringen werden, zeigt signifikant häufiger migrant\*innenfeindliche Einstellungen als jemand ohne ein solches Zugehörigkeitsverständnis (50 % gegenüber 26 %). Auch die Auffassung, man müsse lange in Thüringen gelebt haben, um dazuzugehören, steht in einem deutlichen Zusammenhang mit diesem Einstellungsmuster. Während exklusive Kriterien somit mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen zusammenhängen, zeigt sich ein solcher Zusammenhang für inklusive – emotionale oder partizipative – Zugehörigkeitskriterien nicht.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse deutlich, dass exklusive Vorstellungen darüber, wer zur Thüringer Gesellschaft gehört, systematisch mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen zusammenhängen. Die Ergebnisse sprechen damit dafür, dass nicht jede Form regionaler Identifikation mit ausgrenzenden Einstellungen verbunden ist, sondern insbesondere herkunftsbasierte Zugehörigkeitsvorstellungen eine zentrale Rolle spielen.

1 Die Analysen basieren auf einem multivariaten Modell zur Erklärung migrant\*innenfeindlicher Aussagen. Neben den Kriterien für die Zugehörigkeit zur Thüringer Gesellschaft umfasst es soziodemografische Merkmale und sozialpsychologische Einstellungen. Dazu gehören Alter, Nettoäquivalenzeinkommen, individuelle Deprivation (die Wahrnehmung, gesellschaftlich nicht den gerechten Anteil zu erhalten), Ostdeprivation (die Wahrnehmung, als Ostdeutsche\*r Bürger\*in zweiter Klasse zu sein), Statusverlustangst, politische Selbstverortung, soziale Dominanzorientierung und autoritäre Einstellungen.



**Abbildung 2:** Zustimmung der Befragten zu migrant\*innenfeindlichen Aussagen (in %). Antwortverweigerungen und „weiß nicht“-Angaben werden nicht dargestellt. Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt (Quelle: Reiser et al. 2026).

## Fazit

Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2025 zeigen, dass die Zugehörigkeit zur Thüringer Gesellschaft aus Sicht der Bevölkerung mehrheitlich über erwerbbar und partizipative Kriterien definiert wird. Emotionale Verbundenheit und gesellschaftliche Teilhabe gelten deutlich häufiger als Voraussetzung für das Thüringer\*in-Sein als Herkunft oder lange Wohndauer. Dies verweist auf ein grundsätzlich offenes Verständnis regionaler Gemeinschaft. Gleichzeitig bleiben exklusive Vorstellungen darüber, wer als Thüringer\*in gilt, in relevanten Teilen der Bevölkerung präsent. Besonders herkunftsbezogene Kriterien wie die Geburt in Thüringen stehen in einem deutlichen Zusammenhang mit migrant\*innenfeindlichen Einstellungen, während sich ein solcher Zusammenhang für emotionale oder partizipative Zugehörigkeitsvorstellungen nicht zeigt.

Die Ergebnisse unterstreichen damit die Bedeutung der Frage, wie regionale Zugehörigkeit definiert wird. Regionale Identität kann gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sie kann aber auch soziale Grenzen markieren. Entscheidend ist daher, ob Zugehörigkeit über Teilhabe und Identifikation oder über Herkunft und Abgrenzung

verstanden wird. Wo regionale Identität inklusiv gelebt wird, kann sie ein stabilisierender Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sein. Wo sie verengt wird, droht sie zum Resonanzraum für Ausgrenzung und Ressentiments zu werden. Für eine offene und pluralistische Gesellschaft ist es daher zentral, Zugehörigkeitsvorstellungen zu stärken, die Teilhabe ermöglichen und nicht primär an Herkunft gebunden sind.

## Literatur

**Arant, Regina/Boehnke, Klaus (2016):** Identifikation mit dem Gemeinwesen. Welches Wir-Gefühl ist ein gutes Wir-Gefühl? In: Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh, S. 145–173.

**Best, Heinrich/Salheiser, Axel (2012):** Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012. Friedrich-Schiller-Universität: Jena.

**Boehnke, Klaus/Dragolov, Georgi/Arant, Regina/Unzicker, Kai (2024):** Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023: Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten. Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.

**Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2018):** Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Friedrich-Schiller-Universität/KomRex: Jena.

**Reiser, Marion/Franke, Helene/Graichen, Robin/Hebenstreit, Jörg/Küppers, Anne/Vogel, Lars/ Zissel, Pierre (2026):** Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2025. Friedrich-Schiller-Universität/KomRex: Jena.

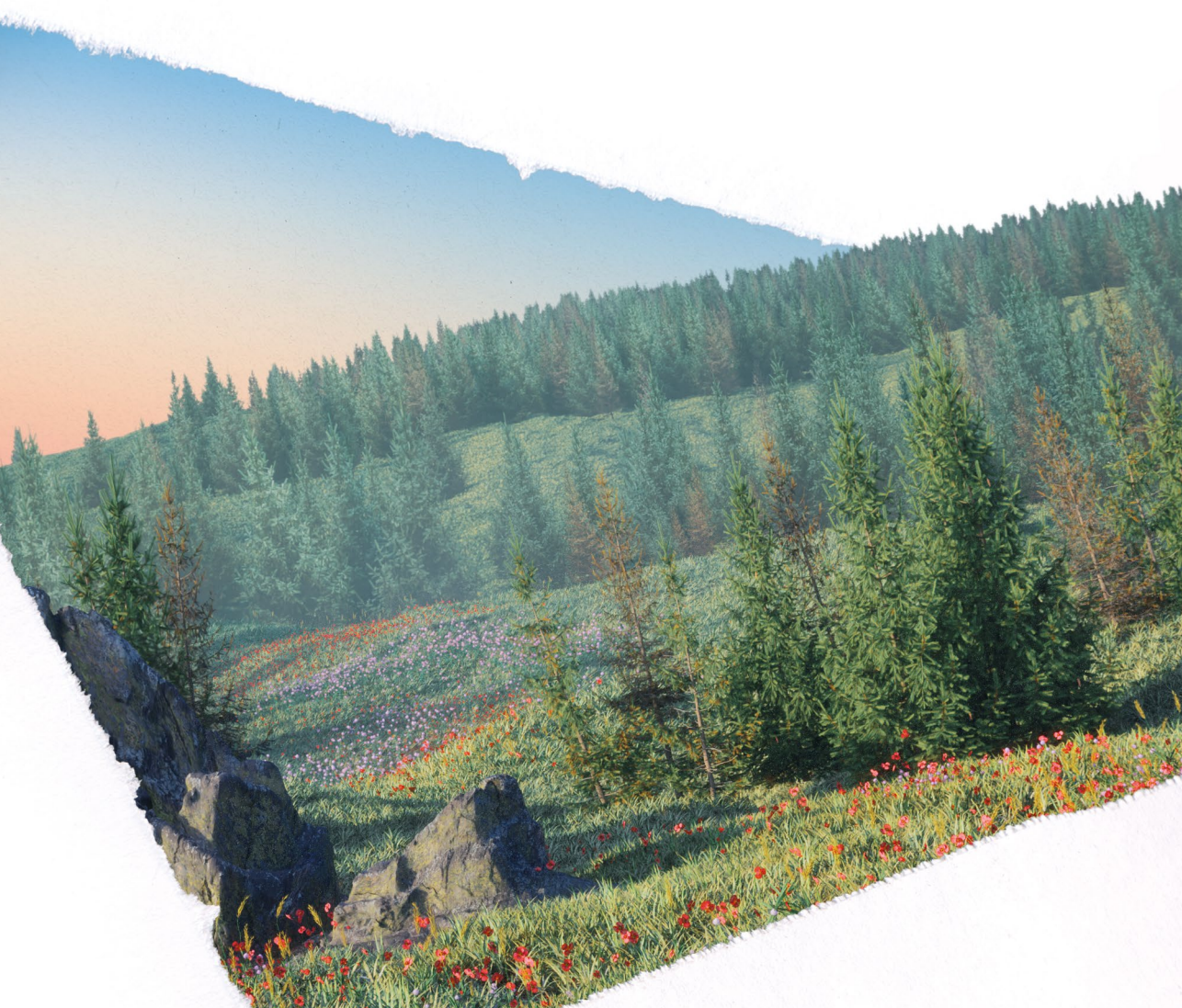
**Reiser, Marion/Küppers, Anne (2025):** Why the Core of the AfD's Support Will Not Shift to the BSW: Explaining the Persistence of Far-Right Support in Thuringia, 2024. In: German Politics, Online First, S. 1–25.

**Richter, Christoph/Helmert, Cornelius/Salheiser, Axel (2024):** Thüringen im ‚Superwahljahr‘ 2024. Analyse der AfD-Wahlergebnisse in den Kommunal- Europa- und Landtagswahlen. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft: Jena.

**Schmitt, Karl/Best, Heinrich/Reiser, Marion (2025):** Thüringen-Monitor 2000–2024. GESIS: Köln. <https://doi.org/10.4232/1.14578>.

**Tajfel, Henri (1982):** Social psychology of intergroup relations. In: Annual Review of Psychology, 33, S. 1–39.

**Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011):** Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung: Bonn.

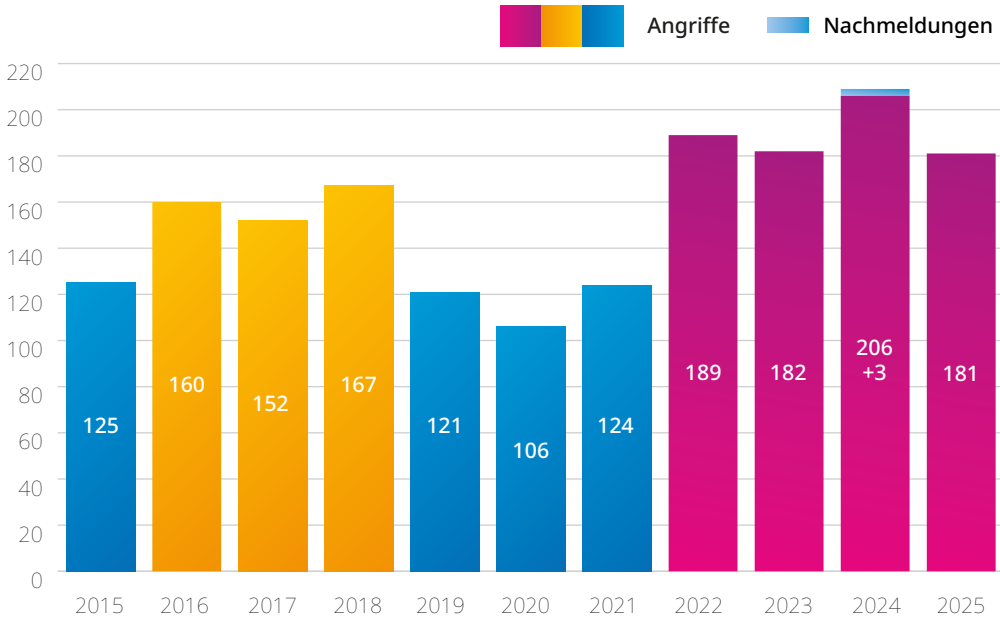


# Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt bleibt 2025 in Thüringen alarmierend hoch

Theresa Lauß & Stefanie Schreiber

Im Jahr 2025 hat die Opferberatung ezra im Rahmen ihres unabhängigen Monitorings zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen 181 Angriffe erfasst, bei denen mindestens 292 Menschen direkt betroffen oder mit angegriffen wurden, darunter 24 Kinder (0 bis 13 Jahre) und 20 Jugendliche (14 bis 18 Jahre). Damit fanden in Thüringen mehr als drei rechte Gewalttaten pro Woche statt. Folglich bewegen sich die Fallzahlen weiterhin auf dem sehr hohen Niveau der letzten Jahre, welches sich seit dem Ende der Corona-Maßnahmen 2022 eingependelt hat. Dass der historische Höchststand von 2024 nicht wieder erreicht wurde, ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass 2025 kein sogenanntes Superwahljahr war.

## ANGRIFFE VON 2015 BIS 2025



**Abbildung 1:** Anzahl der Angriffe von 2015 bis 2025 (Quelle: ezra)  
Das unabhängige Monitoring durch ezra wird als Verlaufsstatistik erfasst.  
Das bedeutet, dass Nachmeldungen fortlaufend möglich sind.

## TATMOTIVE 2025

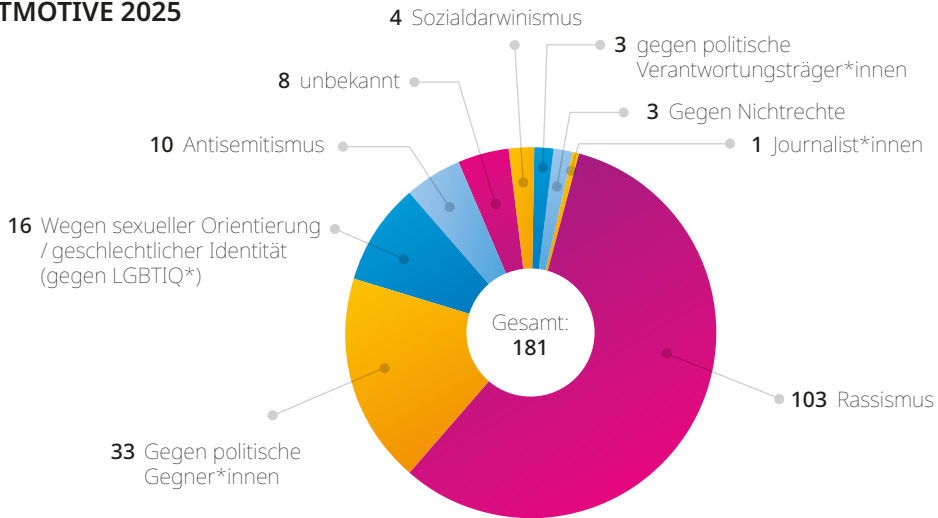


Abbildung 2: Angriffe im Jahr 2025 nach Tatmotiven (Quelle: ezra).

Folglich haben z. B. Angriffe auf politische Verantwortungsträger\*innen abgenommen (2025: 3, 2024: 8). In diesem Zusammenhang kann auch die Abnahme von Vorfällen im Kontext von Demonstrationen verortet werden (2025: 7, 2024: 12).

### Rassismus bleibt dominierendes Tatmotiv

Das häufigste Tatmotiv bleibt Rassismus mit 103 Angriffen, also 57 % aller von ezra registrierten Vorfälle. Es wird deutlich, dass sich (extrem) rechte und rassistische Rhetorik in Gewalt gegen Menschen umwandeln kann und die Hemmschwelle gegenüber rassifizierten Personen besonders gering ist. Dies muss auch im Zusammenhang mit den hohen Zustimmungswerten für die extrem rechte Partei AfD gesehen werden. So sprach eine Schwarze Frau einen Wahlkämpfer der Partei an und verbat sich, dass dieser einen Flyer in ihren Briefkasten werfe. Daraufhin erwiderte dieser, in Hinblick auf die prognostizierten Wahlergebnisse seiner Partei: „Dann wird es dich hier nicht mehr geben.“

### Angriffe auf politische Gegner\*innen, Antisemitismus, Sozialdarwinismus

Angriffe auf politische Gegner\*innen sind mit 33 Angriffen auch 2025 das zweithäufigste Tatmotiv. Der verzeichnete Rückgang bei Angriffen auf politische Verantwort-

tungsträger\*innen (3) ist explizit nicht Ausdruck einer Entspannung, sondern kann eher auf die geringere Dauer und Intensität des Wahlkampfes und damit verbunden auch weniger öffentlichen Auftritten zurückzuführen sein. Besonders häufig sind mit 19 Angriffen Aktivist\*innen betroffen, die aufgrund ihres persönlichen politischen Engagements als Ziel markiert werden. So stellte z. B. eine antifaschistische, politisch aktive Person aus dem Altenburger Land während der Fahrt fest, dass die Radmuttern an den Rädern des Autos über Nacht gelockert wurden. Die betroffene Person geht von einem rechten Tatmotiv aus. Ein solches Beispiel zeigt die (potenziell) tödliche Dimension rechter Gewalt: Täter\*innen nehmen nicht nur Verletzungen, sondern auch den Tod der Betroffenen in Kauf. Zugleich sind Einschüchterung und Rückzug der Betroffenen aus politischem Engagement zentrale Ziele dieser Taten. Bei Angriffen auf Journalist\*innen ist ezra im Jahr 2025 nur ein Fall bekannt geworden.

Im Bereich antisemitisch motivierter Gewalt registriert ezra 10 Fälle und damit weiterhin ein erhöhtes Niveau im Vergleich zu früheren Jahren. Damit setzt sich die Entwicklung fort, die seit der Zäsur vom 7. Oktober 2023 – dem terroristischen Großangriff der Hamas auf Israel – zu beobachten ist. Weiterhin zählt ezra 4 sozialdarwinistische Angriffe und 3 gegen nichtrechte Personen. Im Bereich Queerfeindlichkeit verzeichnet ezra 16 Angriffe. Die Zahl bleibt damit auf dem Vorjahresniveau, besonders auffällig ist 2025 die Brutalität der Taten: In der Mehrheit handelt es sich um gefährliche (6) und einfache (4) Körperverletzungsdelikte. Ein lebensgefährlicher Angriff in Erfurt verdeutlicht diese Entwicklung: Ein schwules Paar wurde auf dem Heimweg homo-feindlich beleidigt und angegriffen. Die Betroffenen hielten sich an den Händen, als der Täter unvermittelt von hinten mit der Faust auf einen der Männer einschlug. Der Betroffene fiel zu Boden, schlug mit dem Kopf auf einen Betoneimer auf und wurde dort weiter von dem Täter getreten. Solche Vorfälle machen deutlich, dass Täter\*innen bereits alltägliche und sichtbar gelebte queere Identität als Anlass für Angriffe nehmen. Damit wirkt queerfeindliche Gewalt über die Tat hinaus und führt dazu, dass sich andere Betroffene unsicher fühlen und sich in der Konsequenz weniger sichtbar zeigen.

## **Körperverletzungen, Brandstiftungen und Nötigungen**

Die meisten der registrierten Angriffe sind mit 99 Fällen physische Angriffe wie einfache (53), gefährliche (34), schwere Körperverletzungen (einschließlich des Versuchs) sowie versuchte Tötungen (7) und Brandstiftungen (5). Rechte Gewalt äußert sich damit nicht nur in Gewaltandrohungen, sondern auch in der konkreten und unmittelbaren Ausübung physischer Gewalt. Einige Beispiele verdeutlichen, dass Tä-

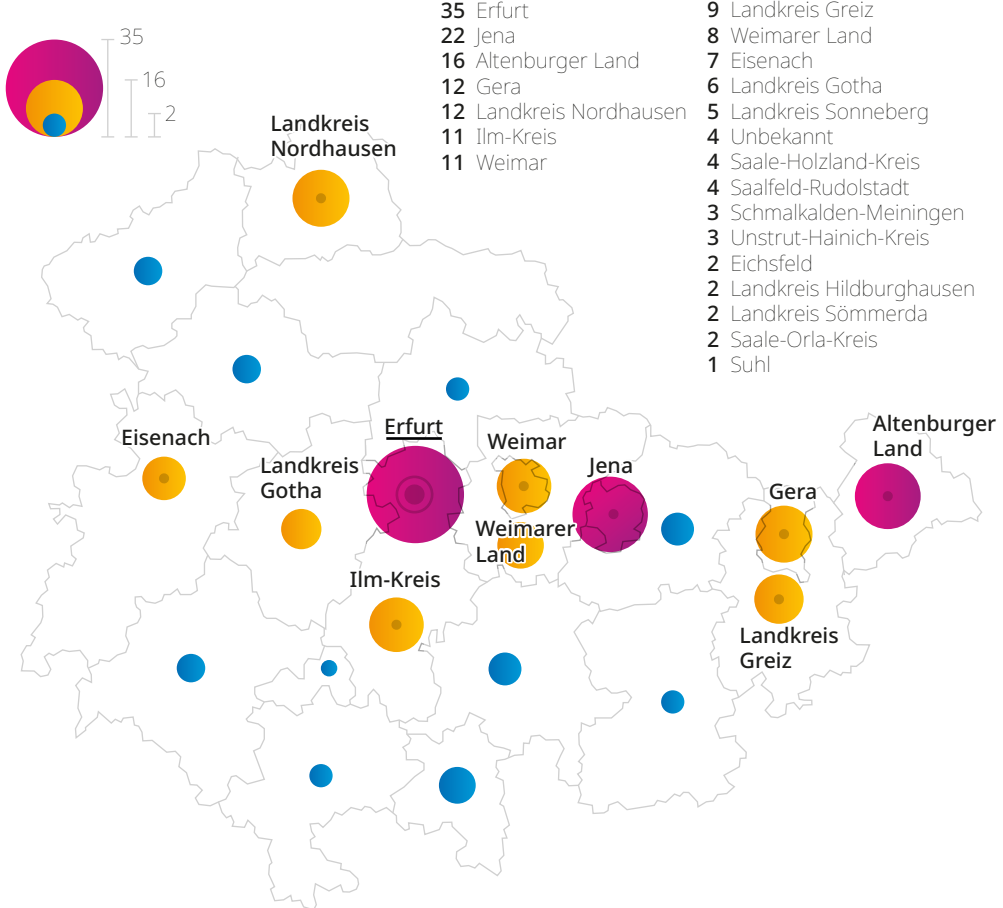
ter\*innen gezielt Menschen aufgrund sichtbarer Merkmale und daraus resultierenden Zuschreibungen im öffentlichen Raum angreifen: Im September wurde ein Mann in einer Straßenbahn aufgrund seiner Halskette mit einem Davidsternanhänger antisemitisch attackiert und zusammengeschlagen. Ebenfalls in der Straßenbahn wurden zwei Schwarze Frauen während einer Fahrkartenkontrolle rassistisch diskriminiert und anschließend körperlich angegriffen. Die Betroffenen leiden unter physischen und psychischen Folgen. Das zeigt: Busse und Bahnen stellen für Betroffene einen alltäglichen, aber gefährlichen und prekären Raum dar. Die räumliche Enge und fehlende Fluchtmöglichkeiten führen dazu, dass Betroffene diesen Situationen ausgeliefert sind und sich das Ohnmachtsgefühl verstärkt.

Im Bereich der Brandstiftungen ist der Angriff auf eine Geflüchtetenunterkunft in Gehren (Ilm-Kreis) hervorzuheben, bei dem die Täter zunächst in einem von einer dreiköpfigen Familie bewohnten Zimmer mit einer Gehwegplatte die Scheibe einschlugen und anschließend eine Feuerwerksbatterie hineinwarfen. Die Mutter musste vor dem Brand aus dem Fenster fliehen, dabei verletzte sie sich. Für die Betroffenen hat sich der Angriff „wie Krieg“ angefühlt, sie leiden noch immer unter den Folgen (ezra 2026). Zudem soll die extrem rechte Gruppierung „Letzte Verteidigungswelle“ einen Brandanschlag auf eine Gemeinschaftsunterkunft in Schmölln verübt haben, Mitglieder der extrem rechten Jugendbewegung stehen aktuell in Hamburg vor Gericht (Henning et. al 2026). Als weitere Tatbestände machen Nötigungen und Bedrohungen 82 Angriffe aus.

### **Angsträume: öffentlicher Raum, Verkehrsmittel und Bahnhöfe sowie Wohnumfeld**

Rechte Gewalt trifft Betroffene in ihrem Alltag immer wieder: Wie die Beispiele bei den Körperverletzungsdelikten bereits deutlich machen, kommt es im öffentlichen Raum (44) sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln (18) und an Bahnhöfen/Haltestellen (9) besonders häufig zu rechten Angriffen. Für die Betroffenen können sich diese Angriffsorte zu Angsträumen entwickeln, an denen sie sich unsicher fühlen. Aber auch die Wohnung und das Wohnumfeld sind nicht für alle Menschen sicher: ezra sind hier 14 Angriffe bekannt. Mitunter kommt es zu wiederholten Angriffen durch Nachbar\*innen, die zu starken psychischen Belastungen bei den Betroffenen führen. So kam es in Nordhausen in einem Mehrfamilienhaus immer wieder zu extrem rechten Hassschmierereien und mehreren Bränden. Auch Angriffe auf Asylunterkünfte bzw. deren Umfeld (9) betreffen den Wohnraum von Menschen. Eine starke Abnahme gibt es bei Angriffen auf Räume politischer Organisation (2025: 4; 2024: 14).

## ANGRIFFE NACH LANDKREISEN 2025



Was sich – zumindest bislang – kaum in der Statistik niederschlägt, sind rechte Angriffe an Schulen. Hier wird Berater\*innen, z. B. durch Kooperationspartner\*innen, immer wieder von einer angespannten Situation an den Schulen berichtet (zur weiterführenden Einordnung siehe den Text von Doubek/Dressler in dieser Ausgabe). Diese Fälle werden jedoch nur selten bei ezra gemeldet. Die Diskrepanz zwischen den geschilderten Erfahrungen und wenig konkreten Fallmeldungen deuten auf ein großes Dunkelfeld hin, welches es zu erschließen gilt. Dazu braucht es u. a. sowohl die Bereitschaft von Schulen und Schulämtern, rechte Angriffe zu melden, als auch zusätzliche Ressourcen in der Beratung, um entsprechende Anfragen adäquat bearbeiten zu können.

## **Ostthüringen bleibt Hotspot rechter Gewalt**

Erfurt bleibt mit 35 rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen Schwerpunktregion. Darauf folgen Jena (22), das Altenburger Land (16), Gera (12) und der Landkreis Nordhausen (12). Auch im Landkreis Greiz registriert es 9 Fälle. Somit bleibt neben der Landeshauptstadt die Region Ostthüringen ein Hotspot rechter Gewalt, der für Betroffene zum wiederkehrenden Risiko wird.

In solchen Kontexten entstehen dauerhafte Angsträume, in denen permanente Unsicherheit herrscht. Um die Betroffenen vor Ort schneller unterstützen und die Netzwerkarbeit in der Region ausbauen zu können, eröffnete es im August 2025 eine Regionalstelle in Gera. Diese hat sich als wichtiger Anlaufpunkt in der Region etabliert. Die Erfahrungen von Opferberatungen aus anderen Bundesländern bestätigen sich auch hier: Regionalstellen wirken aufgrund ihrer Nähe und dauerhaften Präsenz niedrigschwelliger und ermöglichen es den Betroffenen schneller, professionelle Beratungsangebote wahrzunehmen.

## **Für viele Menschen ist der Alltag nicht sicher**

Viele Beratungsnehmende der Gewaltopferberatungsstelle haben vor dem Angriff, der sie zu esra führt, eine Vielzahl an rassistischer Herabwürdigung und Diskriminierung erlebt: sei es am Arbeitsplatz, im Supermarkt, im Wohnumfeld oder der Straßenbahn. Mitunter begleiten diese Erfahrungen sie durch den ganzen Tag. Beratungsnehmende sind häufig bereits vorbelastet, haben mitunter keine Unterstützungsstrukturen und ziehen sich in der Folge zurück.

Dies kann die unterschiedlichsten Menschen treffen: Von internationalen Studierenden, die an der TU Ilmenau mit Gummigeschossen beschossen wurden (s. Beitrag von Idrisova/Schäfer in dieser Ausgabe) über die Pflegefachkraft, die von ihren Klient\*innen rassistisch abgewertet wurde, bis hin zum Lagerarbeiter, der nach monatelanger Herabwürdigung schließlich von seinem Vorarbeiter geschlagen und verletzt wurde, oder die Mutter, deren Kind in der Schule angegriffen wurde – und viele weitere.

Die Kontinuität von Abwertung und Gewalt bleibt nicht folgenlos. Sie führt dazu, dass sich Betroffene zurückziehen, Orte meiden und sich alltägliche Bewegungsräume verengen. Manche verlassen wie diese Beratungsnehmende Thüringen:

***„Für 20 Jahre dachte ich, dass Ilmenau meine Heimat sei. Ich habe die Stadt als Studentin, als Mutter, Wissenschaftlerin und aktiver Teil der Gesellschaft erlebt. Ich dachte, in Ilmenau Wurzeln zu haben. Aufgrund der erlebten Rassistis- und Diskriminierungserfahrungen von mir und anderen Betroffenen***

*sowie der geänderten politischen Stimmung in der Stadt hatte ich immer das Gefühl, dass etwas Schlimmeres passieren kann. Für mich und meine Kinder war es schwierig, eine neue Heimat zu finden. Ich wünsche jedem Menschen eine Heimat, in der er nicht diskriminiert wird.“*

Gleichzeitig besteht die Gefahr einer schleichenden gesellschaftlichen Gewöhnung und dass Angriffe, Bedrohungen und Ausgrenzung nicht mehr als das wahrgenommen werden, was sie sind: konkrete Gewaltverhältnisse. Rechte Gewalt ist keine Ausnahme mehr, sondern häufig alltägliches Risiko für Betroffene. Gerade deshalb ist entscheidend, dass bestehende Unterstützungsstrukturen verlässlich arbeiten können. Die aktuellen Unsicherheiten rund um das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stehen dazu im Widerspruch. In einer Situation, in der Betroffene auf erreichbare Beratung, Begleitung und solidarische Netzwerke angewiesen sind, darf deren Finanzierung nicht infrage gestellt werden. Wo diese Strukturen geschwächt werden, hat das unmittelbare Folgen: weniger Unterstützung, weniger Sichtbarkeit, weniger Handlungsmöglichkeiten für Betroffene und ihr Umfeld.

Ein wirksamer Umgang mit der beschriebenen Realität erfordert daher mehr als punktuelle Maßnahmen. Notwendig sind langfristig abgesicherte Strukturen, ein Ausbau von Beratungsangeboten – insbesondere in bislang unterversorgten Regionen – und politische Entscheidungen, die den Schutz von Betroffenen tatsächlich priorisieren. Nur so lässt sich verhindern, dass sich die beschriebenen Zustände weiter verfestigen.

## Literatur

**ezra (2026):** „Der Brandanschlag hat unser Leben verändert. Es hat sich wie Krieg angefühlt.“ – Prozess zu rassistischem Brandanschlag auf Familie in Gehren (Ilm-Kreis) beginnt am Landgericht Erfurt.

**Online:** <https://ezra.de/der-brandanschlag-hat-unser-leben-veraendert-es-hat-sich-wie-krieg-angefuehlt-prozess-zu-rassistischem-brandanschlag-auf-familie-in-gehren-ilm-kreis-beginnt-am-landgeri/> [20.04.2026].

**Henning, Philipp/Kampling, Katrin/Pinkert, Reiko/Stepputat, Hannes (2026):** Terrorprozess gegen junge Neonazis beginnt.

**Online:** <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/letzte-verteidigungswelle-prozess-100.html>. [20.04.2026].

# Jahresrückblick 2025 – Thüringen als Aktionsraum und Wegbereiter bundesweiter Entwicklungen

Team Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT)

Im zurückliegenden Jahr zeigte sich die extrem rechte Szene in Thüringen – in all ihren verschiedenen Ausprägungen – äußerst aktiv. Neben zahlreichen Großveranstaltungen zwischen Demonstrationen, Kongressen und RechtsRock-Konzerten konnte vor allem die AfD ihre Zustimmungswerte ausbauen.

## AfD und ihre Jugendorganisation

Am 24. Februar 2025 fand in Deutschland die vorgezogene Bundestagswahl statt. Damit verlängerte sich die Wahlkampfphase in Thüringen nach den Landrats-, Kommunal-, Europawahlen und der Wahl des Landtags um mehrere Monate ins Jahr 2025 hinein. Die AfD konnte ihr Ergebnis bundesweit im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 auf 20,8% verdoppeln. In Thüringen gewann die extrem rechte Partei 38,6% der abgegebenen Zweitstimmen für sich und steigerte ihr Ergebnis der Landtagswahl im September 2024 (32,8%). In der Wähler\*innengruppe der 18- bis 24-Jährigen erzielte die extrem rechte Partei die größten Zugewinne. Hier stieg ihr Stimmenanteil von 7% auf nunmehr 21%. Nur Die Linke konnte die AfD in dieser Wählergruppe mit 25% Stimmenanteil übertreffen. Mit dem Beginn des vorgezoge-



Abbildung 1: Wahlkampfabschluss der AfD in Erfurt 2024 (Quelle: MOBIT)



**Abbildung 2:** Der 1. Mai 2025 in Gera: Zwischen Neonazismus, Verschwörungsideologien und AfD  
(Quelle: MOBIT)

nen Bundestagswahlkampfes ging eine enorm hohe Zahl an verschiedenen Veranstaltungsformaten der AfD einher.

Auch jenseits der zurückliegenden Wahlkämpfe ist die AfD in Thüringen eine Partei im Dauerwahlkampf und zeigt dies vor allem durch Aktivitäten auf drei Ebenen:

Zum einen nutzt die Partei im Landtag ihre durch die errungene Sperrminorität erlangte destruktive Macht, um sich selbst als politischen Gesprächspartner anzubieten, die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien zu destabilisieren und damit Rechtsextremismus zu normalisieren. Gleichzeitig beschädigt sie den Parlamentarismus grundsätzlich. Hier kann die AfD vor allem von der Besetzung des Richter- und Staatsanwälte-Wahlausschusses profitieren, den sie 2025 lahmlegen konnte. Dem kam vor allem das BSW entgegen: Im März war der stellvertretende Landtagspräsident Steffen Quasebarth zu Gast im Podcast der AfD-Landtagsfraktion, Anfang Juli gab es ein Treffen mit Björn Höcke, dem extrem rechten Kopf der Thüringer AfD. Zeit Online beobachtete die „Thüringer Situation“ und schilderte: „Fragt man Jens Cotta von der AfD, ob das Ziel sei, einen Keil in die Koalition zu treiben, indem man mit dem BSW spricht, sagt er: ‚Das kommentiere ich nicht.‘ Dann grinst er, ganz breit“ (Moder-sonn 2025).

Daneben veranstaltete die AfD Hunderte Infostände, Jugendabende, Bürgerdialoge, Sommerfeste und andere öffentliche Veranstaltungen, um sich als zentraler politischer Kümmerer zu inszenieren. Zugute kommen der Partei dabei die geringe Verankerung und Präsenz der demokratischen Parteien vor allem in ländlichen Regionen, einhergehend mit einem politischen Klima der Einschüchterung und des Rückzugs demokratisch Engagierter aufgrund massiv gesteigener Bedrohungen gegen demokratische Kommunalpolitiker\*innen.

Als dritten Aktivitätsschwerpunkt inszenierte die AfD themenspezifische Kampagnen oder versuchte, bundesweite Themen aufzugreifen und für sich zu nutzen. Größere Beachtung fand eine Kampagne der AfD rund um die ostdeutsche Moped-Kultmar-

ke „Simson“. Damit versuchte die AfD in Thüringen erneut, an ostdeutsche Identitätsdebatten – vor allem unter jungen Menschen – anzuknüpfen. Am 16. August veranstaltete die AfD eine breit beworbene „Simson-Tour mit Björn Höcke“ im Schleizer Dreieck. An der Veranstaltung nahmen rund 300 Personen teil. Das Unternehmen Simson gründeten 1856 die jüdischen Brüder Löb und Moses Simson in Suhl. Es gehörte im Nationalsozialismus zu den zahlreichen „arisierten“ Betrieben.

Bundesweit waren 2025 rechte Plattformen, die AfD und andere Organisationen vor allem in einer Kampagne gegen demokratische NGO vereint – mit dem Ziel, demokratische zivilgesellschaftliche Organisationen zu diskreditieren, den Einsatz für demokratische Werte als „linksextrem“ umzudeuten und damit denjenigen zu schaden, die für eine wertebasierte Demokratie einstehen und diese verteidigen. Es ist der Versuch, unliebsamen Strukturen die finanziellen Mittel zu entziehen und so die demokratische Zivilgesellschaft und die Aufklärung über extrem rechte Bestrebungen auszuschalten. In Thüringen beispielsweise hat die AfD Listen erstellt, um Vereine bei den Finanzämtern zu melden und diesen die Gemeinnützigkeit entziehen zu lassen (vgl. Klaus 2025). Außerdem versuchte die Partei, mittels eines Sonderplenums sämtliche Vereine und Strukturen, die sich auf antifaschistische Grundwerte beziehen, zu kriminalisieren.

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl traf sich in Apolda die Junge Alternative (JA) zu ihrem letzten Bundeskongress. Hier wurde die Auflösung der Jugendorganisation beschlossen, der eine Umstrukturierung und festere Anbindung an die Mutterpartei folgen sollte. Der JA-Landesverband Thüringen beschloss dementsprechend Ende März beim letzten Landeskongress im „Braukeller“ in Erfurt seine Auflösung. Ende November wurde in Gießen auf dem Bundesparteitag der AfD die neue Jugendorganisation „Generation Deutschland“ gegründet. Die AfD Thüringen gab bereits im Vorfeld bekannt, dass der Parteifunktionär Alexander Claus aus Erfurt für den Bundesvorstand der neuen Jugendorganisation kandidieren werde. Claus wurde in Gießen in den Vorstand gewählt (vgl. Brautzsch 2025).

## **Neonaziszene: Zwischen RechtsRock, Demonstrationen und jugendlicher Radikalisierung**

Sowohl am 1. Mai als auch am 3. Oktober veranstaltete die bundesweite Neonaziszene mit ihren Bündnispartnern aus „Reichsbürgern“ und anderen antidemokratischen Gruppen Großdemonstrationen in Thüringen. Am 1. Mai in Gera mobilisierte die Partei Die Heimat gemeinsam mit anderen Gruppen zu einer Veranstaltung. Dabei setzten die Organisator\*innen auf eine Mischung aus Demonstration und RechtsRock-Konzert, um bundesweit Klientel zu mobilisieren. Entgegen den ange-

meldeten 2.500 Personen erfasste die Polizei nur rund 1.000 Teilnehmer\*innen. Dennoch gelang es den Organisator\*innen, die verschiedenen extrem rechten Milieus vollständig zu integrieren: Neben Personen aus dem Neonazispektrum nahmen Reichsbürger\*innen, Verschwörungstheoretiker\*innen sowie mindestens ein Thüringer Landtagsabgeordneter der AfD teil. Auch Personengruppen des themenbeweglichen Protestspektrums rund um die extrem rechte Initiative „Freies Thüringen“ gingen in der Neonaziveranstaltung auf. Ein ähnliches Spektrum traf sich wenige Monate später am 3. Oktober in Altenburg mit rund 800 Teilnehmenden. Hier waren vor allem Die Heimat und die „Freien Sachsen“ zentral für die Mobilisierung. Auch die Partei Der III. Weg führte am 1. Mai 2025 eine Demonstration in Thüringen durch. Rund 220 vor allem sehr junge Neonazis folgten dem Aufruf nach Suhl. Über die „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) konnte die Neonazipartei in den vergangenen Monaten bundesweit vor allem junge Menschen an die Neonaziszene binden. Am Pfingstwochenende zeigte sich dann die Strategie der Anbindung in Thüringen: In Berga/Elster (Landkreis Greiz) veranstaltete die NRJ ein „Jugendcamp“, zu dem bis zu 100 junge Personen aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten (vgl. Redaktion OTZ 2025).

Wie hoch der Grad der Radikalisierung bei jungen Menschen ist, wurde Ende Mai mit dem Verbot der „Letzten Verteidigungswelle“ deutlich. Fünf Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren sollen sich mutmaßlich zu einer extrem rechten Terrorzelle zusammengeschlossen, Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte und politische Gegner\*innen geplant und bereits Brandanschläge verübt haben; darunter ein Anschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Schmölln am 5. Januar 2025. Die Gruppe hatte sich wie viele andere Nachwuchs-Neonazigruppen im Laufe des Jahres 2024 gegründet und stetig radikalisiert. Ende Dezember 2025 wurde Anklage erhoben (vgl. Generalbundesanwalt 2025).

Im Bereich RechtsRock hat sich durch szeninterne Verschiebungen ein neues Zentrum im Bereich Konzerte etabliert. Im Jahr 2025 fand ein Großteil der Konzerte in der vom Südthüringer Neonazi Tommy Frenck genutzten Szene-Immobilie „Eiserner Löwe“ in Brattendorf (Landkreis Hildburghausen) statt. Der Neonazikitsch-Händler veranstaltete pro Wochenende teils zwei bis drei Konzerte. Insgesamt zählt MOBIT 100 RechtsRock Konzerte, davon 63 in Frencks Immobilie. Damit hat sich ein RechtsRockzentrum entwickelt, das mit seiner Konzertfrequenz bundesweit einmalig sein dürfte.

## „Reichsbürger“-Szene: Thüringen als zentraler Netzwerkort

Thüringen ist seit Jahren ein zentraler Ort für Aktivitäten der „Reichsbürger“-Szene. Der Freistaat dient als zentraler Aktionsraum bundesweiter Großveranstaltungen. Neben den Auseinandersetzungen mit staatlichen Institutionen organisiert die Thüringer Szene kontinuierlich zahlreiche Vortragsveranstaltungen sowie interne Treffen, um Verschwörungserzählungen weiter in der Bevölkerung zu verbreiten und die eigene Szene dauerhaft zu festigen. Regional sind es vor allem die selbst ernannten „Wahlkommissionen“, die größere Veranstaltungen organisieren. Am 12. April fand in Leinefelde das sogenannte Staatsvolktreffen statt. Rund 250 Personen nahmen an der Versammlung teil, die eine Mischung aus Demonstrations- und Vortragsveranstaltung war. Mitte Juli fand im Eichsfeld der sogenannte Heimath-Kongress statt, organisiert durch „Wahlkommissionen“ und ihr Umfeld. Die zweitägige Tagungsveranstaltung in einem Hotel im Eichsfeld lockte rund 100 Szeneangehörige aus der gesamten Bundesrepublik nach Thüringen. Bei der Veranstaltung sprachen bekannte Aktivist\*innen der Szene über typische „Reichsbürger“-Themen, esoterische Inhalte und aktuelle rechte Themen wie Windkraft.

Mit dem „Großen Treffen der Bundesstaaten“ fand bereits zum siebenten Mal am 4. Oktober in Weimar die größte öffentliche Protestveranstaltung der bundesweiten „Reichsbürger“-Szene in Thüringen mit etwa 600 Teilnehmenden statt.

## Thüringen als Vorreiter und Aktionsraum bundesweiter Entwicklungen

Die AfD verzeichnete nicht nur weiterhin deutliche elektorale Zugewinne, sondern auch die vielfältigen Aktivitäten der gesamten antidemokratischen Bewegung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen hielten auf sehr hohem Niveau an. Thüringen bleibt damit im Zentrum als Aktionsraum und Wegbereiter bundesweiter Entwicklungen.

### Literatur

**Brautzsch, Jessica (2025):** Neugründung der AfD-Jugend. Kaum Mitteldeutsche im Vorstand der ‚Generation Deutschland‘. **Online:** <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-jugend-generation-deutschland-mitteldeutschland-vorstand-100.html> [15.01.2026].

**Generalbundesanwalt (2025):** Anklage gegen sieben mutmaßliche Mitglieder und einen mutmaßlichen Unterstützer einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung erhoben, Pressemitteilung vom 18.12.2025.

**Online:** <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/Pressemitteilung-vom-18-12-2025.html?nn=2303068> [15.01.2026].

**Klaus, Fabian (2025):** Thüringer AfD will gemeinnützige Vereine bei Finanzämtern anschwärzen. **Online:** <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article409796783/thueringer-afd-will-gemeinnuetzige-vereine-bei-finanzaemtern-anschwaerzen.html> [15.01.2026].

**Modersohn, August (2025):** AfD in Thüringen. Drittel zum Zweck.

**Online:** <https://www.zeit.de/2025/28/afd-thueringen-bjoern-hoecke-drittel-mehrheit/komplettansicht> [15.01.2026].

**Redaktion OTZ (2025):** ‚Lief völlig unter dem Radar‘: Nazi-Jugendcamp im Kreis Greiz. **Online:** <https://www.otz.de/lokales/landkreis-greiz/article409303604/rechtes-jugendlager-im-kreis-greiz-lief-voellig-unter-dem-radar.html> [15.01.2026].



# Spannungsfelder diversitätsorientierter Demokratiearbeit im ländlichen Raum Thüringens

Friederike Hobein & Johanna Treidl

## Einleitung

Vor dem Hintergrund der Kommunal- und Landtagswahlen 2024 (vgl. Thüringer Zustände 2024) und des erstarkenden Rechtsextremismus in Thüringen gewinnt die Frage nach resilienten und divers aufgestellten zivilgesellschaftlichen Strukturen an Bedeutung. Insbesondere im ländlichen Raum stehen demokratiefördernde Strukturen vor spezifischen Herausforderungen, etwa mangelnder politischer Anerkennung, Ressourcenknappheit und einer starken Abhängigkeit von wenigen und zugleich sehr aktiven Personen vor Ort (Eckes et al. 2019). Gleichzeitig übernimmt zivilgesellschaftliches Engagement zentrale Funktionen in der Sicherung von Teilhabe, sozialer Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt (Kleiner/Klärner 2019).

Das IDZ-Forschungsprojekt „Diversitätsorientierte Demokratiearbeit im ländlichen Raum Thüringens“ untersucht u.a., wie demokratiebezogenes Engagement im ländlichen Raum auf die genannten Herausforderungen reagiert.

Der vorliegende Beitrag zeigt, wie Akteur\*innen der Demokratiearbeit aktuelle Herausforderungen wahrnehmen, welche Rolle politische Veränderungen dabei spielen und welche strategischen Überlegungen angestellt und Maßnahmen ergriffen werden müssen, um im Spannungsfeld zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit zu bestehen. Grundlage sind neun Interviews mit haupt- und ehrenamtlich Engagierten aus drei ländlich geprägten Thüringer Landkreisen. Die Interviewten geben Einblicke in die Erfahrungen von Selbstorganisationen sowie weiteren Engagement- und Interessenvertretungsstrukturen marginalisierter Positionen. Damit eröffnen sie eine Perspektive auf Demokratiearbeit, die in politischen, medialen und wissenschaftlichen Diskursen unterrepräsentiert ist.

## Demokratiearbeit – ein Definitionsversuch

Das Konzept der Demokratiearbeit wird in Wissenschaft und Praxis häufig verwendet, auch wenn eine eindeutige, theoretisch fundierte Definition bislang fehlt. Gemein ist den bisherigen Verwendungen, dass der Begriff Tätigkeiten oder Engagement mit positivem Demokratiebezug beschreibt. So sind Akteur\*innen der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit all diejenigen, die sich „explizit mit der Herstellung, Sicherung und/oder Weiterentwicklung demokratischer Strukturen befassen und sich zugleich explizit gegen Rechtsextremismus und/oder Inhalte rechtsextremer Ideologie engagieren“ (Leber 2025: 296). Dies kann sowohl durch eine hauptamtliche Tätigkeit, z. B. im Rahmen staatlich geförderter Programme oder professioneller Gemeinwesenarbeit (vgl. Bringt 2022), als auch ehrenamtlich im Rahmen von Bündnissen, Initiativen oder als Einzelpersonen erfolgen. Zielstellung ist dabei nicht nur die generelle Stärkung der Zivilgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Eindämmung demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen (Bringt 2021: 26 f.), sondern auch durch die Stärkung von Grundrechten, Würde und gesellschaftlicher Teilhabe aller, insbesondere derer mit Diskriminierungserfahrungen (Dieckmann/Muthumbi 2022: 79). Daher sind auch Antidiskriminierungsarbeit und Integrationsarbeit essenzieller Teil der Demokratiearbeit (Dieckmann/Muthumbi 2022: 75; Schammann et al. 2021: 30). An diese Argumente anknüpfend verstehen wir Demokratiearbeit als:

- Engagement zur Ermöglichung von Teilhabe, Partizipation & Gleichberechtigung (u. a. Integrations-, Inklusions- & Migrationsarbeit),
- Engagement von Interessenvertretungen & in der Antidiskriminierungsarbeit (z. B. Migrant\*innenselbstorganisationen oder Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen),
- Engagement zum Schutz der Demokratie (u. a. Aktivismus gegen Rechtsextremismus) sowie
- Einzelprojekte im traditionellen Engagement, welche einen expliziten Fokus auf prodemokratisches Engagement legen.

## Studiendesign

Zwischen Juni und Dezember 2025 wurden neun leitfadengestützte Interviews durchgeführt. Interviewpartner\*innen waren Engagierte aus queeren, migrantisches Kontexten, der jüdischen Community, aus der Frauen- und klassismuskritischen Arbeit sowie aus Jugend-, Senior\*innen- und Behindertenselbstvertretungen. Acht Interviews wurden aus ausschließlich ehrenamtlicher Perspektive geführt, wäh-

rend ein Interview eine sowohl haupt- als auch ehrenamtliche Perspektive verband. Gegenstand der Interviews waren sowohl Ziele und Motivation des Engagements, das Selbstverständnis als Akteur\*in der Demokratietarbeit, das Verständnis und die Haltung zu gesellschaftlicher Vielfalt im Kontext des Engagements. Weiterhin wurde nach den lokalen Kontextbedingungen, Herausforderungen und Gelingensfaktoren des Engagements sowie nach Zugängen und Schwellen zum Engagement gefragt. Nachfolgend werden die Befunde zu den lokalen und politischen Kontextbedingungen sowie Herausforderungen vorgestellt, da sie wichtige Einblicke in die reale Praxis der Demokratietarbeit als Engagement von und für marginalisierte Positionen im ländlichen Raum Thüringens geben.

### **Spannungsfelder des ländlichen Engagements**

Die spezifischen Charakteristika des ländlichen Raums schaffen besondere Rahmenbedingungen für selbstorganisierte Demokratietarbeit. Auch hier konzentriert sich Engagement häufig auf die urbaneren Strukturen der Kreisstädte. Begrenzte kommunale Finanzmittel, ein eingeschränktes Angebot im öffentlichen Nahverkehr sowie ein Mangel an geeigneten Räumen, beispielsweise barrierefreien Räumen, erschweren das Engagement im ländlichen Raum. Die eingeschränkte Mobilität und Zugänglichkeit zu den Orten, wo Treffen oder Angebote im Rahmen des Engagements stattfinden, betreffen bestimmte Gruppen, z. B. Senior\*innen, Menschen mit Behinderung oder Kinder und Jugendliche, nochmals in besonderer Weise. So ist bspw. die Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche über die Schulwege hinaus mit Mehrkosten und langen Fahrtzeiten verbunden. Für Menschen mit Erwerbstätigkeit oder Sorgeverantwortung konkurriert die Zeit für Engagement insbesondere mit Wegzeiten zu Lohnarbeit oder Sorgearbeit. Grundsätzlich beeinflussen die sozioökonomische Situation, der Bildungszugang oder andere gesellschaftlich-bedingte Benachteiligungen erheblich den Zugang zum Engagement:

*„Ich sag mal, für bildungsfernere Schichten ist es einfach so, es ist schwieriger, den Bezug zu uns zu finden, überhaupt auch selber zu denken, da kann ich vielleicht hingehen. Da ist die Hürde einfach schon ein bisschen höher. Und auch bei einkommensschwachen Schichten. Besonders, wenn ich auf dem Dorf wohne. Natürlich, durch die Schule habe ich die Karte, aber die kann ich ja auch nur benutzen, um zur Schule zu kommen. Und ansonsten [...] ist man halt wirklich abgeschnitten, wenn man auf einem Ortsteil wohnt. Und das insbesondere, wenn man auch nicht das Geld hat, um mal in den Bus zu steigen und in die Stadt zu fahren.“ (Interview 1, Pos. 76)*

Gefragt nach den lokalen politischen Bedingungen des Engagements und wahrgenommenen politischen Veränderungen äußern alle Befragten eher resignierte Diagnosen. Neben einer Verschärfung sozialer Ungleichheit, z. B. durch Altersarmut, werden vor allem Wahrnehmungen einer **„gesellschaftlichen Verschiebung nach rechts“** und deren steigende **„Akzeptanz“** (Interview 5, Pos. 33) genannt. Dies zeige sich beispielsweise darin, dass vor Ort unter Jugendlichen eine offen gelebte Ausgrenzung von als ‚anders‘ markierter Personen normalisiert sei (Interview 7, Pos. 245). Das **„offene Leben von dieser Feindlichkeit“** (Interview 1, Pos. 50) trage dazu bei, dass **„wirklich extreme Meinungen [...] salonfähiger und [...] sichtbarer gemacht [werden]“** (Interview 8, Pos. 95). Diskriminierung und Bedrohung werde dabei **„immer stärker, lauter, sichtbarer (...), weil die merken, da ist keine Konsequenz da“** (Interview 4, Pos. 37).

In diesem Kontext beziehen sich alle Befragten – explizit oder implizit – auf die AfD. Deren politische Präsenz geht mit wachsenden Sorgen und Ängsten einher, etwa hinsichtlich möglicher Einschränkungen oder gar des ganzen Ausbleibens finanzieller Förderungen infolge gezielter Angriffe auf Trägerstrukturen und Förderprogramme (vgl. Beitrag 1). Zugleich erzeugten die zunehmende Präsenz und Normalisierung rechter bis rechtsextremer Narrative sowie entsprechender politischer Praktiken bei den befragten Akteur\*innen das Bedürfnis, Strategien für einen angemessenen Umgang damit zu entwickeln:

**„Ich bin da schon die ganze Zeit am Nachdenken und überlegen, wie ich dem begegne. [...] Und das ist halt das Schlimme eigentlich und das ist das, was mich beunruhigt und bedrückt eigentlich. [...] Zum Beispiel der Schuldspruch immer, dass immer die Minderheiten dran schuld wären an unseren Problemen. Ja, das ist so billig. Das ärgert mich immer.“** (Interview 3, Pos. 48)

Die Erfahrung eines feindlichen Klimas gegenüber dem eigenen Engagement fällt zwischen den Befragten je nach eigener Positionierung und Engagementfeld unterschiedlich aus. Selbstvertretungsstrukturen von Jugendlichen, Senior\*innen und Menschen mit Behinderung sowie die Frauenarbeit und klassismuskritische Arbeit berichten in ihrem Engagement noch von keinen expliziten Angriffen oder Anfeindungen. In der Senior\*innenselbstvertretung wird vielmehr eine neutrale Haltung als zentral erachtet, um Vereinnahmung vorzubeugen und den Zugang zur Zielgruppe sowie deren Interessenvertretung sicherzustellen:

**„Wir ziehen also gut an einem Strang und das macht Spaß, das zu sehen, dass jetzt das Engagement von uns auch am Ende am Senior ankommt. Ja, dass es nicht verpufft in irgendwelchen Querelen um Parteistreit, sondern dass wirklich eine Neutralität, eine Achtung vor allen Personen da ist und ja, das gibt ganz einfach Mut, dass wir auf der richtigen Bahn sind.“**

(Interview 6, Pos. 4)

Bei Vertreter\*innen queerer, jüdischer und migrantischer Selbstvertretungsinitiativen verstärken sich hingegen die Wahrnehmung eines allgemein feindlichen Klimas sowie direkte Bedrohungserfahrungen:

*„Es gibt natürlich rechte Gruppierungen, die auch mir Mails schreiben und mir irgendwelche Mordgelüste da wiedergeben. Es gibt schon Bedrohungen, es gibt Hasskommentare ohne Ende in den Kommentaren von unterschiedlichsten Menschen.“* (Interview 9, Pos. 43)

Entsprechend wächst die Sorge, in der Öffentlichkeit sichtbar zu werden – sei es, um die eigene Angreifbarkeit zu reduzieren oder um mögliche Gefährdungen für sich und das eigene Umfeld vorzubeugen. Als Konsequenz lässt sich ein erhöhtes Bewusstsein für Schutzvorkehrungen von selbstorganisierten Räumen und Veranstaltungen feststellen:

*„Bei der Planung achtet man schon sehr darauf, dass man gewisse Risiken nicht eingeht oder dass man immer eher auf der sicheren Seite ist. Zum Beispiel: wo organisiert man was, wo haben [...] die Anderen möglichst wenig Angriffsfläche, also wo sind die Besucher dann möglichst geschützt [...], zu welchem Zeitpunkt machen wir das? [...] Also die Gedanken sind irgendwie alle mehr präsent, auch online, welche Bilder zeigen wir von Leuten.“*

(Interview 8, Pos. 97)

Das feindliche Klima stellt insbesondere im ländlichen Raum mit dem Umstand der Sichtbarkeit und gegenseitigen lokalen Bekanntheit eine spezifische Herausforderung dar. Diese Bedingungen schaffen zusätzliche Hürden für die Beteiligung an oder die Nutzung von Angeboten der selbstorganisierten Demokratiearbeit. Konkret kann die Teilnahme an bestimmten Formaten ein unfreiwilliges Outing einer queeren Identität bedeuten oder andere ungewollte Zuschreibungen auslösen:

*„[...] gerade im Diversitätsbereich oder alles, was in Gänsefüßchen das Normale irgendwie bricht für die meisten hier, das wird tatsächlich gar nicht angenommen. (...) Wir hatten einen Vortrag mit einer Frau, die häusliche Gewalt erfahren hat. Hat ein Buch geschrieben darüber. Da gab es keine Anmeldung, [...] es kamen spontan drei Leute. Und dann ist es wahrscheinlich auch dieses, ich gehe da jetzt hin, mich sieht vielleicht jemand und dann denken die, es ist sonst was passiert, oder so, ne.“* (Interview 7, Pos. 3)

## Fazit

Der Beitrag zeigt, dass selbstorganisierte Demokratiearbeit in Selbstvertretungsstrukturen im ländlichen Raum Thüringens unter besonderen strukturellen und politischen Spannungsbedingungen steht. Generelle Herausforderungen, z. B. durch

infrastrukturelle Defizite, verschärfen sich durch die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung und die Normalisierung rechtsextremer Narrative, die vielerorts ein Klima der Unsicherheit und des Rückzugs erzeugen. Besonders Selbstvertretungsinitiativen marginalisierter Gruppen – etwa aus queeren, migrantischen oder jüdischen Communities – berichten von einer deutlichen Zunahme feindlicher Stimmungen und Bedrohungserfahrungen. Sichtbarkeit, sonst zentral für Anerkennung, Zielgruppenerreichung und Vernetzung, wird unter diesen Bedingungen zu einem Risiko und einer Hemmschwelle für zivilgesellschaftliches Engagement. Gleichzeitig wird die Gestaltung geschützter Räume zu einem zentralen Bestandteil demokratischer Selbstorganisation. Die in den Interviews beschriebene Engagementpraxis ist dabei in sich als demokratische Widerständigkeit zu verstehen. Trotz widriger Bedingungen sucht sie nach Wegen, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und demokratische Werte lokal zu verankern.

Für eine nachhaltige Demokratiearbeit im ländlichen Raum wird es entscheidend sein, solidarische Praxen zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen zu stärken. Dazu gehört, dass vergleichsweise weniger gefährdete Selbstvertretungsstrukturen – etwa Senior\*innenvertretungen oder Jugendparlamente – gemeinsam mit queeren, migrantischen und jüdischen Initiativen Strategien entwickeln, um dem beschriebenen feindlichen Klima und den Bedrohungserfahrungen kollektiv zu begegnen (z. B. durch gemeinsame Veranstaltungen, gegenseitige Unterstützung in Konfliktsituationen oder abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit). Ebenso wichtig ist es, marginalisierte Perspektiven gezielt in lokale sowie überregionale Förderlogiken und Netzwerke einzubeziehen, um so den Ausbau barrierefreier Räume oder die Erstellung von Schutzkonzepten zu unterstützen sowie Hürden für Personen mit Sorgeverantwortung oder geringen Einkommen abzubauen.

Damit Demokratiearbeit auch unter Bedingungen gesellschaftlichen Drucks und politischer Polarisierung als widerstandsfähige, vielfältige und inklusive Praxis bestehen kann, bleibt ein multiperspektivischer Blick auf Erfahrungen und Bedarfe marginalisierter Communities unerlässlich. Um deren Teilhabe zu stärken, müssen die in den Interviews beschriebenen Herausforderungen und Risiken von Sichtbarkeit ernst genommen werden – ein Auftrag, welcher sich gleichermaßen an die Akteur\*innen der Demokratiearbeit, Strukturen der Engagementförderung und die demokratische Zivilgesellschaft richtet.

## Literatur

**Bringt, Friedemann (2021):** Umkämpfte Zivilgesellschaft. Mit menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Verlag Barbara Budrich: Opladen.

**Dieckmann, Janine/Muthumbi, Jacqueline (2022):** Demokratietarbeit in Thüringen durch Antidiskriminierungsarbeit und -beratung stärken. In: ezra, MOBIT e. V., KomRex, IDZ Jena [Hrsg.]: Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen: Jena, S. 75–79.

**Eckes, Christine/Piening, Marie-Theres/Dieckmann, Janine (2019):** Literaturanalyse zum Themendreieck ‚Engagementförderung – Demokratietstärkung – Ländlicher Raum‘. Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement: Jena.

**Kleiner, Tuuli-Marja/Klärner, Andreas (2019):** Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf: Braunschweig.

**Leber, Tina (2025):** In guter Gesellschaft: Bedrohungswahrnehmungen als Kompass für die Konstruktion einer erwünschten zivilgesellschaftlichen Demokratietarbeit. In: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 5, Heft 2, S. 295.

**Schammann, Hannes/Bürer, Miriam/Fick, Johanna/Gasch, Simone/Glorius, Birgit/Kordel, Stefan/Mehl, Peter/Meschter, Diana/Neumeier, Stefan/Osigus, Torsten/Schneider, Hanne/Spenger, David/Weidinger, Tobias/Younso, Christin (2021):** Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen. Befunde und Handlungsempfehlungen aus einem interdisziplinären Forschungsprojekt. Braunschweig.



Als wir Frauen  
mehr Rechte wollten  
meinten wir  
**KEINE**  
Nazis!

# Autor\*inneninformationen

**Bojarskich, Vladimir, M. Sc.** ist Psychologe, Doktorand am Institut für Kommunikationswissenschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Uni Jena. Seit 2026 ist er Teil der kommissarischen Geschäftsführung des KomRex.

**Conti, Luisa** ist habilitierte Wissenschaftlerin in interkultureller Kommunikation und interkultureller Pädagogik. Sie arbeitet an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der HS Schmalkalden zu interkultureller Öffnung und Demokratiebildung.

**Dellagiacoma, Laura** ist Psychologin, Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Uni Jena. Im Jahr 2025 hat sie das ARAPIS-Teilprojekt zu Erfahrungen internationaler Studierender durchgeführt und seit 2026 ist sie Teil der kommissarischen Geschäftsführung des KomRex.

**Doubek, Pea** studierte Soziologie, Politologie und Pädagogik in Braunschweig und ist seit 2006 Beraterin bei der Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT).

**Dressler, Sarah** studierte Soziale Arbeit in Erfurt und ist seit 2024 Beraterin bei der Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT).

**Franke, Helene, M. A.** ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsgruppe „Spatial Imaginaries“ im Exzellenzcluster „Imaginamics – Praktiken und Dynamiken sozialen Imaginierens“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Sie ist Mitautorin des Thüringen-Monitors 2025.

**Graichen, Robin, Dr.** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Politisches System der Bundesrepublik Deutschland der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mitautor des Thüringen-Monitors 2025.

**Helmert, Cornelius, M. A.** ist Politikwissenschaftler und arbeitet seit 2021 am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). Er koordiniert die Rechtsextremismus- und Demokratieforschung am IDZ im Rahmen der Förderung durch das Thüringer Landesprogramm „DenkBunt“ und war maßgeblich an den Analysen des IDZ zu den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen 2024 beteiligt.

**Hobein, Friederike, M. A.** studierte Politik- und Erziehungswissenschaft an der Universität Münster sowie Empowerment Studies an der Hochschule Düsseldorf. Seit 2025 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft im Forschungsprojekt „Diversitätsorientierte Demokratietarbeit im ländlichen Raum Thüringens“.

**Idrisova, Sabina, M. A.** ist Psychologin und arbeitet als Beraterin bei ezra – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen.

**Kauk, Julian, Dr. phil.** ist Psychologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) der Uni Jena. Dort leitet er Forschungsprojekte zum Monitoring und zur Analyse von Social-Media-Daten.

**Lauß, Theresa, M. A.** hat Sozialwissenschaften und Soziologie an den Universitäten in Erfurt und Jena studiert. Sie ist langjährige Beraterin bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen und übernimmt ab Mai 2026 die Projektleitung der Beratungsstelle.

**Merkle, Hannah** studierte Politikwissenschaft und Gesellschaftstheorie in Tübingen und Jena und ist seit 2023 Beraterin bei der Mobilen der Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT).

**Nöth, Christian** studierte Philosophie, Soziologie und Gesellschaftstheorie in Bamberg und Jena und ist seit 2025 Berater bei der Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT).

**Reiser, Marion, Prof. Dr.** ist Professorin für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland und stellvertretende Direktorin des „KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftli-

che Integration“ an der Universität Jena. Seit 2018 ist sie wissenschaftliche Leiterin des Thüringen-Monitors.

**Salheiser, Axel, Dr. phil.** studierte Soziologie, Psychologie und Anglistik/Amerikanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft.

**Schäfer, Johanna** studierte Erziehungswissenschaften und Beratung in der Sozialen Arbeit und ist als Beraterin bei ezra – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen tätig.

**Schestak-Haase, Franziska** studierte Sozialwissenschaften, Philosophie und Soziale Arbeit. Seit 2018 arbeitet sie als Beraterin bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen.

**Schreiber, Stefanie, M. A.** studierte Journalistik/Medienmanagement und Kommunikationsforschung mit Schwerpunkt Politik. Sie arbeitet seit 2023 als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen.

**Treidl, Johanna, Dr.** ist promovierte Ethnologin und Soziologin. Seit 2022 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Dort leitet sie aktuell das Forschungsprojekt „Diversitätsorientierte Demokratiewerk im ländlichen Raum Thüringens“ sowie das FGZ-Projekt „Allyship – solidarisches Engagement, Identität und Zusammenhalt“.

**Wagenschwanz, Lisa, B. A.** studiert Soziologie und Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und arbeitet als studentische Mitarbeiterin u. a. im Projekt „Thüringen:2029 – Veränderungen der politischen Kultur in Thüringen“ am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

**Weiske, Julius** studiert Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Sozialwissenschaften an der Uni Jena. Er ist studentischer Assistent am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) sowie am Institut für Kommunikationswissenschaft der Uni Jena.

# Impressum

**Herausgeber\*innen:** ezra, MOBIT e. V.,  
KomRex, IDZ Jena

**Redaktion:** Cornelius Helmert und Romy Arnold

**Satz und Gestaltung:** Felix Hille

**Redaktionsschluss:** 15. März 2026

Für den Beitrag von Franke, Graichen und Reiser:  
12. Mai 2026

Wenn nicht anders angegeben, liegen die  
Bildrechte bei den jeweiligen Autor\*innen.

ISSN 2751-1847 (Print)

ISSN 2940-8679 (Online)

© 2026

**MOBIT**

**MOBIT** – Mobile Beratung in Thüringen –  
für Demokratie – gegen Rechtsextremismus e. V.  
Schillerstraße 44  
99096 Erfurt  
Website: [www.mobit.org](http://www.mobit.org)  
E-Mail: [mail@mobit.org](mailto:mail@mobit.org)

**ezra**

**ezra** – Beratung  
für Betroffene rechter, rassistischer  
und antisemitischer Gewalt  
in Thüringen  
Juri-Gagarin-Ring 96/98  
99084 Erfurt  
Website: [www.ezra.de](http://www.ezra.de)  
E-Mail: [info@ezra.de](mailto:info@ezra.de)

**DENK BUNT**

Thüringer Landesprogramm  
für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat  Ministerium  
für Soziales, Gesundheit,  
Arbeit und Familie

**KOMREX**

**KomRex** – Zentrum für Rechtsextremismusfor-  
schung, Demokratiebildung und gesellschaftliche  
Integration Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Humboldtstraße 11  
07743 Jena  
Website: [www.komrex.uni-jena.de](http://www.komrex.uni-jena.de)  
E-Mail: [komrex@uni-jena.de](mailto:komrex@uni-jena.de)

**IDZ**   
INSTITUT FÜR DEMOKRATIE  
UND ZIVILGESELLSCHAFT

**Institut für Demokratie  
und Zivilgesellschaft (IDZ)**  
Tatzendpromenade 2a  
07745 Jena  
Website: [www.idz-jena.de](http://www.idz-jena.de)  
E-Mail: [mail@idz-jena.de](mailto:mail@idz-jena.de)

Das IDZ ist eine Einrichtung  
in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung

**AMADEU  
ANTONIO  
STIFTUNG**

**Amadeu Antonio Stiftung**  
Novalisstraße 12  
10115 Berlin  
Website: [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)  
E-Mail: [info@amadeu-antonio-stiftung.de](mailto:info@amadeu-antonio-stiftung.de)

Gefördert vom Thüringer Ministerium für Soziales,  
Gesundheit, Arbeit und Familie im Rahmen des  
Thüringer Landesprogramms für Demokratie,  
Toleranz und Weltoffenheit (DenkBunt)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäu-  
ßerung des TMSGAF dar.  
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen  
die Verantwortung.